

Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 21 / Folge 36

2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 5. September 1970

3 J 5524 C

Höchste BdV-Ehrung für Ostpreußensprecher

Reinhold Rehs wird mit der Plakette „Für Verdienst um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“ ausgezeichnet

Hamburg — Als Auftakt zum Tag der Heimat vergibt der Bund der Vertriebenen auch in diesem Jahre, am 5. September, seine höchste Ehrung, die Plakette „Für Verdienst um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“. Sie wird diesmal an den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Kai-Uwe von Hassel, den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und früheren BdV-Präsidenten Reinhold Rehs, an den Staatsminister des Landes Bayern, Dr. Pirkel, und an den Verleger Axel Caesar Springer vergeben.

Der feierliche Akt findet im Jakob-Kaiser-Saal des Hauses der ostdeutschen Heimat in Berlin statt. Die Ehrenplakette zeigt auf der Vorderseite das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen in Berlin mit der Aufschrift „Freiheit, Recht, Friede“ und auf der Rückseite den Text „Das ganze Deutschland soll es sein — Ernst Moritz Arndt 1813“.

Präsident Dr. Herbert Czaja, MdB, der die Verleihung der höchsten BdV-Auszeichnung vornimmt, betont in seiner Würdigung des Lebenswerkes unseres Sprechers, Reinhold Rehs habe es in der Erfüllung weitgespannter Pflichten nie leicht gehabt und er habe es sich nicht leicht gemacht.

Das Schicksal habe ihm schwere Entscheidungen abverlangt und er sei ihnen auch nicht ausgewichen. In preußischer Gesinnung seien ihm Staatstreue und Nächstenliebe verpflichtende Aufgabe. Dem Bund der Vertriebenen, seiner Landsmannschaft Ostpreußen und seinen Schicksalsgefährten sei Reinhold Rehs durch seine Haltung und sein Wirken Vorbild für die Wahrung des Rechts, der Freiheit sowie der Lebensinteressen seines Vaterlandes und Europas. Die ihm verliehene Plakette bedeute Anerkennung und Würdigung seines Lebenswerkes.

Wir werden in der nächsten Ausgabe ausführlich über die Berliner Veranstaltungen berichten.



Am Tag der Heimat wird ostdeutsches Kulturgut und Brauchtum gezeigt: Tanzgruppe der Gemeinschaft Junges Ostpreußen aus Halle
Foto Braumüller

Testfall Berlin

H. W. — Wenngleich auch seitens der Bundesregierung immer wieder betont wurde, eine Ratifizierung des deutsch-sowjetischen Vertrages könne erst dann vorgenommen werden, wenn tatsächlich eine stabile Regelung für Berlin erzielt sei, wird man nicht an jenen Tendenzen vorbeigehen können, die darauf abzielen, die Ratifizierungsprozedur so schnell wie möglich durchzuführen. Es ist dabei keineswegs auszuschließen, daß man bestrebt sein wird, zum Teil kooperative Strömungen innerhalb der Opposition zu nutzen.

Unterstellt man, daß die Sowjets daran interessiert sind, die derzeitige Bundesregierung auch weiter im Amt zu wissen, so ist keineswegs ausgeschlossen, daß — namentlich im Hinblick auf die im November stattfindenden Wahlen in Hessen und Bayern — gewisse Konzessionen gemacht und etwa mit Passierscheinen oder ähnlichen Erleichterungen eine Schützenhilfe geleistet wird, die um so billiger wäre, als sie jederzeit widerrufen werden kann.

Berlin wird damit sozusagen zu einem Testfall für den deutsch-sowjetischen Vertrag und gerade in diesem Zusammenhang werden alle Erscheinungen, die mit dem künftigen Status von Berlin in Zusammenhang stehen, besonders sorgfältig zu beobachten sein.

Den Sowjets scheint es heute bereits gelungen, Ost-Berlin aus dem Gespräch herauszunehmen, und man möchte nur noch über West-Berlin reden, das zu einer selbständigen politischen Einheit deklariert werden soll. Bürgermeister Schütz hat in jüngster Zeit bereits öffentlich genannte Konzessionsmöglichkeiten angeboten, die uns um so bedenklicher stimmen, als sie eine mit den Westmächten nicht abgesprochene entgegenkommende Antwort auf jene Forderungen darstellen, die Botschafter Abrassimow bei der letzten Vier-Mächte-Runde zur Berlin-Frage erhoben hatte. Danach verlangt die Sowjetunion eindeutig, Ost-Berlin endgültig der Zuständigkeit der vier Mächte zu entziehen. Nachdem Ost-Berlin überhaupt nicht mehr zur Diskussion stehen soll, soll ein Abbau der Bundespräsenz in Berlin erfolgen und es soll praktisch alles nur noch auf eine — vorerst — wirtschaftliche Bindung Berlins an die Bundesrepublik hinauslaufen.

Angesichts dieser Situation kann es nur begrüßt werden, wenn seitens der Opposition nun ausgelotet werden soll, wie unsere westlichen Verbündeten, die Schutzmächte für Berlin, tatsächlich zu diesem Problem stehen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU hat es übernommen, in London, Washington und Paris zu erkunden und nach seiner Rückkehr dürfte Rainer Barzel — was die Westmächte angeht — der aktuell beste unterrichtete Politiker in Bonn sein. In der Tat bestehen bei den westlichen Verbündeten nicht unerhebliche Bedenken über die politische Entwicklung in Europa. Brandts überraschendes Treffen mit den sozialistischen Regierungschefs Schwedens und Österreichs, Palme und Kreisky, wird von westlichen Diplomaten als das Bemühen um eine stärkere Zusammenarbeit mit diesen von sozialistischen Parteien regierten neutralen Staaten gewertet, was letztlich zu einem Austritt Bonns aus der NATO führen könnte.

Es ist bekannt, daß in den Vereinigten Staaten die Bedenken wachsen, wonach die technologische Hilfe der Bundesrepublik das Rüstungspotential der Sowjetunion erheblich stärken und damit das Rüstungsgleichgewicht in Europa gefährden könnte. Während General de Gaulle noch an ein Europa vom Atlantik bis zum Ural glaubte, in dem der Gedanke der westlichen Demokratie dominierend sein würde, dürfte heute die Sowjetunion die Hoffnung haben, durch den deutsch-sowjetischen Vertrag zu einem Europa vom Ural zum Atlantik zu gelangen, in dem der Wille der Sowjetunion ausschlaggebend sein soll. Angesichts dieser ersten Entwicklung, die nicht uns allein angeht, ist es von größtem Wert zu wissen, wie der Westen zu den entscheidenden Problemen steht.

C. J. N.

Zum 20. „Tag der Heimat“:

Auf den Frieden Kants verzichten?

Wahrer Friede muß auf der Wahrung der Menschenrechte und Menschenwürde gegründet sein

Die Sperre der öffentlichen Mittel für den Berliner „Tag der Heimat“ hat nicht nur bei den Vertriebenen, sondern in der gesamten Öffentlichkeit Kritik ausgelöst. Sie war von der Behörde mit der Feststellung begründet worden, daß es nicht Sinn staatlicher Förderungsmaßnahmen sein könne, „Kampfdemonstrationen“ gegen die Ostpolitik der Bundesregierung finanziell zu unterstützen. Dazu hat der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Czaja, erklärt, daß es bei dieser Veranstaltung um die Wahrung der Menschenrechte, um das Recht auf die Heimat und auf Selbstbestimmung gehe und daß es legitim sei, für diese Rechte mit geistigen Waffen zu kämpfen und zu demonstrieren.

Der „Tag der Heimat“ wurde 1949 von den Vertriebenenverbänden als ständige Einrichtung proklamiert und 1950 zum ersten Male mit der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen durchgeführt. Daß der Heimatgedanke eine elementare Lebenswirklichkeit darstellt, ist seit den mythischen Tagen des Odysseus und des Aeneas Gemeingut des abendländischen Kulturbewußtseins.

Bundesländer und kommunale Behörden sowie vor allem auch die mit der Pflege des Heimatgedankens befaßten Verbände der eingewanderten Bevölkerung sind denn auch dem Aufruf der Vertriebenen unter dem noch frischen Eindruck ihres Elends bereitwillig gefolgt. Sie haben sich mit dem patriotischen Vorhaben des Tags der Heimat solidarisch erklärt, und sie waren sich von Anfang an im klaren darüber, daß es Sache des ganzen deutschen Volkes sein müsse, gerade aus diesem Anlaß das Kultur-

gut der Vertreibungsgebiete im Bewußtsein der gesamten deutschen und ausländischen Öffentlichkeit zu erhalten, und alle Anstrengungen auf diesem Gebiet zu fördern. Im Paragraphen 96, dem sogenannten Kulturparagraphen des Bundesvertriebenengesetzes erging schon 1953 ein entsprechender Auftrag an Bund und Länder.

In Erinnerung an das schicksalhafte Datum des „Potsdamer Vertreibungsbeschlusses“ vom 2. August 1945 hatten die Vertriebenen den Tag der Heimat zunächst auf den ersten Sonntag im August terminiert. Mit Rücksicht auf die Ferienzeiten und vor allem auf die Beteiligung der Jugend wurde der Tag der Heimat jedoch später auf den ersten Sonntag im September verlegt.

Den politisch-kulturellen Charakter dieses Tages bestätigt ferner das Übereinkommen, daß der Auftakt zu seiner Begehung im Bundesgebiet jeweils in West-Berlin erfolgt. Damit soll vor aller Welt ein Bekenntnis zu Berlin, zur Hauptstadt als der Heimat aller Deutschen abgelegt werden. Seit 1962 vergibt deshalb auch der Bund der Vertriebenen in Zusammenhang mit dem Berliner Tag der Heimat seine höchste Ehrung an Persönlichkeiten, die sich um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen verdient gemacht haben.

Die Veranstaltungen zum Tag der Heimat werden in der Regel mit kulturellen Darbietungen ostdeutscher Prägung verbunden. Zweck dieser Übung ist, die kulturschöpfenden, gesellschaftsbildenden Kräfte des Ostdeutschtums stärker in den Blickpunkt des öffentlichen Bewußtseins zu rücken. Volkstümliche Traditionen und Darbietungen pflegen dabei zu überwiegen. Aber auch

gehobenes ostdeutsches Kulturgut wird aus diesem Anlaß vorgestellt. Gerade die Berliner Veranstaltungen zeigten durchweg eine glückliche Verbindung beider Sparten.

Heimatsfriede im Verständnis der Vertriebenen ist keineswegs idyllisch-verträumter, müßiger Gartenlauben-, Balkon- oder Terrassenfriede, ist kein Wald- und Wiesenfrieden im Sinne flacher pazifistischer Vorstellungen. Der Friede, den die Vertriebenen und mit ihnen die hervorragendsten Geister aller Zeiten meinen, ist vielmehr und vor allem das Recht des einzelnen und jedes Volkes, jeder Volksgruppe, ungestört in der angestammten Heimat und in der überkommenen freiheitlichen gesellschaftlichen Ordnung zu leben. Ist jener Friede, den der Ostpreuße Immanuel Kant und sein Schüler, der große aus Schlesien gebürtige Europäer Friedrich Gentz in ihren berühmten, durchaus realistisch gesehenen Ideen zum „Ewigen Frieden“ gemeint haben, ist ein Friede, der auf Recht, Gerechtigkeit und Freiheit, auf die Wahrung der Menschenrechte und der Menschenwürde zu gründen ist.

Dies und nichts anderes besagt auch die Losung zum Tag der Heimat 1970: „Wer Gewalt anerkennt, verliert den Frieden!“ An diesen hohen Maßstäben muß auch jede Art von Friedenspolitik unserer Tage, muß auch die sogenannte Entspannungspolitik gemessen werden. Darauf zu verzichten, hieße auf den Frieden Kants verzichten. Den Vertriebenen einen solchen Verzicht aufzutrotzen, hieße sie im Sinne reaktionärer Vorstellungen in eine biedermeierliche Idylle verweisen.

Rundfunk:

Wie man in England über uns urteilt

Diffamierung des Moderators Mauersberger steht britische Aussage gegenüber

Seit Monaten wird in Bonn offiziell behauptet, daß die Sprecher unserer Vertriebenenverbände „nationalistische Gefühle anheizen“. Offenbar glaubt auch der Westdeutsche Rundfunk (WDR) in diesen Chor der Verketzerung miteinstimmen zu müssen. Jedenfalls hielt er es in einer Sendung („Ost-West-Forum“) Ende Juli dieses Jahres für angebracht, wahre Kübel der Verleumdung über unsere Vertriebenenpresse auszugießen. Wir sind hierauf bereits in Nr. 33 unserer Zeitung eingegangen, doch lag uns damals noch nicht der genaue Text dieses Angriffs vor, den wir nunmehr — durch ein „Copyright“ geschützt — besitzen.

Ein scheinbar wild gewordener Verzichtsromantiker namens Volker Mauersberger hat in der fraglichen Sendung, die an den Tatsachen völlig vorbeiging, den untauglichen Versuch unternommen, uns und die mit uns befreundeten Blätter auf die neue Bonner Ostpolitik festzulegen, wobei sich der „linientreue“ Moderator gleich eingangs und zu unserer geheimen Freude den üblichen Scherz leistete, Wortentgleisungen Herbert Wehners vor dem Bundestag zu zitieren.

Dabei scheint die ganze Diffamierung ein abgekartetes Spiel zu sein. Und dennoch: Vor Tische las man's anders. Noch auf dem XI. Bundesparteitag der SPD in Karlsruhe wurde die Entschließung angenommen: „Der Parteitag bekennt sich erneut zum Heimatrecht aller Menschen und damit auch aller Deutschen und zur Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland, die in ihre Obhut gegebenen Interessen unserer vertriebenen Landsleute wahrzunehmen. Es besteht kein Anlaß, einseitig Teile einer Friedensregelung vorwegzunehmen, die erst im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit verbindlich verhandelt werden können.“ Ob sich Willy Brandt hieran noch erinnert?

Jedenfalls ist erfreulich, daß es auch heute noch Sozialdemokraten und FDP-Abgeordnete gibt, die bei der alten Meinung bleiben. Denn selbst SPD-Bundesgeschäftsführer Wischniewski muß einräumen, daß es innerhalb der SPD „keine einheitliche Meinung über das Problem der Oder-Neiße-Grenze gibt“. Und schließlich entnehmen wir der Presse, daß der rechte Flügel der Freien Demokraten, die „Nationalliberale Aktion“, den deutsch-sowjetischen Vertrag kategorisch ablehnt.

Und wie schaut es hierzu im Lager der Heimatvertriebenen aus? Sie haben mehr verloren als der deutsche Bundesbürger, dem trotz allen Bomben zumindest die Substanz, will sagen die Sachwerte und die landsmannschaftliche Herkunft verblieben sind. Als notgedrungene Nachbarn mit den „Einheimischen“ waren unsere Vertriebenen seit Anbeginn von einer schmerzgeborenen Traurigkeit erfüllt. Sie hatten eine Katastrophe durchlebt, und wenn sie ihr auch entronnen waren, so blieben sie doch Gezeichnete. Sie ordneten sich willig in das Gefüge unserer Bundesrepublik ein, doch sollte auch der Moderator Mauersberger nicht verkennen, daß diesen Millionen eine harte Sprache sehr

wohl zu Gesichte steht, weil niemals ein Unrecht durch ein anderes ersetzt werden darf. Angesichts der Tatsache, daß Bonn mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag auf ein Viertel des alten deutschen Reichsgebiets verzichtet, aufgebaut auf einer hauchdünnen, heterogenen Parlamentsmehrheit, erscheint die Empörung unserer Vertriebenen und Flüchtlinge, zu denen noch breite Schichten unseres Volkes hinzukommen, sehr wohl berechtigt.

Den Verleumdungsfeldzug des Westdeutschen Rundfunks und anderer Organe oder Parteien sei hier das Wort des Florian Geyer aus dem gleichnamigen Stück Gerhart Hauptmanns entgegengesetzt: „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz“, denn sie allein sind es, die mit ihrer neuen Ostpolitik eine tiefe Kluft in unserem Volke aufgerissen haben, während wir doch gerade in den Fragen der Selbstbestimmung und des Heimatrechts lückenlos einer Meinung sein sollten, so wie dies einmal in Frankreich in bezug auf Elsaß-Lothringen war. Nur unsere Vertriebenenverbände werden dem — ohne sich gleichschalten zu lassen — heute noch gerecht. Und es erfüllt uns daher mit großer Genugtuung, wenn wir in dem britischen „Bulletin on German Questions“ — „Bulletin über deutsche Fragen“ — unsere maßvolle Haltung zu den strittigen politischen Problemen bestätigt finden.

Das „Bulletin“ würdigt in einer eingehenden Analyse die Stellungnahme, die wir bisher zur neuen Ostpolitik der Bundesregierung bezogen haben und unterstreicht, daß die CDU/CSU-Opposition gut beraten wäre, wenn sie sich

„die wohlabgewogenen Argumente von Presseorganen der Heimatvertriebenen zum Vorbild nehmen würde“. An mehreren Stellen des britischen „Bulletins“ wird hervorgehoben, daß sich unsere Vertriebenenpresse — entgegen den verleumderischen Behauptungen des Westdeutschen Rundfunks und seiner Gesinnungsgenossen — „bisher jedweder übertriebenen Polemik“ enthalten habe. Zugleich wird in dieser Untersuchung begrüßt, daß die Zeitungen unserer ostdeutschen Landsmannschaften auch Warnungen aus Washington erwähnten, Bonn möge sich hüten, in seiner Ostpolitik „allzu rasch allzu weit zu gehen“. Desgleichen, so vermerkt das „Bulletin“, hätten wir sachlich festgestellt, daß die Amerikaner gegenüber Brandts „Öffnung nach Osten“ Zurückhaltung an den Tag legen, weil sie ja selbst in Wien mit den Sowjets verhandeln und dies im Herbst in Helsinki fortsetzen werden.

Abschließend betonen die Engländer noch, daß „das Wählerelement der Vertriebenen“ bei der kommenden Bundestagswahl möglicherweise „das Zünglein an der Waage“ bilden könnte. Mit Verlaub schließen wir uns dieser Prognose an, denn während Exbundeskanzler Kiesinger vor dem III. Kongreß Ostdeutscher Landesvertretungen am 29. April 1967 erklärte: „Es wird in unserer Ostpolitik nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen“, haben wir das beklemmende Gefühl, daß bei den deutsch-sowjetischen Abmachungen in Moskau von der heutigen Koalition ohne unser Wissen, geschweige denn mit unserem Einverständnis verhandelt worden ist.

H. G. K.

Pariser Besorgnisse:

Frankreich gegen Scheinkonzessionen

Vierergespräche über Berlin sollen Klarheit bringen

Nach Informationen aus französischen Regierungskreisen wird Frankreich bei der Fortsetzung der Vierergespräche über Berlin einen harten Standpunkt gegenüber Moskau vertreten. Aufgrund von Berichten der Nachrichtendienste nimmt man an, daß in den Geheimgesprächen des sowjetischen Parteichefs Leonid Breschnew, des Ministerpräsidenten Alexej Kossygin und des Außenministers Andrej Gromyko mit Bundeskanzler Willy Brandt bzw. Bundesaußenminister Walter Scheel geringfügige sowjetische Konzessionen hinsichtlich Berlins zugesagt wurden, um die Bonner Regierung wegen ihres Junktims zwischen Fortschritten in der Berlinfrage und der Ratifizierung des Moskauer Vertrages nicht in Verlegenheit zu bringen. Die französische Regierung, in der der Mißmut über den Moskauer Vertrag immer mehr wächst, ist nicht gewillt, sowjetische Scheinkonzessionen zu akzeptieren, auch wenn der deutschen Bundes-

regierung damit ein innenpolitischer Schaden entsteht. Man ist in Regierungskreisen davon überzeugt, daß die USA den französischen Standpunkt teilen und daß es gelingen werde, auch die britische Regierung zu diesem zu bekehren. In Paris sieht man das Haupthindernis für Premierminister Edward Heath, gegen den Moskauer Vertrag Stellung zu nehmen, in der innenpolitischen Situation, die es der Regierung nicht ratsam erscheinen läßt, jetzt wegen des Vertrages mit der Labour-Opposition in einen Konflikt zu geraten.

In Frankreich selbst hat die Zustimmung bzw. Ablehnung des Vertrages zu einer Scheidung der Geister geführt, wobei die Zustimmung von den Kommunisten wie auch von den Rechtsgaullisten kommt. Das Motiv für die Kommunisten ist der politische Tribut für Moskau, bei den Rechtsgaullisten die anti-amerikanische Einstellung. Dieser Polarisierungsprozeß wird in Regierungskreisen nicht ungenutzt gesehen, weil er auf der anderen Seite dazu führt, daß die europäischen Kräfte der Mitte mehr zueinander finden, was den Absichten und der Festigung der Regierung nur dienlich sein kann.

Passierscheine sind nicht genug

Abgeordnete nennen Voraussetzungen

Die Berlin-Frage wird bei der ersten Sitzung des fünfzehnköpfigen CDU/CSU-Gremiums, das mit der Bewertung des Moskauer Vertrages beauftragt ist, eine vorrangige Rolle spielen. Der von der Fraktion eingesetzten Gruppe unter Vorsitz des Abgeordneten Werner Marx hat der Berliner Bundestagsabgeordnete Jürgen Wohlrabe am Montag sieben „Mindestvoraussetzungen“ für Berlin zugeleitet. Wohlrabe, der stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Berlins, erklärte zu seiner mit anderen Berliner CDU-Abgeordneten erarbeiteten Untersuchung: „Passierscheine und Telefonleitungen sind nicht genug, um dafür den Moskauer Vertrag mit all seinen Imponderabilien anzunehmen.“

gegenwärtigen Form fortsetzen, wenn die westdeutsche Regierung es mit ihren Plänen ehrlich meint, mit der verkündeten Entspannungspolitik und mit der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern fortzufahren“, schrieb „Glos Pracy“. Die Vertriebenenverbände, so behauptete das Warschauer Blatt, hätten von jeher „Parolen der Rache“ und „revanchistische Losungen“ verkündet und bisher die Bundesregierung „unter Druck gesetzt“, um sie zu einer „revisionistischen Politik“ anzuhalten. Die Demonstrationen der Vertriebenen müßten in ihrem Ausmaße reduziert und es dürfe den Vertriebenen „nicht gestattet“ werden, ihre Aktivität fortzusetzen.



Wie andere es sehen

„Ihm helfe ich, und du verteidigst mich gegen ihn!“

Zeichnung aus „Die Welt“

Bonn:

Abrassimow will nur Wirtschaftsbeziehungen

Soll Berlin kassiert werden?

Von den Viermächte-Gesprächen über Berlin wurde bekannt, daß bei diesen der Sowjetbotschafter in Ost-Berlin, Pjotr Abrassimow, den harten Standpunkt vertrat, nur die Sowjetunion habe originäre Rechte in Berlin, da die Sowjettruppen diese Stadt erobert hätten. Es sei nur ein Entgegenkommen Moskaus, wenn es zulasse, daß man heute von einer selbständigen politischen Einheit Berlins spricht. Von westlicher alliierter Seite wird dazu erinnert, daß ihre Rechte in Berlin vertraglich gesichert sind und daß schließlich ihre Präsenz in Berlin durch die Abtretung Sachsens und Thüringens an die sowjetisch besetzte Zone sichergestellt worden sei.

Abrassimow habe weiter erklärt, Außenminister Andrej Gromyko habe im Vertrag mit Bonn die Rechte der Westmächte nicht bestätigt, sondern lediglich festgestellt, daß die Frage dieser Rechte vom Vertrag nicht berührt werde. Nach den Worten des Sowjetbotschafters duldet seine Regierung nur eine wirtschaftliche Zusammenarbeit West-Berlins mit der Bundesrepublik. Bonner politische Kreise glauben, daß Moskau die Absicht verfolgt, die Wirtschaft West-Berlins durch Zuschüsse Bonns noch weiter ausbauen zu lassen, um dann diese wirtschaftlich blühende Stadt zu kassieren und ganz Berlin zur Hauptstadt der „DDR“ zu machen.

Washington:

Moskau will Rückstand aufholen

Bonn soll Lücken schließen helfen

Bonn — In Washington werden, wie amerikanische Diplomaten erklären, argwöhnisch die bereits seit Monaten laufenden Gespräche mit Industriellen und technischen Experten der Bundesrepublik mit dem sowjetischen Außenministerium beobachtet. Auch nach Ansicht der amerikanischen Diplomaten geht es den Sowjets um den Erfahrungsaustausch über die auf Computern basierenden Industrien. Die Sowjetunion wünscht, wie von zuverlässig informierter Seite in Moskau bestätigt wird, einen langfristigen Vertrag über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Bundeswirtschaftsminister Prof. Karl Schiller werde im September ein Vorschlag unterbreitet werden, der vor allem auf technischem Gebiet zugleich mit der Erstellung großer Industrieanlagen eine Zusammenarbeit auf 20 Jahre vorsehe. Moskau glaubt, auf diese Weise seine trotz spektakulärer Erfolge in der Weltraumschiffahrt bestehende industrielle Rückständigkeit mit Hilfe des Westens, den es gleichzeitig ideologisch als Todfeind betrachtet und vor allem mit Hilfe einer sozialistisch regierten Bundesrepublik aufholen zu können.

Eine derartige wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit würde der Sowjetunion die Steigerung ihres Rüstungspotentials sichern.

London:

Ernste Bedenken

Es geht um Weltraumprojekte

Bonn: Britische diplomatische Kreise äußerten gegenüber einem bundesdeutschen Gesprächspartner schwere Bedenken gegen die von der SPD in Zusammenarbeit mit der KPdSU bereits konzipierten Pläne einer deutsch-sowjetischen Kooperation an Weltraumprojekten. So etwas wäre unvereinbar mit der Wahrung der Verteidigungsgeheimnisse eines NATO-Mitgliedes.

Es geht nach britischer Auffassung den Sowjets darum, so mühelos wie möglich durch Zusammenarbeit mit Forschern der Bundesrepublik Kenntnis der fortgeschrittenen, im Westen entwickelten und für die Verteidigung entscheidenden Computer-Technik zu erlangen. Die wirtschaftlichen Zielsetzungen des Moskauer Vertrages täuschen nicht über die vorwiegend politischen bzw. strategischen Absichten der Sowjetführung, die sie mit diesem Vertrag verbindet.

Das Ostpreußenblatt

Herausgeber:

Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Chefredakteur:

Hugo Willems

Verantwortlich für den politischen Teil

Stellv. Chefredakteur:

Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, FrauenseiteGeschichte, Landeskunde und Aktuelles
Hans-Ulrich StammSoziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen
Horst Zander

Bonner Redaktion:

Clemens J. Neumann

Anzeigen:

Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.
Bezugspreis monatlich 2,40 DM.
Postcheckkonto für den Vertrieb:
Postcheckamt Hamburg 84 26.
Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung:
2 Hamburg 13, Parkallee 86
Telefon 45 25 41 / 42.
Bankkonto: Hamburgische Landesbank, Girozentrale
Konto-Nr. 192 344.
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.
Für Rücksendung wird Porto erbeten.
Postcheckkonto für Anzeigen:
907 00 Postcheckamt Hamburg.
Druck: Gerhard Rautenberg, 295 Leer
Norderstraße 29/31, Ruf. 04 91/42 88.
Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17

Tag der Heimat:

Schutz findet Beifall in Warschau

Weitere Regierungs-Maßnahmen gegen die Vertriebenen

In den polnischen Massenmedien wurde die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Schütz, daß der Senat von jeder Bezuschussung der Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ absehen werde, ebenso mit Genugtuung registriert wie der entsprechende Beschluß des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, der ebenfalls auf Veranlassung von Klaus Schütz zustande gekommen ist. In diesem Zusammenhang werden weitere Maßnahmen der Bundesregierung bzw. der Länderregierungen zur Einschränkung und Unterbindung der Tätigkeit der Vertriebenenverbände gefordert, die als „Revanchistenorganisationen“ bezeichnet werden.

Radio Warschau schilderte das Vorgehen von Klaus Schütz gegen die Vertriebenen und betonte, daß auch die sozialdemokratische Landesregierung Niedersachsens den Organisationen der „Umsiedler“ eine Sperrung jedweder „Subventionen“ für den Fall angedroht habe, „daß sie ihre gegen die Politik der Bundesregierung gerichteten Äußerungen nicht unterlassen“. Es wurde also die Ansicht vertreten, daß es sich um amtliche Aktionen zur Einschränkung der politischen Meinungsfreiheit in West-Berlin und im Bundesgebiet handele. Der polnische Sender behauptete weiterhin, daß „nach Meinung verschiedener Kreise der westdeutschen Öffentlichkeit“ die Bezuschussung von „Umsiedlerveranstaltungen“ mehr als bisher „einer öffentlichen Kontrolle unterzogen“ werden solle, womit das Verhalten jener Landesregierungen gemeint wurde, die nicht von der SPD gestellt werden und die auf eine gute Zusammenarbeit mit den Vertriebenenverbänden Wert legen.

Das Zentralorgan der polnischen Gewerkschaften, „Glos Pracy“ (Stimme der Arbeit), forderte die Bundesregierung auf, weiterhin gegen die Vertriebenenverbände vorzugehen: „Die Landsmannschaften und Umsiedlerorganisationen können ihre politische Aktivität nicht in der

„Die kommunistische Welt lebt von gebrochenen Zusagen. Während ihres Bestehens hat die Sowjetunion einen Weltrekord an gebrochenen Verträgen aufgestellt. Sie hat seit 1917 Hunderte von Abkommen, großen wie kleinen, unterzeichnet und so gut wie keines gehalten.“

(Aus dem vielgelesenen Buch „What we must know about Communism“ — „Was wir über den Kommunismus wissen müssen“ von Harry und Bonaro Overstreet.)

Ohne den sich häufenden Argumenten und Gegenargumenten zu den Abmachungen zwischen Bonn und Moskau etwas vorwegzunehmen, möchten auch wir hier zu dem umstrittenen Ereignis schon jetzt in einigen Punkten Stellung beziehen. Dabei muß gleich eingangs betont werden, daß die „Unterzeichnung“ durch Brandt und Kossygin — genau am Vorabend des Tages der Wiederkehr der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 — keineswegs gleichbedeutend ist mit der „Ratifizierung“, das heißt der Annahme des Vertrages durch einen Beschluß des Bundestages. Die Opposition hat in ihrem Brief an den Bundeskanzler sicherlich zu Recht darauf hingewiesen, daß in dem Vertrag bisher „kein ausgewogenes Verhältnis von Leistung der Bundesrepublik Deutschland und Gegenleistung der Sowjetunion zu erkennen ist“. Es handelt sich also im vorliegenden Falle um leichtfertige Verzichtserklärungen, denen auf der anderen Seite nichts Ebenbürtiges im Sinne des Gebens und Nehmens wie bei jedem internationalen Staatsvertrag entgegengebracht wird. Außerste Vorsicht, ja schwerwiegende Bedenken sind daher geboten. Und man wird auf die kommenden Pressepolemiken und Redeschlachten im Parlament gespannt sein dürfen.

Das Urheberrecht

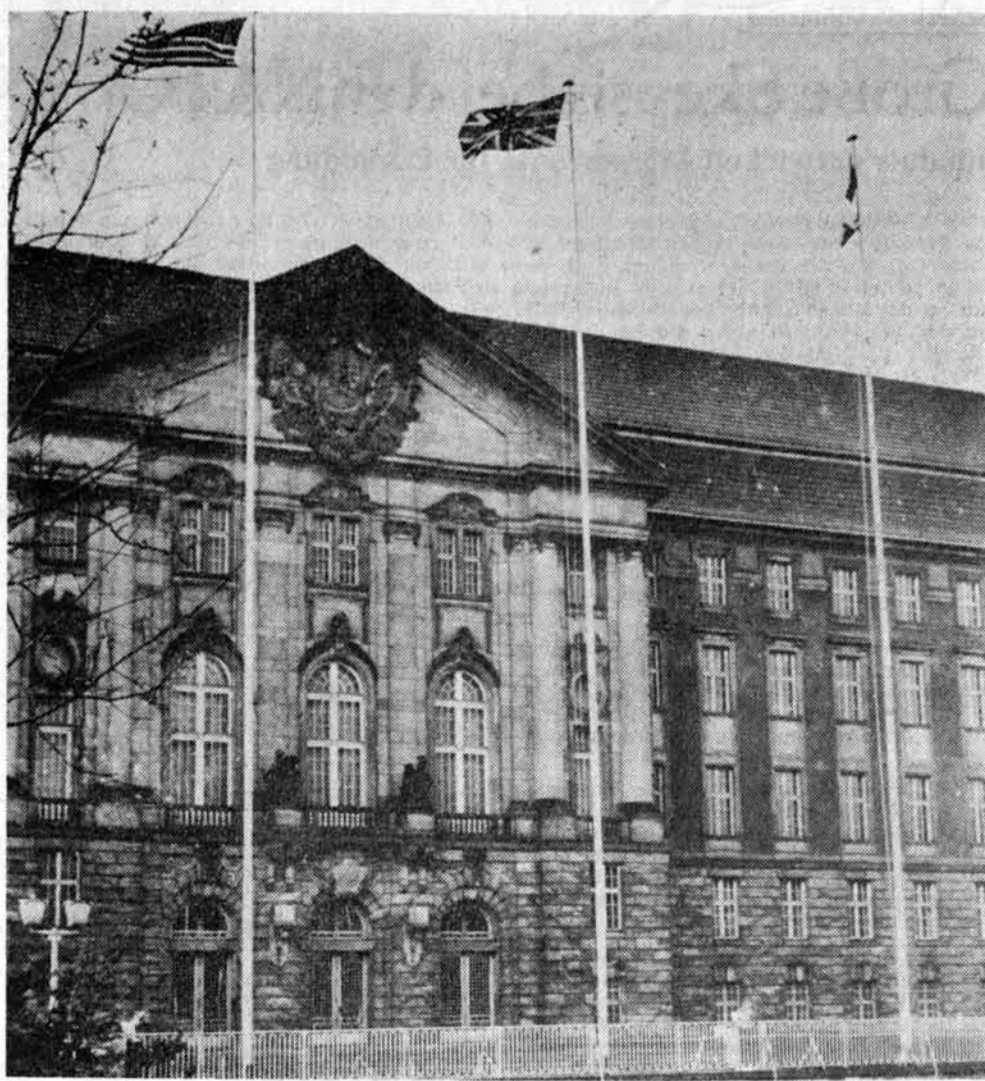
Zunächst einmal sollte daran erinnert werden, daß für den Begriff „Gewaltverzicht“ nicht die SPD, sondern vielmehr die CDU das geistige Urheberrecht besitzt, weil diese Vokabel bereits zu einem Zeitpunkt in Bonn offiziell gebraucht wurde, als unsere Sozialdemokraten kaum davon zu träumen wagten, jemals die Macht übernehmen zu können. Aber selbst damals schon erklärte Bundeskanzler Kiesinger vor dem III. Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen:

die vier Mächte unterworfen. Da die Westmächte alles getan haben, um Berlin und Deutschland zu spalten, so sind sie allein daran schuld. Wenn die Sowjetunion der Existenz von West-Berlin als selbständiger staatspolitischer Einheit um der Entspannung und der Sicherheit Europas willen zustimmt, stellt dies ein großes Entgegenkommen der Sowjetunion und der DDR dar, auf deren Territorium West-Berlin liegt.“ Abrassimow fügte dem noch die herausfordernde Bemerkung hinzu: „Die Amerikaner, Engländer und Franzosen berufen sich bezüglich ihrer Präsenz in Berlin darauf, daß sie Siegermächte sind. Das kann nicht widerspruchsfrei hingenommen werden. Ihre Anwesenheit beruht vielmehr darauf, daß die Sowjetunion diese Präsenz geduldet hat.“

Der Stärkere bestimmt

Hierzu bedarf es keines Kommentars. Wir wissen nur nicht, ob Brandt und Scheel diese unmißverständliche Aussage kannten, die noch durch die Moskauer außenamtliche Zeitschrift „NOWOJE WREMJA“ unterstrichen wurde. Der Bundeskanzler wischt jedenfalls diese Darstellung der Dinge, die den Kurs des Kremls deutlich macht, mit verschwommenen Ausflüchten beiseite. Einmal, nach Unterbrechung seines Urlaubs in Norwegen, meinte er freilebend, Verträge könnten so oder so ausgelegt werden, je nach Auffassung des Partners. Damit gibt der Kanzler indirekt zu, daß die Sowjetunion — als der Riese gegenüber dem bundesrepublikanischen Zwerg — eo ipso der Stärkere ist und demzufolge die Interpretation des Vertragstextes jederzeit bestimmen kann. Außerdem hat Willy Brandt vor seinem Abflug nach Moskau das pflaumenweiche Wort gesprochen: „Die Bundesregierung geht davon aus, daß mit der Unterzeichnung des Vertrages auch eine befriedigende Lösung des Berlin-Problems möglich sein könnte.“

Was heißt das schon: „sein könnte!“ Es ist nur die Umschreibung eines hilflosen Wunsches, bei dem sich die Bundesregierung schon heute der Tatsache gegenüberstellt, Moskau an das Honorar für seine Zurechtweisung zu müssen, den Vertrag auch ohne sofortige Gegenleistung eilfertig unterschrieben zu haben. Und das wagt man in Bonn einen „Erfolg“ zu nennen? Außerdem war es den Sowjets bisher



Testfall Berlin: das alte Kammergericht im Kleistpark an der Potsdamer Straße, Sitz des Alliierten Kontrollrates

Foto dpa

Man kann es auch so sehen

Anmerkungen zum deutsch-sowjetischen Vertrag / Von Tobias Quist

„Es wird in unserer Ostpolitik nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen.“ Diese Zusage hat zwar die sozialistisch-liberale Regierung Brandt-Scheel aus wahltaktischen Gründen lautstark übernommen, doch steht es auf einem anderen Blatt, ob sie nicht gerade mit der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages, der in Artikel 3 die Oder-Neiße-Linie als „Westgrenze Polens“ endgültig anerkennt, genau dem entgegengesetzt handelt. Dabei scheint es nicht ohne Belang zu sein, daß sich der sozialdemokratische Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien erst vor kurzem von einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausdrücklich distanzierte. Es gibt also ostpolitische Widerstände innerhalb der Regierungskoalition, die sich vom rechten Flügel der FDP bis hin zu einigen „streitbaren“ Sozialdemokraten erstrecken. Und man wird deshalb aufpassen müssen, wie sich gerade diese Abgeordneten unter dem Druck eines Fraktionszwanges bei der Abstimmung über den Vertrag verhalten werden, sie, die ihren Wählern noch gestern die Treue zum ostdeutschen Heimatrecht versprochen.

Wie unrealistisch ...

Das Hin und Her im Moskauer Spiridonow-Palais zwischen Gromyko und Scheel wurde fortwährend vom verbindlichen Lächeln unseres reiselustigen Außenministers überglänzt, während ihm sein Widerpart nur eine verschmitzte, undurchsichtige Sowjetmaske zeigte. Doch das kann einen Scheel noch lange nicht erschüttern, der das ergebnislose Erfurter Treffen zwischen Brandt und Stoph als den „Beginn einer neuen Deutschlandpolitik“ feierte. Prof. Klaus Merten glaubte in „CHRIST UND WELT“ hierzu feststellen zu müssen: „Es ist bekannt, daß Scheel gleich zu Beginn der Verhandlungen seinem Kollegen Gromyko mit deutlichen Worten gesagt hat, die Bundesregierung werde den Vertrag dem Bundestag erst dann vorlegen, wenn zuvor in der Berlin-Frage eine für uns und Berlin erträgliche Lösung gefunden worden ist. Gromyko hat dies ohne Protest zur Kenntnis genommen.“ Wie unrealistisch, wie bescheiden sind doch unsere „Ostlandreiter“! Oder haben sie etwa die alte deutsche Weisheit vergessen, daß keine Antwort „auch eine Antwort“ ist? Nein, statt dessen schwelgen sie in Illusionen. Und niemand von ihnen hat sich offenbar bis heute die Frage ernsthaft vorgelegt, was man in Moskau unter einer „Konferenz“ versteht. Sie lächeln, lächeln und lächeln.

Die Tatsachen aber sehen ganz anders aus, denn erst am 9. Juni 1970 hat der Sowjetbotschafter Abrassimow bei dem geheimen Viermächte-Gespräch im West-Berliner ehemaligen Kontrollratsgebäude zu Protokoll erklärt: „Es gibt keine Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin. Unsere Verhandlungen haben sich hier allein auf West-Berlin zu beschränken. Ost-Berlin ist die Hauptstadt der DDR. Dieser Staat ist souverän und keinen Beschränkungen durch

immer gleichgültig, wovon ihr jeweiliger Gesprächspartner „ausging“. Vor allem aber wirkte Scheels Vorverlegung seines Moskau-Trips vom September auf den Juli wie der bestellte Antritt zu einer Art Befehlsempfang. Und zugleich birgt die Blitzunterzeichnung durch den Bundeskanzler die Gefahr in sich, daß damit das Berlin-Problem zweitrangig wird, weil Brandt nach seinem pompösen Empfang im Kreml das Junktim zwischen Berlin und dem Vertrag nicht mehr ausbalancieren kann. Hier wurden Vorleistungen erbracht, die fast an einen Unterwerfungsvertrag grenzen.

Fehlzanzeige

Schon erleben wir, daß unsere Massenmedien die Frage erörtern, wofür das West-Berliner Reichstagsgebäude fortan noch verwendet werden könne. Man versucht also bereits, uns mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß der Bundestag und seine Ausschüsse künftighin in West-Berlin nicht mehr zusammentreten werden. Berlins Regierender Bürgermeister Schütz (SPD) unterstreicht dies noch, indem er in einem Rundfunkinterview die Überprüfung der „bundesdeutschen Präsenz in Berlin“ fordert. All dies sind letztlich Handschriften aus der Bonner SPD-Baracke, die man fälschlicherweise „Gewaltverzicht“ nennt, weil es ja doch beim sowjetischen Partner jeglicher Gegenleistung ermangelt. In Wirklichkeit werden nur Demarkationslinien, Sperrmauern und Todesstreifen legalisiert — einschließlich der Geheimen Dienstvorschrift 30/10 des Ulbricht-Regimes, die den „Schießbefehl“ enthält. Und nebenher müßte sich doch die SPD/FDP-Koalition ausrechnen können, daß ein Verzicht der Bundesrepublik auf ihre Anwesenheit in West-Berlin gleichbedeutend wäre mit der notgedrungenen Abwanderung von rund 20 000 qualifizierten Beamten und Angestellten — von den verheerenden psychologischen Auswirkungen eines solchen Rückzugs ganz zu schweigen.

Der Todesstoß

Die ausdrückliche Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der definitiven Westgrenze Polens hat, ob man es wahrhaben will oder nicht — zwingend zur Folge: a) Ost- und Westpreußen, Schlesien und der größte Teil Pommerns sollen für immer aus der gegenwärtigen und zukünftigen Geschichte Deutschlands ausscheiden. Der historischen Einheit Preußens wird damit der Todesstoß versetzt. Vier deutsche Volksstämme — als selbständige Gruppen — sind damit endgültig zum Untergang verdammt. — b) Der Verlust der ostdeutschen Provinzen bedeutet nicht nur die hoffnungslose Zerstreuung ihrer Bevölkerung, sondern er macht zugleich auch für die Zukunft ihre kulturelle Besonderheit zu nichts. — c) Die vertragliche Besiegelung ihrer Heimatlosigkeit wird möglicherweise zu einer verschärften Frontenstellung der Vertriebenen

gegenüber der derzeitigen Bonner Regierung führen, was eine Radikalisierung unserer innenpolitischen Verhältnisse mit sich bringen könnte. Die Kluft zwischen den enttäuschten Vertriebenen und den originären Bundesbürgern würde vertieft. Und Moskau würde dann nach der bekannten Lesart von einer bedrohlichen Zunahme „revanchistischer“ und „neofaschistischer“ Tendenzen reden.

Die Gespräche unseres Außenministers an der Moskwa standen von vornherein unter einem schlechten Zeichen. Es war offensichtlich, daß die Sowjets den Staatssekretär Egon Bahr als den persönlichen Vertrauten Willy Brandts betrachteten und demzufolge glaubten, mit ihm bereits das Notwendige für ein Abkommen erörtert und fixiert zu haben. So war auch in der Moskauer Parteizeitung „PRAWDA“ und dem Regierungsorgan „ISWESTIJA“ zu lesen, daß das Ergebnis für den Kreml bereits feststehe. Doch erst dann erschien Walter Scheel, ein

Mann, der erwiesenermaßen für die Außenpolitik Bonns nur bedingt zuständig ist, wie das aus dem ihm unbekannten Brief des Kanzlers an den polnischen KP-Chef Gomulka klar hervorging. Und wenn nun dieser Außenminister und seine Claqueure behaupten, es sei „in zähen Ringen“ gelungen, das von der Springer-Presse im richtigen Augenblick veröffentlichte „Bahr-Papier“ zu unseren Gunsten abzuschwächen, so trifft auch dies nicht zu, denn man hat das Ganze mit Ausnahme einer nebulösen Präambel fast wortwörtlich übernommen.

Es muß ferner festgehalten werden, daß für uns lebenswichtige Begriffe wie „Selbstbestimmung“ und „friedliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes“ in dem Moskauer Vertragstext überhaupt nicht vorkommen. So gibt es nur in einem zusätzlichen Brief und zweckoptimistischen Erläuterungen von Bonner Regierungsseite. Ein Brief aber ist unter Völkerrechtlern kein „Vertrag“, sondern lediglich eine einseitige Willenserklärung, an die sich der Empfänger — und schon gar nicht der Kreml — nicht gebunden zu fühlen braucht. Außerdem fehlt in dem Vertrag ein ausdrücklicher Verzicht der Sowjetunion auf die Anwendung ihres Interventionsrechts, wie es in den Artikeln 53 und 107 der UNO-Charta formuliert ist und woran die Sowjets Bonn im Herbst 1967 in einer Note erinnerten. Es muß daher bezweifelt werden, ob die vom Kreml übernommene Verpflichtung, strittige Fragen „ausschließlich mit friedlichen Mitteln“ zu lösen, dieses Interventionsrecht wirklich aus der Welt schafft.

Der Gipfel der Fadenscheinigkeit

Nach Äußerungen des Kanzlers sollen den Abmachungen mit der UdSSR ähnlich „friedenspendende Verträge“ mit Polen und der Tschechoslowakei folgen. Nun ist es aber in Warschau keineswegs mit Beifall registriert worden, daß der deutsch-sowjetische Vertrag das Oder-Neiße-Problem gleichsam über Polens Kopf hinweg zu lösen sucht. Daß die Sowjets dies trotzdem taten, wird — wenn auch nicht in dem selbstgefälligen Bonn — so doch von den Westmächten als eine Bestätigung ihrer These von der begrenzten Souveränität der Ostblockstaaten nach dem berüchtigten Modell der „Breschnjew-Doktrin“ ausgelegt. Und was Prag anbetrifft, so erklären namhafte Blätter der USA mit beifolgendem Hohn: „Die Tschechoslowakei ist heute das neutralste Land der Welt. Es mischt sich nicht einmal mehr in seine innersten Angelegenheiten ein. Die ‚Normalisierung‘, die die Sowjets dort seit ihrem Einmarsch schufen, gleicht der Ruhe eines Friedhofs.“ Und hier will unser Bundeskanzler Blumen pflücken.

Den Gipfel ihrer fadenscheinigen Beweisführung erreicht die Bundesregierung damit, daß sie jetzt auf einmal einen Brief des von ihr so viel geschmähten Konrad Adenauer hervorholt, dem sie nachsagt, er habe im Herbst 1955 sowjetische Angebote zurückgewiesen. Dieses Schreiben des zu Unrecht gescholtenen Altkanzlers enthielt die Feststellung: „Die Auf-

nahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR stellt keine Anerkennung des derzeitigen beiderseitigen territorialen Besitzstandes dar.“ Wenn man sich dies heute vor Augen hält, so kann man nur sagen, daß sich Brandt und Scheel bei ihrem Auftreten in Moskau an der entschlossenen Haltung Adenauers ein Beispiel hätten nehmen können. Nicht umsonst bezeichnete ihn Chruschtschow als „des Teufels Großmutter“, während sich unsere heutige Bundesregierung eines „überaus herzlichen Empfangs“ erfreuen durfte.

Auch das Moskauer Gipfeltreffen der sieben Partner des Warschauer Paktes am 20. August 1970 vermag die hier angeführten Bedenken nicht aus dem Wege zu räumen. Nach der Abwürgung des „Prager Frühlings“ hält der Kreml seine Satelliten wieder eisern am Zügel und erteilt er Polen, Tschechen und der „DDR“ Marschbefehle für die kommenden Gespräche mit der Bundesrepublik. Falls man aber in Bonn dem Trugschluß verfallen sollte, daß die hundertprozentige Zustimmung der Ostblockstaaten zum deutsch-sowjetischen Vertrag ein Beweis für die „hohe Staatskunst“ ist, die Brandt und Scheel nach Moskau führten, so ist darauf zu erwidern, daß die Kommunisten immer Beifall klatschen werden, wenn ihnen der Westen ohne die geringste Gegengabe etwas schenkt.

Sicherheitskonferenz:

Große Skepsis bei der NATO

Bündnis entwickelt Marschroute für Erkundung

Die Mehrheit der NATO-Mitglieder beurteilt das Projekt einer europäischen „Sicherheits“-Konferenz, wie sie der Warschauer Pakt vorschlug, weiterhin mit großer Skepsis. Dies zeigte sich bei der letzten Sitzung des Ständigen Rates der Allianz. Noch, so sagen die Fachleute im Brüsseler Hauptquartier des Bündnisses, sei es nicht klar, ob und inwieweit das Memorandum von Budapest (22. Juni 1970) bereits als östliche Antwort auf die westlichen Vorschläge von der NATO-Konferenz in Rom (27. Mai 1970) gewertet werden könne. Eine multilaterale Stellungnahme zum Vorhaben der Gesamteuropäischen Staatenkonferenz, wie die vorgesehene Veranstaltung vom Warschauer Pakt offiziell genannt werde, könne von der NATO daher erst abgegeben werden, wenn Ergebnisse bilateraler „exploratorischer“ Gespräche zwischen Angehörigen beider Paktssysteme vorlägen.

Eine Art Marschroute für derartige Erkundungen ist im Bündnis entwickelt worden. Danach wird den Mitgliedern der NATO empfohlen, bei allen Kontakten mit Mitgliedern der östlichen Allianz Antworten auf folgende Fragen zu suchen:

Steckt hinter der Formulierung des Budapest-Memorandums, „daß die Einberufung der Konferenz nicht von irgendwelchen Vorbedingungen abhängig gemacht werden darf“, die Absicht der UdSSR, Inhalt und Richtung des Treffens nach Gutdünken zu bestimmen, oder ist ein solcher Verdacht ungerechtfertigt?

Hat der Vorschlag des Budapest-Memorandums, die Bildung „eines Organs zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, den Zweck, so etwas wie einen regionalen Sicherheitsrat für Europa zu installieren, was zwar theoretisch bzw. formal beide Bündnisssysteme abwerten, faktisch jedoch nur die westliche Allianz auflösen würde, während die östliche Allianz kraft der Autorität ihrer Hegemonialmacht ihren Rang behält?

Geht es der UdSSR folglich darum, direkte Ein-

flüsse auf die NATO zu gewinnen, um den Prozeß ihrer Auflösung zu fördern, umgekehrte Wirkungen indessen mittels der Breschnew-Doktrin vom Warschauer Pakt abzuwehren?

Schließt das Angebot des Budapest-Memorandums, über „den Verzicht auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung in den wechselseitigen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten“ zu diskutieren, die Möglichkeit ein oder aus, die Breschnew-Doktrin zur Debatte zu stellen?

Stimmt damit die Vermutung, daß die UdSSR allein durch das Zustandekommen der Konferenz eine Bestätigung ihrer Herrschaft über den Osten Europas erwartet und zugleich eine Schwächung des westlichen Zusammenhalts erstrebt?

Ist die UdSSR nur bereit, über eine Verminderung der ausländischen Truppen zu reden, falls sie überhaupt ernsthaft verhandeln will, oder ist sie auch willens, die einheimischen Truppen in die Debatte einzubeziehen?

Warschau:

Bonn soll völlig isoliert werden

Das Bündnis der Vorweltkriegszeit wird angestrebt

Das Zentralorgan der polnischen Gewerkschaften, „Głos Pracy“, brachte einen höchst aufschlußreichen Hinweis darauf, daß es der Westpolitik des Sowjetblocks vornehmlich darum zu tun sei, die Bundesrepublik aus dem Atlantikpakt herauszulösen, damit vollständig zu isolieren und auf dieser Basis das Bündnisverhältnis zwischen Ost und West aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges wiederherzustellen.

„Głos Pracy“ wandte sich zunächst gegen die „Konzeption Adenauers“, die durch die „aktive



Schiller: „Damit haben wir auch ein weithin sichtbares Gipfelkreuz!“

Einbeziehung des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Potentials der Bundesrepublik in die Position des Westens“ charakterisiert gewesen sei. Nach den Vorstellungen des früheren Bundeskanzlers hätte der Westen dafür zum Aufbau der internationalen Stellung der Bundesrepublik beitragen sollen. So sei die Bundesrepublik zu einem „Faktor des kalten Krieges“ geworden, während sich sonst „Entspannungstendenzen“ abgezeichnet hätten. Jetzt aber, nachdem die neue Bundesregierung den politischen Status quo in Europa anerkannt habe, beginne eine „echte Normalisierung“, welche große politische Veränderungen mit sich bringen werde. Wörtlich erklärte das polnische Gewerkschaftsblatt dazu: „Was jetzt in Europa vorgeht, hat nichts mit einer Liquidierung der politischen Folgen des (Zweiten Welt-) Krieges zu tun. Es bestätigt vielmehr die Folgen des Krieges. Außerdem nähern wir uns infolgedessen der politischen Lage, wie sie sich im Kriege ergeben hat; denn sie eröffnet die Aussicht auf eine Erneuerung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West, wie sie sich in den Kriegsjahren entwickelt hatte und erst durch den kalten Krieg unmöglich gemacht worden ist.“

Ein gutes Wort für die Vertriebenen

Nicht alle Bürger dieses Landes sind vom Rausch des Moskauer-Vertrags erfaßt. Mit Sorge warten die Vertriebenen auf den Wortlaut des Abkommens. Er bringt für sie den Abschied von ihrer alten Heimat selbst wenn es nur der Abschied von einer Illusion ist. Ein Schlußstrich wird gezogen werden.

Viele von uns — und nicht zuletzt die amtliche Propaganda — sehen in den Vertriebenen die ewig Gestrigen, die sich dem Strom der Entwicklung entgegenstellen. Man stellt sie deshalb nach dieser Meinung am besten in die Ecke und vergißt sie. So wie man die Litauer, Esten und Letten vergessen hat. Sie teilen das Schicksal der Ostpreußen, die nie mehr die Kurische Nehrung sehen werden. Manche denken so bei uns und glauben, das sei fortschrittlich. Wir denken nicht so.

Fast jeder vierte in unserem Land ist ein Vertriebener, Flüchtling aus der DDR oder heimatloser Ausländer. Diese Zahl ist nicht gering zu achten. Es gibt wohl keinen Staat dieser Erde mit einem so hohen Anteil an Flüchtlingen.

Sie denken immer noch an ihre alte Heimat, auch wenn sie nicht daran denken, wieder zurückzukehren. Ihre Gefühle sollten wir achten und nicht verächtlich die Schulter zucken oder sie sogar mit dem Entzug von Unterstützungen und finanziellen Zuwendungen bedrohen. Alle materielle Hilfe in den letzten Jahrzehnten kann nicht darüber hinweggehen, daß die Flüchtlinge die größten persönlichen Opfer dieses Krieges getragen haben.

Wir haben den Flüchtlingen viel zu verdanken. Was wäre unser stolzes Wirtschaftswunder ohne sie, ohne ihren Fleiß, ihre Bescheidenheit, ihr Können und ihre Zähigkeit, sich in fremder Umgebung zurechtzufinden.

Entgegen allen Erwartungen und gegen alle Hoffnungen Stalins waren die Flüchtlinge nie ein Element der Unruhe in unserem Lande, sie waren eher ein stabilisierender Faktor. Radikale Parteien hatten bei ihnen keine größeren Chancen als bei den Einheimischen, mag man von Bruchteilen von Prozenten absehen. Selbst die Flüchtlingsparteien fanden nicht bei allen Flüchtlingen ihre Wähler. Heute gibt es diese Parteien überhaupt nicht mehr.

Die Vertriebenen haben am eigenen Leibe gespürt, was Krieg bedeutet. Alle, ohne Ausnahme. Sie haben es zum Teil gelernt, mit fremden Völkern zusammenzuleben, sei es in Polen oder der Tschechoslowakei, in Ungarn oder Rumänien. Das hat sie im Laufe eines langen Lebens gelehrt gegen politische Irrlehren.

Wenn der Vertrag mit Moskau in Kraft tritt, dann können noch manche Gefahren und Belastungen auf uns zu: psychologisch, politisch und finanziell. Dann wird es gut sein, Flüchtlinge bei uns zu haben. Sie sind an Opfer gewöhnt, sie sind nicht empfänglich gegen Irrlehren. Sie können uns dann noch einmal helfen.

Rudolf Heizler in der „Kölnische Rundschau“

London:

„Typische polnische Wirtschaftsreform“

Keine raschen Resultate der Reformplanung erwartet

Skeptisch über die Erfolgsaussichten der geplanten polnischen „Wirtschaftsreform“ äußerte sich im Londoner „Daily Telegraph“ der britische Journalist Blake Baker, der kürzlich die Volksrepublik Polen besucht hat. Um aus der gegenwärtigen Stagnation herauszukommen, wolle Warschau zwar bis 1971 das gesamte Planungssystem umgestalten und sich hinsichtlich der Investitionen auf jene Industriezweige konzentrieren, wo man die besten Ergebnisse erhoffe, aber die ganze Operation sei dermaßen kompliziert angelegt, daß nur eine große Menge an elektronischen Rechengaräten — die Polen aber nicht besitze — die einschlägigen Berechnungen erstellen könnte. Trotzdem habe man sich nicht entschließen können, für gutes lokales Management zu sorgen und Wettbewerbsfreiheit auf der Basis des Strebens nach bestmöglichen Gewinnen zu schaffen, und so stelle eben die Reformplanung ein „typisch polnisches“ Vorhaben dar, von dem nicht einmal diejenigen, die es betrieben, rasche Resultate erwarteten. Die Partei aber stehe dem ganzen Experiment, welches Rentabilität bewirken und vor allem den Export durch Qualitätsverbesserungen bei den industriellen Erzeugnissen fördern wolle, mit Zurückhaltung gegenüber. Mit westlichen Produkten könne die Volksrepublik Polen eben nicht auf dem Weltmarkt konkurrieren, und die ganze wirtschaftliche Situation könne eben deshalb nicht positiv verändert werden, weil man schlechthin alles verbessern wolle, statt sich nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis auf „einige wenige Spezialitäten“ zu konzentrieren. Wenn man aber das täte, „würde das eben keine polnische Lösung sein“.

Zur politischen Situation in Polen erklärte Blake Baker, Gomulka habe seine Position nach der Beteiligung polnischer Streitkräfte an der militärischen Besetzung der CSSR vor zwei Jahren als getreuer Gefolgsmann Moskaus wieder festigen können, der „Partisanen“-Chef Moczar sei in die zweite Linie zurückgedrängt worden, obwohl er noch über einen gewissen Einfluß verfüge, und der obereschlesische Parteisekretär Gierek, von dem man erwartete, er werde die Nachfolge Gomulkas antreten, befinde sich immer noch in Kattowitz. Offensichtlich werde aber jetzt mit dem Danziger Parteisekretär Kociolek ein neuer „junger Mann“ in den Vordergrund gebracht — er ist erst 37 Jahre alt —, der vielleicht schon in Bälde den Ministerpräsidenten

ten Cyrankiewicz ablösen könnte, um danach eventuell Nachfolger Gomulkas zu werden, wenn der jetzt 65 Jahre alte Parteichef diesen Posten räumen sollte.

Kritische Auslandsstimmen zum Moskauer Vertrag

Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, gerade die auffällige Eile auf beiden Seiten lege die Frage nahe, wer es denn eigentlich sei, der die Rose pflücke, ehe sie verblüht: ob eher ein Erfolg bundesdeutscher Ostpolitik oder vor allem ein Erfolg sowjetischer Westpolitik vorliege.

Trotz der Beteuerungen der westdeutschen Vertragspartner sei es schwer, von dem Eindruck loszukommen, die genannten (deutschen) Leistungen würden gratis und franko erbracht.

Die Gegenkonzessionen, die Änderungen am Bahr-Papier, die Scheel durchgesetzt habe, müßten bscheiden und recht dehnbar an. Das international angesehene Schweizer Blatt schreibt weiter: „Ob die Sowjetunion die Ratifizierung des Vertrages durch vorübergehende oder scheinbare Konzessionen in Berlin ermöglichen wird, bleibt abzuwarten. Was bietet sie sonst an Gegenleistungen? Es wird jetzt gesagt: Geschäfte. Aber diese haben sich auch bisher machen lassen und sahen zudem ... fast wie bundesdeutsche Entwicklungshilfe an die Sowjetunion aus ...“

„Yorkshire Post“ (Großbritannien): „Die Papierflut, die den Bonn-Moskauer Vertrag begleitet, wird die Interpretation des Vertrages durch

die Sowjetunion nicht beeinflussen, wenn es dem Kreml darum geht, ihn zu seinen eigenen Gunsten auszulegen ... Es kommt noch hinzu, daß der Erz-Neo-Isolationist, Senator Mike Mansfield, andeutet, daß der Pakt zwischen Bonn und Moskau ein weiterer Grund für die Reduzierung amerikanischer Streitkräfte in Europa sei. Der Sowjetische Verteidigungsminister wird seine Freude kaum zügeln können... Der Geruch eines Mündens 1970 liegt in der Luft.“

„Soir“, Kommentar aus Moskau (Belgien): „Der Preis, den die deutschen Verhandlungsführer bezahlt haben, scheint recht hoch, wenn man bedenkt, daß die Sowjets keinerlei Verpflichtungen eingegangen sind, die in Bonn als wesentlich angesehen werden.“

„Financial Times“ (London): „... Der deutsch-sowjetische Vertrag ist in der Tat offiziell von den wichtigsten Mitgliedern der Allianz begrüßt worden. Es wäre jedoch nicht ganz ehrlich zu behaupten, daß alle westlichen Außenministerien ebenfalls ohne Einschränkung den Vertrag billigen. Offensichtlich muß Brandt sorgsam darauf achten, daß Moskau die Bundesrepublik nicht von seinen westlichen Partnern löst ...“

„Rude Pravo“ (Prag): „... Die Logik der Geschichte hat die Bonner Regierung gezwungen, schließlich nach einem Vierteljahrhundert offiziell die europäischen Grenzen zu bestätigen.“

L' Aurore (Frankreich): „... Von europäischer Ebene aus betrachtet, ist der Vertrag sicherlich ein Erfolg für die deutsche Regierungskoalition und ein unbeschreibbarer Sieg für die sowjetische Strategie, die sich seit 1945 zwei Hauptziele gesteckt hatte: Den Abzug der Amerikaner aus Europa und die Erhaltung der Spaltung Europas. ... Es ist also nicht einzusehen, warum wir uns über diesen Vertrag freuen sollten.“

„Slowo Powszechne“ (Warsau): „... Die über eine geringe Stimmenmehrheit verfügende und durch eine Spaltung innerhalb der FDP bedrohte Regierung Brandt hat die Absicht, sich vor Fall der Opposition abzusichern sowie vor einer möglichen Unzufriedenheit bestimmter Verbündeter mit Hilfe einseitiger Erklärungen zum Thema der sogenannten „Deutschen Option“ — also des Rechts zur Wiedervereinigung, der Kontrollbefugnisse der drei Westmächte in der Deutschland- und Berlin-Frage sowie der Auslegung des Begriffs „Unantastbarkeit“ (der Grenzen) ...“

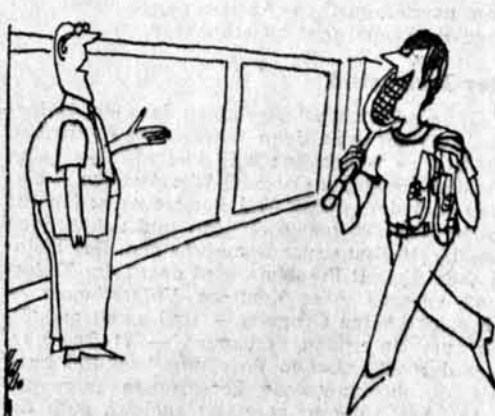
... Es ist jedoch selbstverständlich, daß derartige einseitige Vorbehalte und Erklärungen im Traumland wandeln ... Deshalb kann keine juristische Akrobatik die fundamental politische Tatsache verdunkeln, daß in dem ... ausgehandelten Vertrag die Bundesrepublik die tatsächlichen territorialpolitischen Dimensionen ... anerkannt hat, die Dimensionen, die durch die Potsdamer Beschlüsse ... und dann auch durch die Entwicklung der Nachkriegssituation, die die Entstehung zweier souveräner deutscher Staaten zur Folge hatte, aufgezeichnet wurden.“

„Zürcher Wirtschaftsbrief“ (Schweiz): „... Der Vertrag hat den Charakter eines Quasi-Friedensvertrages, durch den die Bundesrepublik Deutschland den Status quo in Europa und damit auch die kommunistische DDR anerkennt ... Eine künftige Wiederherstellung der deutschen Einheit wird danach nur noch unter kommunistischen Vorzeichen möglich sein. Der Vertrag gibt überdies sein juristisches Plaket zur Eingliederung Bessarabiens, Ostpolens, der Karpaten-Ukraine und des Baltikums. Wiewelt er die westliche Staatengemeinschaft schwächt, läßt sich noch nicht absehen ... Eins steht fest: er entläßt die Westmächte aus der immer wieder beschworenen Verantwortung für eine zukünftige Wiedervereinigung ...“

So lacht man in Polen



„Tolles Temperament hat deine Frau!“ — „Ach wo, das ist endlich der Klempner!“ (Polnische Karikatur, veröffentlicht in einer Ost-Berliner Zeitung.)



„Na, hast du gewonnen?“ — „Ja. Endlich habe ich Tennisschuhe Nr. 39 erwischt.“

Szpilki, Warschau

Neuer „Drehpunkt“

Keine Politik ohne die Sowjets

Der Bundesminister für innerdeutsche Fragen, Egon Franke, bezeichnete den deutsch-sowjetischen Vertrag als „Drehpunkt“ der Politik der Bundesregierung. Hierzu erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Dr. Katharina Focke, daß künftig Europa nicht weitergestaltet werden könne ohne die oder gar gegen den Willen der Sowjetunion.

Ein nimmermüder Gast des Lebens

Paul Fechter — ein Berliner aus Elbing — Von Bernhard Heister

Paul Fechter — Schriftsteller und Redakteur, Herausgeber von Zeitschriften, Literatur-, Theater- und Kunstkritiker und -historiker — ist am 14. September 1880 in Elbing in Westpreußen geboren. Er wäre also am 14. September 1970 neunzig Jahre alt geworden.

Vor sieben Jahren hatte ich den „Bücherwurm“, ein Berliner Antiquariat, gebeten, für mich um den „Geburtstagsstisch“ bemüht zu sein, den Rudolf Pechel zu Paul Fechters 60. Geburtstag im Jahre 1940 herausgegeben hat. Der Zufall wollte es, daß mir „Der Bücherwurm“ kurz vor Fechters jetzigem 90. Geburtstag diesen seltenen Privatdruck übersandte, ein Grund, das Antiquariat zu nennen, das meinen Wunsch so freundlich durch all die Jahre bewahrt hat, bis es ihn erfüllen konnte.

Da beginnt Rudolf Pechel, der Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, also im „Geburtstagsstisch“: „Lieber Fechter, in der ernstesten Stunde unserer Freundschaft und Zusammenarbeit sagtest Du mir, daß ich der Mensch sei, über den Du Dich am meisten in Deinem Leben geärgert habest... Es schadet gerade uns nicht, zu gewissen Zeitpunkten einen Spiegel vorgehalten zu bekommen, in dem wir zwar nicht unser Gesicht — denn das zu verbergen, haben wir ja gelernt —, aber das Bild erblicken.“

Mir gibt der „Geburtstagsstisch“ Gelegenheit, Paul Fechter zu zeigen, wie er sich in dem Spiegel, was prominente Männer vor dreißig Jahren zu seinem Geburtstag zu sagen hatten.

Gerhart Hauptmann übermittelte „dem echten und verdienstvollen Historiker lebendiger Literatur“ seinen „wärmsten Glückwunsch für weiteres segensreiches Wirken“.

Reinhold Schneider schrieb: „Das Wirken Paul Fechters gehört zu den verbindenden Kräften, die im geistigen Raume von Jahr zu Jahr spürbar sind; wir können seine sichtende, klärende, anregende Arbeit heute wohl noch nicht ermessen, geschweige denn bewerten; aber wir fühlen ihn wirken mit dem Rechte eines Mannes, dem ein Amt gegeben wurde.“

Nobler Betrachter

August Scholtis bekannte: „Fechter ist es, der mich den Journalismus lieben lehrte und die Journalisten als Leute schätzte, die leben und leben lassen, im Gegensatz zu den gottverblendeten Dichtern, die einem die übelsten Absichten unterstieben, den Journalismus dumm apostrophieren, „Kreaturen“, die sich vom Neid nähren und das Sonnenlicht, welches sie so gern in ihren Dichtungen erstrahlen lassen, mit stupidem Haß und blasser Tinte verfinstern.“

Der große deutsche Schauspieler Heinrich George schrieb: „Dem tapferen Fechter für die deutsche Bühnenkunst herzlich Glück zu neuen Taten!“

Heinz Hilpert, der Theatermann, äußerte sich über Fechter: „Er ist ein so ausgesprochen nobler, Maßgebender und zärtlicher Betrachter unserer Arbeit, weil er seine Maße aus der innersten Struktur des jeweils zu Betrachtenden ableitet und nicht aus willkürlichen subjektiven Stimmungen formt. Er ist ein Ablehner der vitalen Machte und ein Verehrer des geistigen Gehaltes, und er ist vor allem ein Feind der Superlative und Plakatierungen. Die leise und klare Stimme seiner Kritiken ist nicht zu überhören, sein Gesamtwerk ist eine Auseinandersetzung mit dem ewig jungen und sich ewig neu gebärenden Problem Theater, und sich wandelnd mit der Schöpferkraft seines Objektes hat auch er sich immer jung erhalten und zu neuen Problemen neue wesentliche Standpunkte gewonnen, die sich doch niemals sektiererhaft oder agitierend vom Primus, von der Wurzel aller Kunst entfernt haben.“

Friedrich von der Leyen, der große Germanist, berichtet: „Ich werde nie vergessen, wie vielen

Sie in Ihrem „Ruck im Fahrstuhl“ und Ihrer „Kletterstange“ in schweren Jahren Trost und Zuversicht gaben: wie Sie den Verwüstungen und Verwirrungen der Zeit tapfer ins Auge sahen und doch das Vertrauen nicht verloren und die Kräfte zeigten, die bleiben und wieder nach oben führen mußten. Wie wenige haben Sie das Recht, über deutsche Kultur zu sprechen: Sie sind in der Physik ebenso zu Hause wie in der Baukunst, in der Technik und in der Malerei, in der Kritik und im Theater, in der Musik wie in der Dichtung; in schönster Aufgeschlossenheit und voll gütigem Verständnis für die Gegenwart und ein unermüdlicher Kämpfer lebendiger Vergangenheit.“

Wenn es um den Osten ging

Paul Breitenkamp bestätigte: „Mag er noch so viel um die Ohren gehabt haben, der Mann aus dem ‚wartenden Land‘ am Hasf — er war immer zu haben, wenn es um den Osten ging.“

Und Joachim Günther, nach dem Kriege gemeinsam mit Paul Fechter Herausgeber der „Neuen deutschen Hefte“, die er heute allein fortsetzt, gibt folgende Schilderung der Gestalt Paul Fechters: „In der Tat ist etwas ungemein Festes, Kerniges der bestimmende Eindruck seiner Physiognomie, die noch im Fleische geschnitten und gekerbt erscheint. Ihr fehlen die weichen Linien ebenso, wie der Stimme jede samtene Modulation ermangelt. Die tiefen Intelligenzfalten an der Nasenwurzel, das reiche, lebenswichtige Faltenpiel um den Mund, die blitzend klugen und erhellten Augen, der mächtige Stirnkasten und die nicht minder gesicherte ‚Basis‘ der unteren Gesichtshälfte, dies alles, dazu der gedrungene Körperbau: man weiß es und fühlt es, man hat einen ‚Mann‘, einen katzenmüchternen und dennoch im Angesicht wirklicher Werte entscheidenden ehrfürchtigen, einsatzbereiten Menschen vor sich. Vor allem aber einen Kopf, dessen übergewöhnliche Kapazität sich gewissermaßen schon in seiner Räumlichkeit andeutet. Mit diesem Schädelumfang und dieser in der Gesamtphysis angedeuteten Arbeitskraft, muß man es zu ungewöhnlichen Leistungen bringen. So wird denn auch Paul Fechter selbst von seinen Feinden wegen ihm meistens notgedrungen zu Neidern werden) um seiner Arbeitskraft und der ihr entsprechenden Leistungsbreite willen bewundert. Produktivität ist nach Goethe schon an sich ein Wert. Paul Fechter ist einer der produktivsten Köpfe der Gegenwart; obwohl seine Produktivität nicht die natürlich-naive, sondern die viel schwierigere der Reflexion und Bildung ist, die ständig die mannigfaltigsten und jeweils neuesten Weltgehalte in sich hineinläßt und sozusagen Halbfertiges in Fertigfabrikate verwandelt.“

Paul Fechter hat in „den zwölf Jahren“ Deutschland nicht verlassen. Wie Bann und Ru-



Paul Fechter

Foto Ullstein

dolf Alexander Schroeder, um nur zwei zu nennen, gehörte er zu der sogenannten „inneren Emigration“. Sein Tun und Lassen in „den zwölf Jahren“ hat ihm — vorwiegend nach seinem Tode, und dies ist vielleicht kennzeichnend — mancherlei Angriffe und Verleumdungen eingetragen: Wir haben jedoch heute zwei Publikationen vorliegen, die Paul Fechter, wenn dies überhaupt notwendig war, restlos „rehabilitieren“. Es sind

dies die fundierte Arbeit von Sabine Fechter mit dem Titel „Paul Fechter, Wege und Formen der Opposition im Dritten Reich“, erschienen in Heft 1/1964 der Zeitschrift „Publizistik“/Verlag B. Heyne & Co., Bremen, und die detaillierte, gründliche Dissertation von Dr. Gerd Renken: Die „Deutsche Zukunft“ und der Nationalsozialismus, ein Beitrag zur Geschichte des geistigen Widerstandes in den Jahren 1933/1940“, Freie Universität Berlin 1970.

Fruchtbares Schaffen

Paul Fechters Tätigkeit unmittelbar nach dem Zusammenbruch von 1945 ist der beste Beweis für seine unbedingte Rechtschaffenheit. Nie und nimmer wäre ihm sonst damals ein derartiges öffentliches Wirken möglich gewesen. Unmittelbar nach dem Kriege bis zu seinem Tode war er n. a. geschätzter Mitarbeiter folgender Zeitungen und Zeitschriften: Die Welt — Die Neue Zeitung — Die Zeit — Christ und Welt — Das Sonntagsblatt — Der Tagesspiegel, — Merian — Westermanns Monatshefte. Daneben erschienen eine große Anzahl neuer Bücher aus seiner Feder, schrieb er eine neue deutsche Literaturgeschichte, und es erschien „Das europäische Drama“, eine große dreibändige Geschichte des Theaters, nein, der europäischen Kultur im Spiegel des Theaters. Gottfried Benn schrieb an die Berliner Akademie der Künste in seinem Brief vom 1. Februar 1956, in dem er aus gesundheitlichen Gründen seine Mitgliedschaft niederlegte: „Ich schlage zum Schluß zur Wahl in die Abteilung für Dichtung die beiden Berliner Herren Dr. Kurt Ihlenfeld und Dr. Paul Fechter vor und gebe zum Abschied meine Stimme für die Präsidentenwahl Herrn Professor Scharoun.“

Paul Fechter starb mitten aus seinem Schaffen heraus in seinem achtundsiebzigsten Lebensjahr am 9. Januar 1958 in Berlin. In seinem Roman „Der Herr Ober“ sagte er einmal: „Gäste, Gäste sind wir alle.“ Er war ein nimmermüder Gast des Lebens.

Gottfried Benn hatte ihm zu seinem 75. Geburtstag die nachstehenden „Worte“ gewidmet:

Allein: du mit den Worten
Und das ist wirklich allein,
Clairons und Ehrenpforten
Sind nicht in diesem Sein.

Du siehst ihnen in die Seele
Nach Vor- und Urgesicht,
Jahre um Jahre quäle
Dich ab — du findest nicht.

Und drüben brennen die Leuchten
In trohem Menschenhort,
Aus Lippen rosigen, teuchten
Perlt unbedenklich das Wort.

Nur deine Jahre vergilben
In einem anderen Sinn,
Bis in die Träume Silben,
Doch schweigend gehst du hin.

Auf dem Elbing kam die Ferne...

Paul Fechters frühe Eindrücke: Musik vom Fluß und der Lärm der Kabbelkat

Der erste Einbruch der Umwelt vollzog sich, wie sich das für eine Stadt der Schifffahrt gehört, vom Flusse her. Der Garten stieß an den Elbing, dem die Stadt ihren Namen verdankt, wenn er auch wahrscheinlich gar kein Fluß, sondern der Überrest eines uralten Haffarms ist, der sich an dem Fuß der Elbinger Höhe entlang einst nach Süden bis in den flachen Kessel erstreckt hatte, den heute noch die verwachsenen Reste des Dausensees einnehmen. Dieser Elbing, der bei Südwind vom Dausensee zum Haff und bei Nordwind vom Haff zum Dausensee floß, besser trieb, war trotz seiner wenig temperamentvollen Anlage die wesentlichste Lebensader der Stadt.

Er brachte die großen und die kleinen Schiffe in sie hinein und aus ihr hinaus; er gab den großen und den kleinen eWrten an seinen Ufern die Möglichkeit, Schiffe nicht nur zu bauen, sondern auch von Stapel zu lassen: auf ihm kam die Ferne in die Stadt und die weite Welt und weckte schon im Kinde die unklare Vorstellung einer Raumweite, vor der die einst so große Kinderwelt kleiner und kleiner und schließlich nur noch Ausschnitt einer viel größeren, sich ins Unermessene erstreckenden Umwelt wurde, die von Jahr zu Jahr umfassender, zugleich beängstigender und lockender wurde.

Zuerst rührte der Fluß mit seinen Stimmen an

die Welt des Jungen. Wenn er im Sommer abends in seinem Bett lag, klang vom Wasser her Musik über den Garten, wehmütig melancholische Klänge der Ziehharmonika, auf der da einer seiner Liebe oder auch nur seiner Langeweile Ausdruck gab.

Drüben am jenseitigen Ufer des Elbings lag an der schmalen Fahrstraße, die den nicht eben hohen Damm entlang führte, ein langes Haus, Erdgeschoß und Obergeschoß mit vielen kleinen Fenstern in seiner Front, hinter denen sich viele kleine Wohnungen befanden und noch viel mehr kleine Leute wohnten. Diese vielen, vielen Menschen unter einem Dach waren wie meist im Leben wenig geneigt, sanft und friedlich nebeneinander zu hausen — im Gegenteil: sie waren für Leben, und Leben hieß ihnen Krach, je mehr, desto besser. Die sanften Melodien der Ziehharmonika, die vom Flößholz heraufklangen, das zu beiden Seiten des Flusses geruhig weithin gelagert die Uferböschungen begleitete, genügten ihnen nicht: sie wollten mehr, und sie schufen sich mehr. Sie rauchten, sie zankten, sie schrien, morgens, mittags und abends: so hatte das Haus seit es stand, sich bei den Umwohnenden auf beiden Ufern redlich seinen Namen verdient. Es hieß die „Kabbelkat“, wobei für Unkundige des westpreußischen Idioms bemerkt sei, daß kabbeln, sich kabbeln dort oben soviel wie zanken, sich zanken hieß, vor allem mit lauten und vielen Worten. Der deutsche Osten von Danzig bis Königsberg und Memel besaß eine herrliche Phantasie des Schimpfens und eine Freude an ihm. Die Männer und fast noch mehr die Frauen, vor allem wenn sie dem nahrhaften und beliebten Beruf des Fischhandels nachgingen, entwickelten ein derart produktives Verhältnis zu Wortgeboten, die einem Gegner möglichst anschaulich seine Minderwertigkeit zum Bewußtsein bringen sollten, daß es für jemand, der Sinn für solche mehr oder weniger folkloristischen Leistungen besaß, ein ungetrübtes Vergnügen war, ihnen zuzuhören. Vor allem, wenn sie sich „kabbelten“. Dieses taten, wie gesagt, die vielen Bewohner der Kabbelkat sehr oft. Sie schrien den ganzen Tag, bald lauter, bald leiser — also daß es eine angenehme Unterbrechung war, wenn auf einmal eine höhere oder tiefere Dampfpfeife mehr oder weniger laut und mehr oder weniger lange sich zu betätigen begann.



Nächtliches Elbing, Geburtsstadt Paul Fechters

Foto Mauritius

Aus Paul Fechter: „Zwischen Haff und Weichsel“, Jahre der Jugend, 1954 bei S. Bertelsmann

Feuerzauber

Eine leicht verrückte Geschichte von Heinz Panka

Kam doch einer, ich saß gerade bei einer Flasche, einer mit Fusselschnauzer war's, mit so 'nem Nietzschbart; und eine Papierdrysantheme hatte er im Knopfloch.

„Ja, sind Sie nicht ja, bist du nicht?“ Er steuert auf mich zu, strahlend, weil ich doch seinem Freund

„Der bin ich nicht.“ „Oh, das war einer, ein großartiger Kerl. Nein, diese Ähnlichkeit! Sie können stolz sein.“ Der hätte ihn gleich mitgenommen

„Schon gut, schon gut ...“ „... gleich mit zu sich nach Hause ...“ „Genug, genug“

„Und für vier Wochen!“ „Na denn, zum Wohl, ein Glas dem Freunde.“ „Mit Dank!“ Er trinkt. „Oh, Feuerzauber, Ihr Geschmack, Herr ...“

„Lassen wir's.“ „Auch recht.“ Er leckt den Bart. „Ein Schuß“ sagt er.

„Wie, was, ein Schuß?“ „Ein Schuß“, sagt er. „Wir gingen ... Er zog seine Pistole und ...“

„Der Freund?“ sag ich. „Woher hat er auf einmal die Pistole?“

„Na, er ist doch ... ich darf noch mal“, und er greift zur Flasche. „Er ist doch Kunstschütze, Herr. Jawohl, erster Kunstschütze beim Zirkus. Ein Schuß ins Fenster ... Moment, Moment.“ Er hebt den Arm. „So meldet der sich immer an, auf hundert Meter. Die wohnen nämlich draußen, weit, in einer Neubauwohnung, zweiter Stock. Schon Jahre warten die auf Telefonanschluß. Aber na, Sie wissen ...“

Wer, ich? Also das ... Freundschaft, denke ich, willst du mich hier etwa auf den Arm nehmen? Warte, dich treib' ich in die Enge. Wart ab, du stehst mir rot da. „Ein teurer Spaß“, sag ich.

„Ach, die haben Butzenscheiben. Die sind auch in der Glasversicherung.“ „Sind sie?“

„Ja, was denn sonst, Herr! Und sparen noch die Telefongebühren und all den Ärger. Zu Haus, die kennen ihn. So ist er: Zeit ist Geld. Bei ihm muß alles fix gehn. Ein Schuß ins Fenster, und sie wissen: aha, er kommt. Jetzt rasch das Essen aufgestellt, Gabel, Löffel, Tellerchen; die flachen für den Braten, die Teller für den ... Wohl bekomm's, ein Schmollis!“

Er schluckt. „Die essen nämlich vornehm, o ja. Kristall, alles aus Meißen.“

„Kristall aus Meißen?“ „Aber gewiß doch! Oder meinen Sie, in Meißen gibt es kein Kristall? Sie werden doch noch Meißen ... Und erst die Tischgespräche, die sie führen. Hoho! Goethe, Einstein, Kant! Ab und an 'n bißchen Wagner.“

„Weiter“, sage ich. „Wegen so einer Lappalie von Scheibe kommt ja heut nicht gleich der Glaser.“

„Ganz recht“, er nickt. „Wegen so einer Stimmt genau. Sie fangen an mich zu verstehn. Im Sommer geht ja alles klar, aber im Winter. Wie im Winter? Da essen die in Hut und Mantel, mit Handschuhn. Die wahrhaft vornehmen Leute essen sowieso nur mit Handschuhn, wenn ich da einen Hinweis geben darf. Man kommt dann auch viel schneller weg. Zudem, man härtet ab. Ich hab mich überzeugt, der Nachwuchs gedeiht prächtig. Und sollte wirklich mal 'ne kleine ...“ er hustet, ... haben sie ja vorbeugend ...“ Und er trinkt. „Das hilft immer.“

„Und schießt also auf hundert Meter“, sag ich, „mit der Pistole genau ins Fenster.“

„Genau.“ „Und trifft.“ „Und trifft.“

„Und den dahinter ...“ sage ich sofort. Er schüttelt den Kopf. „Sind Sie aber ...“

Nein, so was Mißtrauisches! Er ist doch Kunstschütze Herr, sagt' ich's nicht? Erster Kunstschütze beim Zirkus! Haben sie mal 'n echten Western gesehen? Wie die da aus der Hüfte ... Erst an der Bar rasch zwei, drei gekippt, ganz kurz, ganz ohne Schlucken. Ich mach's mal vor ... So! — Die Kehle wie ein Leitungsrohr. Obacht, noch einmal ...! Und dann: auf zum letzten Gefecht. Es knallt von allen Dächern. Schüsse, Schüsse! — Er fällt. — Nein! Noch im Fallen hat er die Pistole gezogen, und schießt aus den Hüften: mit zweien, Herr, mit zweien! Und da fragen Sie! ... Also von den Nachbarn reißt sich kein Mensch mehr auf. Außerdem haben die mehrere Zimmer, nicht nur nach dem Osten. Eine Wohnung hat die Zimmer aber nach zwei Seiten. Das sollten Sie eigentlich wissen. Die essen nur im Ostzimmer; aber sie wohnen im Westzimmer. Jetzt erzählen Sie mir bloß, daß ihnen im Westzimmer auch nur ein Härchen ... Sehn Sie! Aber ich will ganz ehrlich sein. Das haben die sich schon so angewöhnt: Im Westen aufrecht gerade, doch kaum daß einer auch nur den Drücker zum Ostzim-



Na, wen bringt der Dampfer mit?

Foto Godlowski

mer anfaßt, sinkt er ganz automatisch. Ich zeig's Ihnen: West — Ost, jetzt!“

„Weg ist er, unter den Tisch gerutscht, hält sich mit einer Hand nur an der Platte. — West wieder! — Sein angegrauter Haarschopf, sein dürrer Leib schieben sich empor; er stärkt sich rasch. — Jetzt: Ost! — West — Ost — West — Ost — West! Puh, er sitzt, wischt seine Stirn. Sie zwingen einen aber auch ...“

Nebenbei bemerkt, eine sehr gesunde körperliche und geistige Übung.“

„Aber Freundschaft“, sage ich, „und da hast du gewohnt, bei denen, und hattest gar kein bißchen Angst?“

„Wer — ich Herr, ich? Ich war doch Gast. Das galt doch nicht für mich! ... Damit Sie es denn ganz genau hören ...“ Er beugt sich vor. „Manchmal verwechselt jemand aus der Familie auch die Richtung, kniet im Westen, was ja Blödsinn ist, und steht im Osten. Aber so zahlreich wie die sind! Das Herrmännchen

lief auch mit einem Pflaster am Ohr herum, unbedeutend, kleiner Streifschuß. Und gegen die Schmerzen haben sie ja ...“ Er faßt sein Glas, fest. „Vom Wilhelm war die Brille auch kaputt. Der schielt jetzt schon.“

„Der schielt, der schielt. Verfluchter Kerl, was du mir da erzählst, das ist doch nicht normal!“

„Wie, was, normal?“ Er lachte fröhlich, hieb auf den Tisch. „Ja Herr, kann ich dafür? Was ist heutzutage schon normal! Ein starkes Stück. Anscheinend mögen Sie die Wahrheit nicht. Ja, wenn Sie schon so einfache Tatsachen nicht ...“ und er stand beleidigt auf, „dann hat's keinen Zweck. Oder Sie haben keine Ahnung von der Welt. Das merken Sie sich mal: keine.“

Er ging, Kopf hoch, Brust raus zur Tür, sich von Tisch zu Tische abstoßend

„Keine!“ rief ich ihm nach. „Ich, keine? Durchdu. Das ist es!“ Und greif ... und gieße mir ... leer.“

Magda Sprang

Rühre den Baum

Im Baum der Erinnerung
Hängen die Träume,
Laubnacht und Dunkel,
Vergangener Zeit;
Raunen die Klänge
Entschwundener Stunden
Schlafüberlangen
Vergessenes Lied.

Rühre den Baum:
Und es leuchten die Bilder
Rühre den Baum:
Und es klingen die Töne,
Rühre den Baum:
Und Licht wird dein Heut!

Was dich erschütterte, was dich bedrohte,
Was dich entzückte und was dir entlohte,
Glanzüberlunkelt
Wird's neu dir Gestalt.
Rühre den Baum:
Und Licht wird dein Herz!

„Ich will ihm nich, denn er gefällt mich nich!“

Kleine Geschichten zum Schmunzeln aus Ostpreußen

In die Praxis eines Zahnarztes auf dem Lande kam eines Tages eine junge, hübsche Frau, deren Gesicht durch ein lückenhaftes Gebiß sehr verlor. Der Zahnarzt empfahl ihr, den Mangel durch einen Zahnersatz beseitigen zu lassen. Die Patientin konnte wohl nicht selbst entscheiden und versprach, hierüber mit ihrer Schwiegermutter zu sprechen. Als sie danach wieder in der Praxis erschien und der Zahnarzt sie an den Ersatz erinnerte, berichtete sie, daß sie wohl mit ihrer Schwiegermutter gesprochen habe, aber die Antwort habe gelaute:

„Ach Kind, wat brukst du Tähne, du böst ja schon verfriet!“

In die Sprechstunde eines Arztes kommt ein kräftiger Mann und läßt sich untersuchen, um

sich über seinen Gesundheitszustand zu informieren. Nach der Untersuchung sagt der Arzt:

„Das ist erstaunlich, Sie sind kerngesund. Wie ist Ihre Lebensweise? Trinken Sie, rauchen Sie, essen Sie viel, schlafen Sie viel, sind Sie oft in Damengesellschaft?“

Darauf der Patient:

„Ei nei, Härr Dokter, öck rook un drink nich, ät wenig, goah um acht öawends schloape un mött Wiewer häbb öck all gar nuscht em Sönn.“

Hierauf der Arzt: „Das ist wirklich erstaunlich, daß es so etwas heute noch gibt. Was hat Sie denn zu dieser soliden Lebensweise gebracht?“

„Oeck häbb tähn Joahr öonne Kalus gehuckt!“

In die Landpraxis eines Zahnarztes kam ein junger Mann zur Behandlung. Nach der Hände- reinigung wollte sich der Zahnarzt dem Patienten zuwenden, sah ihn aber auf der Fußbank des Behandlungsstuhles sitzen. Auf die Frage, ob er sich nicht auf den Stuhl setzen möchte, meinte der Patient:

„Härr Dokter, öck ducht, boawe motte Se hucke!“

„Du Koar!“ säd August, „häst geläse, Dat Leiche köfft de Antomie? Doa sie öck gistre uck gewäse, To froage, ob se nähme mi.“

„Noa, August, böst dänn anjenoahme?“

„Ach Kordel, nee, uck nich den Spur, Oeck häbb uck noch e Mark bekoame — Se nähme bloß möt Abitur!“

Ein Junge kommt zum Amtsarzt: „Härr Gerichtsarzt, mien Voader ös dot un nu nicht öck dem Dodeschein.“

„Wer hat deinem Vater zuletzt behandelt?“ „Mien Mudderke.“

„Ich will wissen, welcher Arzt Deinen Vater behandelt hat.“

„Et hätt mienem Voader kein Dokter geholpe, he ös von sölwst gestorwe.“

Ein junger Mediziner hatte den Dokortitel bekommen, doch seine Wirtin sprach ihn nach wie vor nur mit seinem Namen an. Durch ihre Bekannten dahingehend aufgeklärt, sie müsse ihn doch jetzt mit „Herr Doktor“ ansprechen, da er diesen Titel nun einmal habe, meinte sie:

„Dat gloow öck nich, dänn noch gistre hätt he mi noa enem Möddel gägen Kopfschmärze gefroagt!“

Um drei Uhr nachts läutet die Nachtglocke an der Apotheke. Der verschlafene Apotheker fragt mürrisch: „Was gibts?“

„Oeck nicht een Möddel tum Afföre.“

„Unglaublich, deswegen hier zu läuten, wo ein Glas heißes Wasser sofort geholfen hätte!“

„Na dänn dank öck uck scheen för dä Ukunft, Oeck nähm dänn doch läwer dat heete Woater! Gode Nacht uck.“

Der Pfarrer einer Landkirche erhielt kurz vor der Trauung eines Paares folgenden Absage- brief der „glücklichen“ Braut:

„Sehr geehrter Herr Fahrer! Ich melde Ihnen, daß ich dem Carl Grigoleit nich heiraten tu — ich will ihm nich, denn er gefällt mich nich!“



Einfahrt zum Hof in Jakunowken, Kreis Angerburg.

Foto Rimmek

Zwei schmale weiße Ringe um den Schornstein

Die Reederei Meyhoefer und Ostpreußen — Von Paul Brock

Die Liebe zu Schiffen trug ich als Erbtell mehrerer Schiffergenerationen in mir, um so mehr da mein Heimatort nahe am Memelstrom lag, wo ich viele Stunden meiner Tage zwischen Frühjahr und Herbst zubrachte. Doch kann ich nicht sagen, warum der lange, schwarzbordige Schraubendampfer mit zwei schmalen weißen Ringen am Schornstein mein besonderes Interesse besaß. Die anderen Dampfer, soweit sie den Personen- und Güterverkehr zwischen Tilsit und Schmalleningken, oder gar bis Georgenburg und Kowno bewältigten, waren weiß und wurden von Seitenrädern fortbewegt, rauschend und schaumschlagend; man hörte sie schon von weither. Das Merkmal der Reederei-zugehörigkeit war bei ihnen ein breiter weißer Ring um den qualmenden Schlot.

Die zwei schmalen Ringe waren das Kennzeichen der Königsberger Reederei Meyhoefer, und der Dampfer, von dem am Anfang die Rede war, war die „Königsberg“. Die Kraft der Maschine kann nicht gewaltig gewesen sein; während des Frühjahrsstaues, bei der ersten Fahrt nach der Winterruhe, quälte sie sich über die Spickdämme hinweg, daß ich manchmal den Eindruck hatte, sie schaffe es nicht, aber schließlich legte sie in Trappönen an. Jede Woche einmal kam sie den Strom herauf, wenn ich nicht irre, war es der Donnerstag; der Laderaum war mit Stückgütern vollgestopft und als Decklast sah man Fässer und Kisten: ein Frachtdampfer also war die „Königsberg“; Passagiere vertrauten sich ihr wohl nur in Ausnahmefällen an. Am Montag oder Dienstag legte sie in Königsberg an und fuhr von Station zu Station: Tapiau, Labiau, Seckenburg, Tilsit waren die hauptsächlichsten Haltestellen. Es folgten Sokaiten, Baltupönen, Trappönen und Schmalleningken; das schaffte man nicht an einem Tag. Dazu brauchte man eine halbe Woche; manchmal legte das Schiff auch bei den Dörfern an, in Langenberg oder in Nemonien zum Beispiel.

Der Name „Meyhoefer“ war mir bald zu einem festen Begriff geworden, zumal, da ich eines Tages nach Königsberg kam, auf der „Emma von Wischwil“, unter Segeln durch Gilde, Deime und Pregel und die ganze Flotte der Firma beisammen sah, ein Erlebnis, das mich sehr tief beeindruckte und mir Respekt einflößte. Die „Königsberg“ hatte mehrere Schwesterschiffe. Davon fuhr das eine die Route nach Memel und ein anderes nach Danzig über das Frische Haff; eine ernsthaftige Konkurrenz gab es kaum; höchstens die Bellmanns in Labiau mit der „Vorwärts I“ und der „Vorwärts II“.

Es war die Blütezeit der ostpreußischen Frachtschiffahrt vor dem Ersten Weltkrieg. Die Bellmanns, das war ein Familienbetrieb, geleitet von Vater und Sohn, die zugleich Kapitäne waren und tagaus und tagein auf der Brücke standen und nur einen Rudergänger zur Ablösung hatten.

Die Reederei und Speditionsfirma Robert Meyhoefer war bereits am 1. Januar 1863 in Tilsit gegründet; sie siedelte 1872 nach Königsberg über; kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges konnte sie das 75. Jahr ihrer Gründung feiern. Von Königsberg aus unterhielt sie mit ihren Schiffen den regelmäßigen Tourendienst nach Elbing, Danzig, Tilsit, Memel und Kowno. In allen diesen Städten wurden Niederlassungen eingerichtet — auch in Prostken und Pillau.

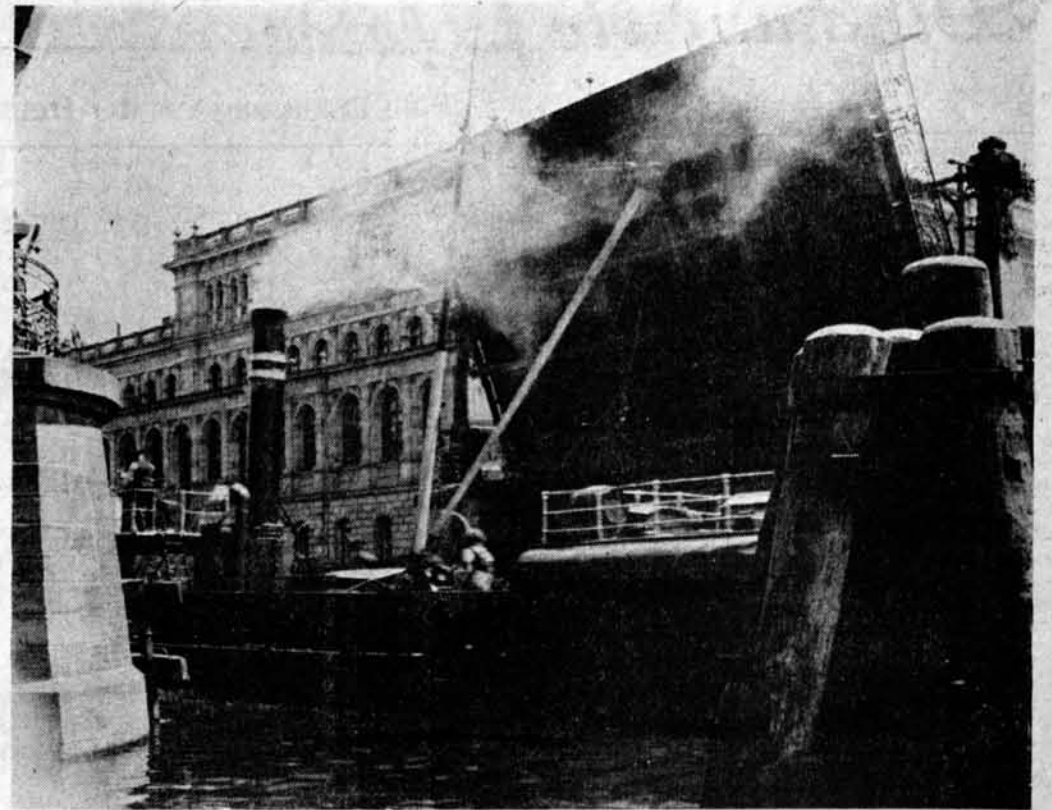
In gewisser Hinsicht entwickelte sich auch die Firma Meyhoefer zu einem Familienunternehmen, als ein „Haslinger“ als Mitarbeiter in die Firma eintrat.

Die Meyhoefer waren Salzburger und bei der Austreibung der Prostetanten aus den Habsburgischen Erbländern Anfang des 18. Jahrhunderts nach Ostpreußen gekommen. Aus denselben Gründen und unter den gleichen Umständen fanden die Haslinger, aus Westungarn stammend, in Ostpreußen eine neue Heimat. Beide Familien waren miteinander verwandt; am 1. Januar 1896 entstand die Mitinhaberschaft beider Familien bei dem seit Jahren bestens florierenden Unternehmen, als der Kommerzienrat Julius Haslinger sich mit Meyhoefer verband; zuvor hatten die beiden Familien schon zwei Jahrzehnte in Partnerschafts-Reedereien miteinander gearbeitet.

Im Jahre 1910 übernahm der Konsul Erich Haslinger die Nachfolge seines Vaters und nahm fortan im Wirtschaftsleben Königsbergs eine führende Stellung ein, ein Umstand, der auch für die Bedeutung des Gesamtunternehmens spricht. Er beriet die Industrie- und Handelskammer als Verkehrsdezernent und war viele Jahre als ihr Vizepräsident tätig. Zusammen mit seinem Bruder Oswald wurde er Mitbegründer des „Seedienstes Ostpreußen“.

Das Reisebüro Robert Meyhoefer zählte zu den größten, die es in Deutschland gab; 350 Angestellte beschäftigte die Firma. Kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entstand in Königsberg nahe der Börse ein schönes, modernes Bürohaus. Auch Memel erhielt für die Abwicklung der Geschäfte ein siebenstöckiges Gebäude das alle anderen Geschäftshäuser der kleinen Seestadt überragte.

Immer wieder bin ich den Dampfern auf der Fahrt zwischen Memel, oder Tilsit und Königsberg begegnet: auf dem Strom, der Gilge, dem Großen Friedrichsgraben, auf Deime und Pregel oder bei den Liegeplätzen in Königsberg: die „Königsberg“, die ich schon genannt habe, die „Schwalbe“, die „Frisch“ und die „Frei“; eine gewisse Popularität bei den Anliegern der Flüsse und Ströme besaßen die Raddampfer: die „Schnell“, eines der ältesten Schiffe, vor allem die „Cito“ und die „Rapid“, die den regelmäßigen Tourendienst zwischen Königsberg und Tilsit bewältigten.



Meyhoefer-Schiff passiert die Grüne Brücke in Königsberg

Neben der Ladung beförderten sie auch Passagiere. Die Kapitäne ließen Großzügigkeit walten; man konnte die Dampfer auch zwischen den Stationen besteigen, wenn man sich rechtzeitig, sobald sie in Sicht kamen, mit einem Handkahn heranfahren ließ und sich durch ein Winkzeichen bemerkbar machte. Die Maschine stoppte und nahm den Fahrgast an Bord. Mit dem großen, bequemen Raddampfer, der „Königin Luise“, bin ich einmal, schon in den zwanziger Jahren, von Königsberg nach Danzig gefahren; es war eine sehr schöne Reise über das Frische Haff, durch die Elbinger Weichsel und durch zwei Schleusen, an dem schönen Bohnsack vorbei.

Nicht selten nahm man auch Vieh an Bord von den Stationen zwischen Gilge und Pregel. Ein Pferd sollte einmal, inmitten der Wiesenlandschaft, am Ufer der Deime, an Bord gebracht werden. Es fiel von der ausgefahrenen Rampe in die Deime und es gehörte viel Mühe und die Kraft einiger Männer dazu, es wieder an Land zu schaffen. Es war die „Rapid“ und sie hatte einige Stunden Verspätung, als sie in Königsberg ankam.

Ein typisches Bild ergaben die Kurenkähne, die sich irgendwo in der Tilsiter Niederung angehängt hatten, um Zwiebeln oder die so beliebten Moorkartoffeln aus dem Großen Moosbruch nach Königsberg auf den Markt zu bringen.

„Regen über Gerechte und Ungerechte“

Ostpreußen schrieb einen neuen Roman über das Geschehen des Zweiten Weltkrieges

Werner Möllenkamp, ein Landsmann und Artillerie-Offizier des Zweiten Weltkrieges schrieb diesen Roman. Er spielt in den Jahren 1943—45 in Portugiesisch-Afrika und Ostpreußen. Jetzt noch nach 25 Jahren ein Kriegsroman — was soll's? So werden sich sicherlich viele Menschen fragen. Aber wenn sie diesen Roman gelesen haben, werden sie anderer Ansicht sein.

Dem Verfasser ist es gelungen, im Rahmen des großen Geschehens das Schicksal zweier Ostpreußen in dramatischer Form in eine sachliche Schilderung des Ablaufes der damaligen Ereignisse zu stellen. Mit viel psychologischem Fingerspitzengefühl zeigt er an den Personen des Romans — die einem immer mehr ans Herz wachsen — deren Empfindungen auf, Empfindungen, wie sie fast jeder Ostpreuße, sei er nun Zivilist oder Soldat gewesen, wenn er nicht durch und durch braun war, damals gehabt hat. Zunächst ist es überraschend, zu erfahren, wie

weit der Arm der NSDAP auch während des Krieges noch ins Ausland, wenigstens ins neutrale Ausland reichte. So werden zwei der Hauptpersonen des Romans, zwei junge Ostpreußen, die auf einer Kaffeeplantage in Angola arbeiteten, von einem reichlich undurchsichtigen Parteigenossen, der wegen ebenso undurchsichtiger Geschäfte gerade aus Deutschland gekommen war, überredet, auch ihren Teil zum „Endsieg“ beizutragen. Ihnen schließt sich noch ein älterer Dritter an. Bei der schwierigen und langwierigen Überfahrt nach Lissabon entgehen sie den britischen Kontrollen und landen schließlich in Deutschland.

Hier sieht es natürlich anders aus, als es sich von außen her für jemand, der nur auf Zeitungsberichte angewiesen war, darstellte. Die Hauptperson landet zunächst in Danzig und später als Ordonanzoffizier beim Stabe einer Armee. Hier wird ihm sehr schnell die Tragödie des Zweiten

Weltkrieges, das Arbeiten der Partei gegen die Wehrmacht, sowie die Überheblichkeit und Laienhaftigkeit des „größten Feldherrn aller Zeiten“ gegenüber den militärischen Fachleuten klar. Der Oberbefehlshaber sieht in Hitlers Parole: „Kein Fußbreit Erde wird aufgegeben“ keinen Sinn, da seine Armee dadurch eingeschlossen und zugleich die letzte Hoffnung dahinschwinden würde, wenigstens einen Teil der ostpreußischen Bevölkerung den Massakern und Vergewaltigungen der Sowjets zu entziehen. Er befiehlt deshalb, entgegen den Anordnungen von oben, den Durchbruch zur Weichsel. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe läßt ihn gewähren und wird deshalb abgelöst.

Wenige Tage später, genau in dem Moment, als sich die ersten ernsthaften Erfolge des Durchbruchversuches abzeichnen, wird auch der Armeeführer abgelöst. Kurz davor, als der General seine Absetzung bereits ahnt, findet noch ein erschütterndes letztes Gespräch mit seinem Chef des Stabes statt: „Was denn, Sie kennen die Preußen schlecht. Wie denn nur? Seydlitz! Nahm die ganze Reiterei und ließ sie nach seinem Willen attackieren. Angelegenheit von fünf Minuten.“

„Hier gibt es kein Roßbach, Herr General“, sagte der Chef des Stabes und sah dem General dabei in die Augen.

Prattwitz hob ein wenig den Kopf. Es kam ihm nicht in den Sinn, an seiner Vision zu zweifeln. Er würde auch ein Hochkirch hinnehmen, ein Kunersdorf. Das war einkalkuliert, es lag im Bereich der Schlacht und würde seine Reaktionen nicht verzögern.

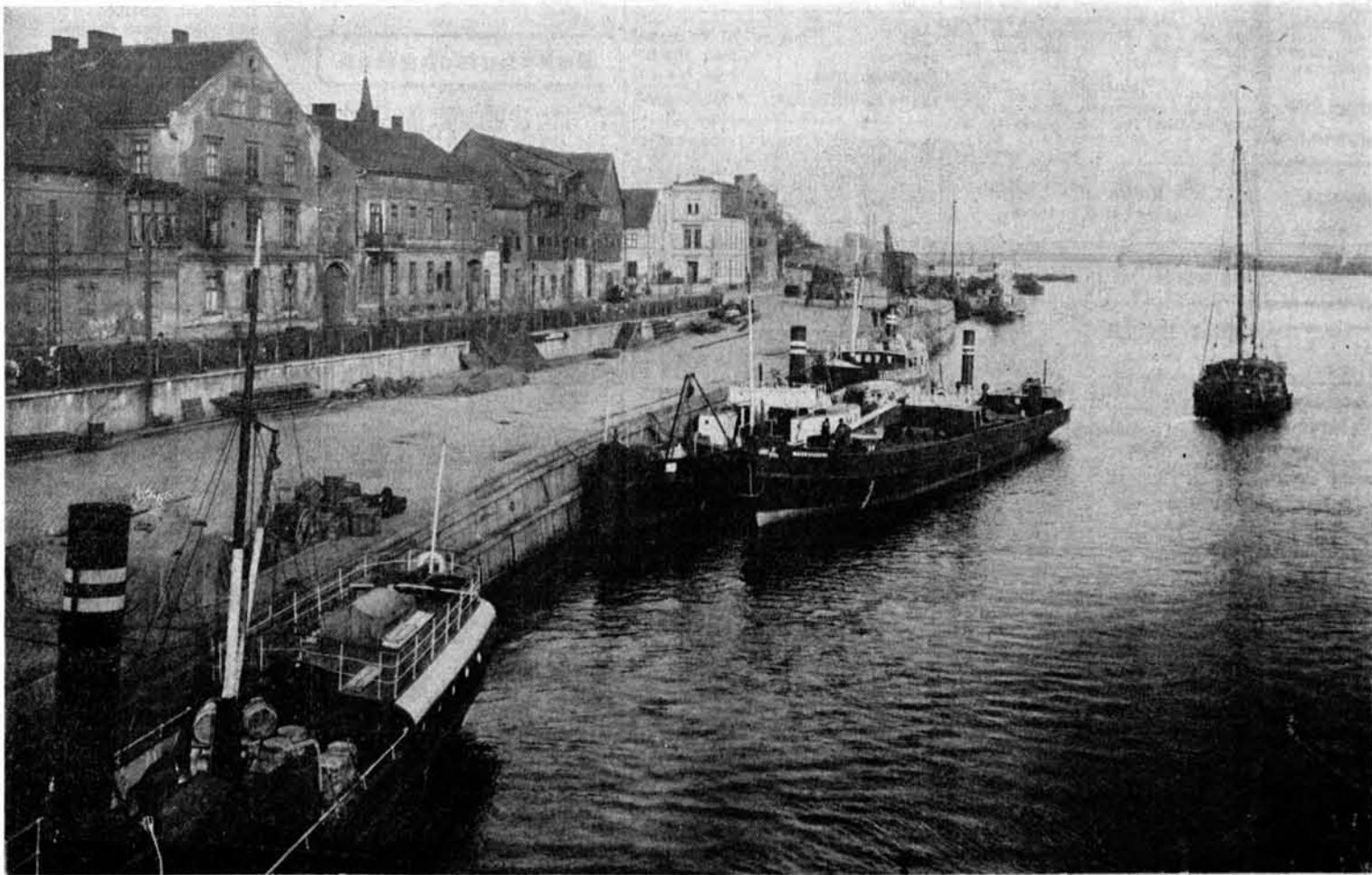
„Nun, was könnte zu einem Roßbach fehlen, Chevalerie“, fragte der General und reckte sich hoch.

De Chevalerie zögerte ein paar Atemzüge lang. Es würde schmerzen, das wußte er, dann sagte er behutsam, fast leise: „Der König, Herr General.“

Als der General tatsächlich abgesetzt ist, trägt er sich stundenweise mit dem Gedanken zu rebellieren und seine Schlacht weiterzuführen. Er sieht aber am Ende ein, daß keine Armee der Welt in der Lage ist, gegen zwei Fronten zu kämpfen, gegen den material- und zahlenmäßig weit überlegenen Feind und zugleich gegen den inneren Feind, den dilettantischen „Führer“, der eher geneigt ist, eine militärische Niederlage in Kauf zu nehmen, als einen erfolgreichen General mit eigenen Ideen. Neben dem „größten Feldherrn aller Zeiten“ ist nämlich kein Platz für weitere Feldherren.

Dieser Roman, das dritte Buch des Verfassers, glänzend geschrieben und vor allem im zweiten Teil voller dramatischer Spannung, versucht die Verflechtungen und Spannungen draußen und drinnen aufzuspüren und zu zeigen, daß ein Weltkrieg Wellen wirft, die auch ferne Ufer noch erreichen.

Das Buch wird im September im „Kurt Vowinkel Verlag“ erscheinen und ist jedem Landsmann nur zu empfehlen. Leinen 24,— DM



Am Bollwerk in Tilsit

Vorteile durch Gleichberechtigung

Auswirkungen des Gesetzes über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen und Flüchtlingen

Der „Fachberater für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte“ hat jetzt auf Vorteile hingewiesen, die durch das Gleichberechtigungsgesetz auch für die Vertriebenen entstehen. Wenn Vertriebene nach dem Zusammenbruch in die Bundesrepublik Deutschland kamen, so haben sie den ehemaligen Güterstand, den sie in der Heimat hatten, weiterhin beibehalten; denn es galt nicht die Eheleute verträglich einen anderen vereinbart hatten, der Güterstand der Verwaltung und Nutznießung des Mannes.

Demgegenüber ist seit dem Geltungsbeginn des Gleichberechtigungsgesetzes in der Bundesrepublik der gesetzliche Güterstand der durch dieses Gesetz neu geschaffene Zugewinnungsgemeinschaft. Zu ihrem Wesen gehört es, daß zwar auch hier jeder Ehegatte Eigentümer seines Vermögens bleibt, wobei die Verwaltung und Nutzung desselben dem betreffenden Ehegatten zusteht, also nicht wie bisher dem Ehemann; lediglich bei der Verfügung über sein Vermögen im ganzen und bei der Verfügung über die ihm gehörenden Gegenstände des ehelichen Haushalts bedarf der Ehegatte der Zustimmung des anderen.

Sobald aber die Zugewinnungsgemeinschaft beendet, d. h. die Ehe aufgelöst wird, kommt es zum Ausgleich des Zugewinns zwischen den Ehegatten, der in der Ehe erzielt wurde. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen der erbrechtlichen Abwicklung und der güterrechtlichen Abwicklung des Zugewinnausgleichs. Die erbrechtliche besteht darin, daß sich der gesetzliche Erbteil des überlebenden Ehegatten um ein Viertel der Erbschaft erhöht, die güterrechtliche darin, daß nicht, wie im Fall der erbrechtlichen ein schematischer Ausgleich durchgeführt wird, sondern ein konkreter, d. h. ein Anfangs- und ein Endvermögen eines jeden Ehegatten werden ermittelt, und wenn die Zugewinne des einen Ehegatten die des anderen übersteigen, steht dem anderen Ehegatten die Hälfte des Überschusses als Ausgleichsforderung zu.

Das Anwendungsgebiet der beiden Abwicklungsformen ist wie folgt geregelt: Die erbrechtliche Abwicklung tritt dann ein, wenn die Ehe durch den Tod des Ehegatten beendet wird, die güterrechtliche in allen übrigen Fällen, insbesondere bei Scheidung und Aufhebung der Ehe, unter gewissen Voraussetzungen auch bei Auflösung der Ehe durch den Tod nämlich dann, wenn der überlebende Ehegatte nicht Erbe wird und ihm auch kein Vermächtnis zusteht.

Die Vorteile, die die neue Zugewinnungsgemeinschaft den Eheleuten bringt, liegen klar zu Tage. Um auch die Vertriebenen dieser Vorteile teilhaftig werden zu lassen, wurde das Gesetz über den ehelichen Güterstand von Vertriebenen

und Flüchtlingen erlassen. Danach gilt für diese Personengruppen vom Inkrafttreten an die Zugewinnungsgemeinschaft, d. h. die Eheleute erhalten mit diesem Stichtag automatisch diesen Güterstand. Indessen ist diese Neuordnung nicht zwingend, vielmehr werden den Eheleuten andere Möglichkeiten offengehalten. So greift die Zugewinnungsgemeinschaft dann nicht ein, wenn am 1. Oktober 1969 der bisherige Güterstand im Güterrechtsregister eines inländischen Amtsgerichts eingetragen ist.

Aber auch dann, wenn die Eheleute durch eine solche Eintragung nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen haben, bleibt ihnen — vorausgesetzt, daß nicht vorher ein Ehevertrag abgeschlossen wurde oder daß die Ehe aufgelöst ist — gleichwohl die Möglichkeit, die Zugewinnungsgemeinschaft auszuschließen, dies dadurch, daß sie bis zum 31. Dezember 1970 dem Amtsgericht gegenüber erklären, daß für die Ehe der bisherige gesetzliche Güterstand fortgelten soll. Diese Erklärung abzugeben, ist jeder der beiden Ehegatten befugt. Die Erklärung muß, bevor sie dem Gericht gegenüber abgegeben wird, notariell beurkundet sein.

Erhalten die Eheleute den neuen Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft, so werden sie damit

auch wesentlicher Vergünstigungen hinsichtlich der Erbschafts- und Schenkungsteuer teilhaftig.

Im Fall der erbrechtlichen Abwicklung unterliegt beim überlebenden Ehegatten ein Viertel des Betrages, der ihm, wenn er Alleinerbe wäre, ohne Berücksichtigung von Vermächtnissen, Auflagen und Pflichtteilsansprüchen als steuerpflichtiger Erbanfall zufallen würde, nicht der Erbschaftsteuer. Entsprechend dieser erbrechtlichen Abwicklung ist die güterrechtliche geregelt: Hier ist von der Erbschaftsteuer freigestellt die Ausgleichsforderung, die in diesem Falle dem überlebenden Ehegatten zusteht. (§ 6 ErbStG).

In diesem Zusammenhang ist die Vorschrift des § 25 ErbStG zu beachten. Danach wird dann, wenn der Erwerber eines Vermögens — gemeint ist der Erbe, Vermächtnisnehmer oder der Beschenkte — nach Vollendung des 15. Lebensjahres im Haushalt oder im Betrieb des Erblassers ohne Barlohn Dienste geleistet und dadurch eine fremde Arbeitskraft erspart hat, auf Antrag ein der Arbeits- und der Dienstzeit angemessener Betrag vom dem Anfall abgezogen. Die Frage geht dahin, ob im Falle einer Zugewinnungsgemeinschaft der hinterbliebene Ehegatte neben dem Viertel überdies den Freibetrag nach § 25 ErbStG beanspruchen kann, oder ob dieser Freibetrag bereits durch das neu eingeführte Viertel abgegolten ist.

Die Frage war Jahre hindurch umstritten. Sie wurde entschieden durch das Urteil des Bundesfinanzhofes (BFH) vom 27. Juli 1966 (BStBl 1966 III 626) in dem Sinne, daß ein Abzug wegen unentgeltlich geleisteter Dienste gemäß § 25 ErbStG auch neben dem Betrag gemäß § 6 ErbStG gewährt werden kann.

hvp

Negative Entwicklung verschwiegen?

Zum Jahresbericht der Deutschen Siedlungs- und Rentenbank

Die deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank stellt ihren Jahresbericht 1969 unter dem Gedanken an die 50. Wiederkehr des Tages des Erlasses des Reichssiedlungsgesetzes am 11. August 1919. Das Reichssiedlungsgesetz hat erstmalig für das gesamte Reichsgebiet ein geordnetes Verfahren für die ländliche Siedlung ermöglicht. Obwohl Revolutionsgesetz, hat es dennoch nicht die „Junker“ unmittelbar ganz oder teilweise enteignet. Es hat jedoch eine Bodenreform und eine Bodenordnung im land-

wirtschaftlichen Bereich — unter Achtung bestehender Rechte — durchführbar gemacht. Ganze Berge von Büchern sind geschrieben worden, in denen untersucht wurde, ob der Gang der Weimarer Republik ein anderer gewesen wäre, wenn die Bestimmungen des Reichssiedlungsgesetzes anders gestaltet worden wären.

Das Reichssiedlungsgesetz wirkt mit vielen seiner Bestimmungen noch heute fort: In allen Ländern des Reiches wurden eigene Träger für die Durchführung des Siedlungsverfahrens eingerichtet. Sie sind heute noch für die Siedlung und alle Maßnahmen für die Verbesserung der Agrarstruktur tätig und im Verlauf des Städtebauförderungsgesetzes zusätzlich auch für die Dorferneuerung vorgesehen. Das Siedlungsgesetz führte ein Verkaufsrecht für alle landwirtschaftlichen Grundstücke zu Gunsten der Siedlungsträger ein. Dieses Recht hat als Mittel einer zweckmäßigen Lenkung seine Bedeutung behalten.

Im Jahresbericht der Siedlungsbank befinden sich leider keine Zahlen darüber, wie relativ gering die Siedlungstätigkeit 1919/49 auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes gewesen ist. Es findet sich auch kein Rückblick darauf, daß dieses Gesetz keine geeignete Handhabe bot, die vertriebenen Bauern in Westdeutschland wieder agrarisch einzugliedern. Während das benachbarte Holland durch Odlandkultivierung landwirtschaftliche Nutzflächen in der Größenordnung ganzer Provinzen gewann, vermochte die Bundesrepublik vor allem aus rechtlichen Gründen weder im Emsland noch anderswo für ihre ostdeutschen Bauern im großen Stil Siedlungsland zu beschaffen.

Miserables Siedlungsergebnis

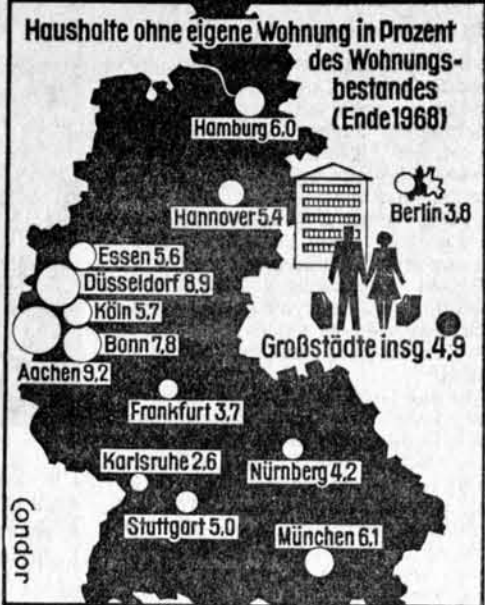
Über die Tätigkeit der Siedlungsbank im abgelaufenen Jahr auf dem Gebiet der Eingliederung der Vertriebenen und geflüchteten Landwirte enthält der Jahresbericht einiges Zahlenmaterial. Die Bewilligungen aus Bundesmitteln sanken von 1968 auf 1969 von 219 Millionen DM auf 189 Millionen DM. Mit den Mitteln des vorgenannten Zweckvermögens für die Siedlung, das die Siedlungsbank verwaltet, wurden 1969 265 Vollbauernstellen, 31 Spezialstellen (Gartenbaubetriebe u. dgl.) und 2537 Nebenerwerbsstellen errichtet. Für Vertriebene und Flüchtlinge waren 73 Prozent der Vollerwerbsstellen und 99 Prozent der Nebenerwerbsstellen bestimmt. Wenn man bedenkt, daß der Deutsche Bundestag im Juni 1969 einstimmig die jährliche Errichtung von 4000 Nebenerwerbsstellen forderte, ersieht man, daß das Siedlungsergebnis 1969 äußerst unbefriedigend ist; die Siedlungsbank ist an dem jämmerlichen Ergebnis jedoch nicht der eigentlich Schuldige. Die 1969 errichteten Vollbauernstellen waren im Schnitt 27,6 ha groß, die Nebenerwerbsstellen erreichten im Schnitt 0,2 ha.

Der Bericht der Deutschen Siedlungs- und Rentenbank leidet (wie in allen früheren Jahren) darunter, daß in der Regel Vergleichszahlen des Vorjahres nicht angegeben werden. So kann leicht der Eindruck entstehen, daß man eine negative Entwicklung verschweigen will.

Die Bilanz des Instituts schließt mit 10,6 Milliarden DM ab, bei einem Gewinn von 5,5 Millionen DM. Die deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank ist damit geringfügig größer als die Lastenausgleichsbank und etwas kleiner als die Deutsche Bank, Commerzbank und Dresdner Bank. Der Gewinn ist für ein öffentlich-rechtliches Institut reichlich hoch. Die Bank besitzt 50 Millionen Eigenkapital; der Gewinn beläuft sich dennoch auf 11 Prozent.

N. H.

WOHNUNGSNOT IN GROSSSTÄDTEN



Sonnabend für Sonnabend entbrennt in den Großstädten der Bundesrepublik der Kampf um eine Wohnung. Um nur ein Beispiel zu nennen: Auf eine Kleinanzeige, mit der vor vier Wochen in Düsseldorf ein 40-qm-Appartement für 320 DM zuzüglich Nebenkosten angeboten wurde, meldeten sich über 100 Interessenten. Amtlichen Bonner Zahlen ist zu entnehmen, daß die Wohnungsnot in rheinischen Städten am größten ist. Aachen und Düsseldorf führen die traurige Statistik an. Es folgen fünf weitere nordrhein-westfälische Städte, München liegt erstaunlicherweise erst an elfter Stelle, gefolgt von Hamburg. In anderen Landeshauptstädten ist der Wohnungsmangel nicht so groß wie z. B. in Solingen, Göttingen oder Freiburg. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich bei dieser Statistik um den Gesamtwohnungsbestand mit allen vorhandenen Einschränkungen handelt. Bei dem Kampf um eine Wohnung werden Höchstpreise gefordert und gezahlt. Menschenwürdige Auflagen (z. B. keine Haustiere, keine Kinder, keine Besuche nach 22 Uhr) werden gemacht und angenommen.

H. F. J.

Der Leser fragt —
Das Ostpreußenblatt antwortet

Bildungsgeschädigte

Frage: Vor einiger Zeit hörte ich mit Interesse, daß sogenannte „Bildungsgeschädigte“ Anspruch auf Entschädigung haben. Bildungsgeschädigte sollen solche Personen sein, die durch Kriegseinwirkung oder Nachkriegszeit ihren Schulbesuch einer mittleren oder höheren Schule nicht beenden konnten und dadurch ihr angestrebtes Berufsziel nicht erreichten. Ich würde zu diesem Personenkreis gehören, denn ich besuchte bis zum Jahre 1945 die Oberschule für Jungen in Treuburg bis zur 4. Klasse. Da mir die Flucht nicht gelang, verblieb ich im polnisch verwalteten Teil Ostpreußens und kam erst 1958 in die Bundesrepublik. Ich konnte also meine angestrebte Schulbildung, Abitur und Studium, nicht durchführen. Ich bitte deshalb um Auskunft, ob und wo solche Ansprüche für eine eventuelle Entschädigung angemeldet werden können.

Antwort: Es bestehen keine gesetzlichen Bestimmungen, wonach Sie eine Entschädigung im Sinne Ihrer Anfrage geltend machen können. Sie hätten aber sofort nach Ihrer Aussiedlung im Jahre 1958 durchaus die Möglichkeit gehabt, Ihre Schulbildung und eventuell auch das Abitur nachzuholen. Dafür gab es Förderungsschulen und Beihilfen. Jetzt ist das aber wohl infolge Ihrer Arbeit nicht mehr möglich. Da aus Ihrem Schreiben nicht ersichtlich ist, welchen Beruf Sie jetzt ausüben, möchten wir darauf hinweisen, daß Sie die Möglichkeit haben, Berufsausbildungsbeihilfen zur Umschulung oder Berufsförderung zu erhalten. Nähere Auskunft darüber erhalten Sie bei dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Arbeitsamt. Das Bestehen des von Ihnen angesprochenen Zweckverbandes ist uns nicht bekannt.

H. G.

Ratgeber für unsere Leser

Steuer- und Wirtschafts-Kurzpost

Auf diese Loseblattzeitschrift für Steuer- und Wirtschaftsrecht haben wir unsere Leser bereits wiederholt hingewiesen. Inzwischen sind seit Anfang Januar bis Ende Juli wieder 16 Ergänzungshefte erschienen, die das Werk immer wieder auf den neuesten Stand bringen, so daß die veralteten Blätter entfernt werden können. Der Leser wird auf vielen Gebieten des täglichen Lebens stets laufend unterrichtet. Als besonders wichtige Themen seien genannt: Wirtschafts- und Steuerfragen, Rechtsgeschäfte jeder Art, Berufsausbildung, Vermögensbildung und Fragen der Sozialversicherung. Im Ergänzungsheft vom 21. Juli ist eine Sonderinformation über die neuesten steuerlichen Konjunkturmaßnahmen enthalten. Das Grundwerk mit rund 4000 Seiten, die in vier Kunstleder-Sammelordnern abgelegt sind, einschließlich Ordner und Register, kostet 26,70 DM. Die je nach Bedarf erscheinenden Nachträge je Seite kosten 7,2 Pfennig. Im Bezugspreis für Nachträge sind auch umfangreiche Kundendienstleistungen eingeschlossen. Herausgegeben wird das Werk vom Rudolf Haufe-Verlag, 78 Freiburg im Breisgau, Postfach 740.

O. H.

Keine Rentenminderung durch Kriegsereignisse

Ulrich Hagen Schmidt: Nachweis auch bei Unterlagen-Verlust

Da nicht zu allen Zeiten die Verdienste in dem ausgeübten Beruf gleich waren, mußte auch innerhalb der einzelnen Leistungsgruppen diese Tatsache berücksichtigt werden. Das Statistische Bundesamt hat auf Grund umfangreicher Ermittlungen festgestellt, welchen Verdienst der einzelne Beschäftigte während der Zeit seines langen Berufslebens erzielt hat. Das zusammengestellte Zahlenmaterial brachte somit gute Gewähr für die richtige Zuordnung der Beitragsklassen und der Bruttoarbeitsverdienste.

Wichtig: Die VuVO macht Ausnahmen über die Einstufung in die verschiedenen Leistungsgruppen.

Hiervon betroffen sind:

- Zeiten der Ausbildung als Lehrling oder Anlernling.** Hat während der Lehrzeit oder Anlernzeit nach den zu diesem Zeitpunkt geltenden Vorschriften Versicherungspflicht bestanden, erfolgt eine Anerkennung der Zeit des Lehr- oder Anlernverhältnisses ohne Zuordnung einer Beitragsklasse. Bei der Ermittlung der persönlichen Bemessungsgrundlage werden die anerkannten Zeiten wie Ausfallzeiten (als beitragslose Zeit) berücksichtigt.
- Beschäftigungsverhältnisse von Angestellten bis zum 31. 12. 1912.** Da die Angestelltenversicherung erst am 1. 1. 1913 in Kraft getreten ist, waren nach den damaligen Vorschriften auch Angestellte in der Arbeiterrentenversicherung (Invalidenversicherung) zu versichern. Hierfür sind der VuVO besondere Leistungsgruppen beigegeben. Soweit die dort aufgeführten Werte nicht vorhanden sind, bestand für die betreffenden Angestellten keine Versicherungspflicht.
- Fehlt für die Zuordnung zu den einzelnen Leistungsgruppen die entsprechende Glaubhaftmachung,** erfolgt die Zuordnung stets in der niedrigsten Leistungsgruppe.
- Freiwillig Versicherte** können auch nicht die Zuordnung von Beitragsklassen der Leistungsgruppen erhalten. Ein so glaubhaft gemachtes Versicherungsverhältnis erhält die Anrechnung der Beitragsklasse II in der Arbeiterrentenversicherung und die Beitragsklasse B in der Angestelltenversicherung.
- Pflichtversicherte Selbständige,** die die Höhe ihrer Beiträge nicht nachweisen können, sollen nach der VuVO für die glaubhaft gemachten Versicherungszeiten nicht den Tabellenbeitrag erhalten. Vielmehr soll die Beitragsklasse, die sich aus der Höhe des glaub-

haft gemachten Einkommens ergibt, zugrunde gelegt werden.

- Kost und Wohnung werden besonders bewertet.** Die Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze brachten mit ihrem Inkrafttreten Vorschriften, die den Ausgleich zwischen einer niedrigen Beitragsleistung für solche Zeiten, während denen neben Barbezeugen in wesentlichem Umfang Sachbezüge gewährt worden sind, herbeiführen sollten. Die niedrige Beitragsleistung ergab sich aus der Tatsache, daß lediglich für den Barentgelt Beiträge zu entrichten waren.

Das gilt auch für Versicherungsverhältnisse, die nach der VuVO wiederhergestellt werden. In den Fällen der Glaubhaftmachung von Versicherungsverhältnissen, für die neben Barbezeugen in wesentlichem Umfang während mindestens fünf Jahren Sachbezüge gewährt worden sind, ist für Zeiten vor dem 1. 1. 1957 zu vergleichen, ob diese Tabellenbeiträge höher sind als die der VuVO zugrunde liegenden Beitragsklassen.

Jede versicherungspflichtige Beschäftigung kommt hierfür in Frage, wenn Sachbezüge gewährt wurden. Sachbezüge im Sinne der Gesetzesvorschrift (Art. 2 § 55 ArVNG, Art. 2 § 54 AnVNG) sind nicht nur Kost und Wohnung oder ähnliches, sondern alle Bezüge, denen zum Zeitpunkt der Gewährung eine größere Bedeutung als heute zugemessen wurde. Die Sachbezüge müssen lediglich für den laufenden Lebensbedarf eine Rolle gespielt haben.

Beispiel: Ein Landarbeiter macht Versicherungszeiten glaubhaft für Zeiten von 1926 bis 1938. Neben den Barabzügen hat er mit seiner Familie stets freie Kost und Wohnung erhalten.

Die Zuordnung der Versicherungszeiten würde erfolgen:

	nach der VuVO	nach den Tabellen des Art. 2 § 55 ArVNG
1926—1927	Klasse III	Klasse V
1928—1933	Klasse III	Klasse VI
1934—1938	Klasse III	Klasse V

Die vergleichende Übersicht zeigt, daß die Beitragsklassen der Tabellen nach Art. 2 § 55 ArVNG günstiger sind; diese sind bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen.

Wird fortgesetzt

Ein Beispiel guter Patenschaft:

Keine „Erbfeindschaft“ zwischen der Jugend der Völker

Rotenburg beging die Angerburger Heimattage mit internationalem Jugend- und Trachtenfest

Die 16. Angerburger Heimattage in Rotenburg, die in die brisante Zeit des deutsch-sowjetischen Vertragsabschlusses fielen, werden in der Reihe dieser Treffen einen ganz besonderen Platz haben. In vorbildlicher Weise hatte es der Landkreis Rotenburg verstanden, dieses Treffen der Angerburger in ein großes internationales Jugend- und Trachtentreffen einzubetten, zu dem am 22. und 23. August 21 in- und ausländische Gruppen aus den verschiedenen Landesteilen der Bundesrepublik, darunter die Gruppe „Junges Ostpreußen“ aus Halle, aus Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Österreich, Schweden und der Schweiz in den Kreis Rotenburg gekommen waren, in dem sich zugleich eine offizielle Delegation der Partnerschaftsregion Sainte-Foy-la-Grande unter ihrem Bürgermeister Mr. Lart und eine 56köpfige Gruppe des Gymnasiums aus dieser Stadt innerhalb des Schüleraustausches aufhielten.

Das Hineinstellen der Angerburger Tage in diese europäische Begegnung zeigt nicht nur die enge Verbindung zwischen Paten und Patenschaftsträger in Rotenburg und die Bedeutung, die der Patenkreis der Aufgabe gegenüber seinen Paten beilegt, sondern gab diesem Heimattreffen ein besonderes Gepräge.

Zeichen der Verbundenheit

Eingeleitet wurden die bedeutsamen Begegnungen durch eine Zusammenkunft der Kreis- und Ausschüsse Rotenburg und Angerburg, der Delegation aus Sainte-Foy-la-Grande und der Vertreter der verschiedenen Trachtengruppen im Dorfgemeinschaftshaus Hastadt-Hassel. Hier wurde nicht nur die Verbundenheit zwischen Heimatvertriebenen und Heimatvertriebenen in Rotenburg offenbar, sondern es zeigte sich auch, wie groß die Möglichkeiten sind, über persönliche Kontakte zur Völkerverständigung beizutragen und die Anliegen der Heimatvertriebenen im persönlichen Gespräch den anderen näher zu bringen.

Schwerpunkt der öffentlichen Kreistagssitzung am Sonntagvormittag bildete ein Überblick über die politische Lage, den Chefredakteur Hugo Willems vom „Ostpreußenblatt“ gab. Nachdem Kreisvertreter Mithaler den besonderen Dank und die Freude der Kreisgemeinschaft Angerburg zum Ausdruck gebracht hatte, daß gerade in diesem Jahr die Angerburger Tage durch den Patenschaftsträger, den Landkreis Rotenburg, für jedermann unübersehbar in den großen europäischen Rahmen gestellt wurden, erinnerte er an das Abstimmungsergebnis vor 50 Jahren, bei dem 98 Prozent in Ostpreußen und 92 Prozent in Westpreußen ihr Bekenntnis zur Heimat ablegten. „Die von uns allen gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden bei der Ratifizierung des Moskauer Vertrages zu entscheiden haben, ob 1970 das mißachtet wird, was 1920 wenigstens in Teilen des damaligen Staatsgebietes unserem deutschen Volk nach einem verlorenen Krieg international zugestanden worden ist. Jeder von uns hat jetzt die Aufgabe, seinem Bundestagsabgeordneten unmißverständlich die Forderung zu stellen, im Parlament die Ratifizierung des Moskauer Vertrages, der das Selbstbestimmungsrecht unseres deutschen Volkes ausschließt, zu verhindern“, sagte Mithaler.

Trachten und Heide

Am Sonntagabend vereinten sich Rotenburger mit Angernburgern und den zahlreichen internationalen Gästen bei einer Kreisrundfahrt mit einer Wanderung durch die blühende Schnuckenheide. Die bunten Trachten inmitten der Heidelandschaft boten ein prächtiges Bild, und der Klang der Schweizer Alpenhörner echote durch die Heide.

Am Abend zeigten die in- und ausländischen Trachtengruppen vor zahlreichen Roten-

Angernburgern sowie vielen anderen Gästen ihre begeistert aufgenommene Tanz- und Singkunst in der Aula der Realschule. Es waren eindrucksvolle und farbenprächtige Vorführungen, die in pausenloser Reihenfolge die Zuschauer in ihren Bann zogen und in Tanz und Gesang ein Spiegelbild der Temperamente der verschiedenen Länder und Landschaften boten. Zwischen den Zuschauern und den Vorführenden bestand eine innere Verbindung, wie sie Oberkreisdirektor Janßen in seiner Begrüßung zum Ausdruck brachte. Da alle Anwesenden so heimatverbunden sind, wissen sie die Heimat des anderen zu schätzen, und deswegen haben alle ein Herz für die Gemeinsamkeit, für die Freundschaft und die Völkerverständigung.

Gleichzeitig am Sonntagabend um 20 Uhr fanden sich Lehrer und Schüler des Ratsgymnasiums Rotenburg und der höheren Schulen Angerburgs zur Übergabe der Hermann-Kuhnert-Spende an den stellvertretenden Direktor des Ratsgymnasiums Rotenburg im „Deutschen Haus“ zusammen. Aus dieser Spende der ehemaligen Lehrer und Schüler der höheren Schulen Angerburgs werden Preise für ostkundliche Arbeiten der Schüler des Ratsgymnasiums verteilt, die in diesem Jahre im Rahmen des Wettbewerbs des Landes Nordrhein-Westfalen angefertigt worden waren.

Den Höhepunkt der Angerburger Tage bildete die Kundgebung am Sonntagvormittag im Park des Heimatbundes Rotenburg/Wümme. Unter den Fahnen der Bundesrepublik und Masurens — die Farben Masurens sind auch die Farben Frankreichs — nahmen bei strahlendem Sonnenschein an dieser Veranstaltung zahlreiche in- und ausländische Gäste sowie Vertreter der französischen Delegation aus Sainte-Foy-la-Grande teil. Der Fanfaren- und Spielmannszug Altkloster bei Buxtehude sowie die Tanzgruppe „Junges Ostpreußen“ gaben der Veranstaltung mit Spiel und Gesang ihren festlichen Rahmen.

Frankreich als ein gutes Beispiel

Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied ging der Chefredakteur des Ostpreußenblattes, H. Willems, in seiner Festansprache von dem guten Beispiel aus, das der Kreis Rotenburg durch die Verbindung der Angerburger Heimattage mit dem internationalen Jugend- und Trachtentreffen die Begegnung zwischen der Jugend verschiedener Völker ermöglichte. Gerade die Anwesenheit so zahlreicher französischer Jugend beweise, daß es den Begriff einer „Erbfeindschaft“ nicht gebe. So wie zwischen Frankreich und Deutschland eine Aussöhnung vollzogen worden sei, müsse es auch möglich sein, mit den östlichen Nachbarn Deutschlands Wege in eine bessere Zukunft zu finden. Eine solche Zukunft könne jedoch nur auf dem Recht gegründet sein. Einen Frieden jedoch auf der Grundlage der Gewalt, die Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen „Realitäten“ zu verlangen, bedeute, daß nicht das Recht zur Grundlage einer künftigen Friedensordnung werde. Der Redner wies auf den Versailler Vertrag und seine Folgen hin und betonte, daß, gerade weil für die Zukunft jede kriegerische Entwicklung ausgeschaltet werden müsse, eine ehrliche Verständigung und ein Ausgleich gesucht werden sollten, zu „dem die Jugend der beteiligten Völker auch mit Überzeugung „Ja“ sagen kann“.

Den Heimatvertriebenen könne heute nicht abgefordert werden, auf ihr Recht zu verzichten. Niemand aber habe, und hier zitierte der Redner führende sozialdemokratische Politiker wie Kurt Schumacher und Paul Löbe, das Recht,

Oberkreisdirektor Janßen wies in seiner Begrüßungsansprache vor allem auf die Verpflichtung hin, die der Patenkreis auf kulturellem Gebiet übernommen hat. Er nannte die stolzen Baudenkmäler im Osten, u. a. die Marienburg, die Danziger Marienkirche und das Krantor sowie die Königsberger Universität, die erste Nordosteuropas, und erinnerte vor allem an den dortigen Philosophen Kant, dessen Grundsätze der gegenseitigen Achtung und Anerkennung, die er in seinem Buch vom „Ewigen Frieden“ formuliert hat, noch heute in der Atlantik-Charta und in der Satzung der Vereinten Nationen sowie in der Charta der Vertriebenen ihren Niederschlag finden. Janßen veranschaulichte an der umfangreichen Zahl der ostdeutschen Gelehrten, Dichter und Denker den großen Anteil den unsere ostdeutschen Kulturgebiete am Geistesleben ganz Deutschlands und des Abendlandes haben und wie bedeutsam es ist, die Kulturtradition der verloren gegangenen Gebiete im Osten zu fördern. So konnten z. B. in Rotenburg mit Hilfe des Ministeriums für Bundesangelegenheiten 70 000 Fotokopien von Urkunden und Akten, die den Kreis Angerburg und seine Gemeinden betreffen, bisher in das Archiv aufgenommen werden. Zum Schluß seiner Rede gab Janßen der Hoffnung Ausdruck, daß es unsere Generation noch erleben möge, daß auch die Grenzen zu den östlichen Völkern Europas überwunden werden und „daß wir vor allem wieder im eigenen Lande ein- und ausgehen können wie wir wollen. So soll auch diese internationale Begegnung in Rotenburg eine Bekräftigung unseres Willens zur Verständigung mit allen Völkern sein. Je mehr wir von den anderen wissen, von ihrer Kultur, ihren Menschen, um so größer wird das Verständnis für ihre geschichtlichen und gegenwärtigen Leistungen. Wir alle lieben unsere Heimat, ein jeder von uns auf seine Weise. Darum lassen sie uns alle auch die Liebe des anderen zu seiner Heimat achten“.

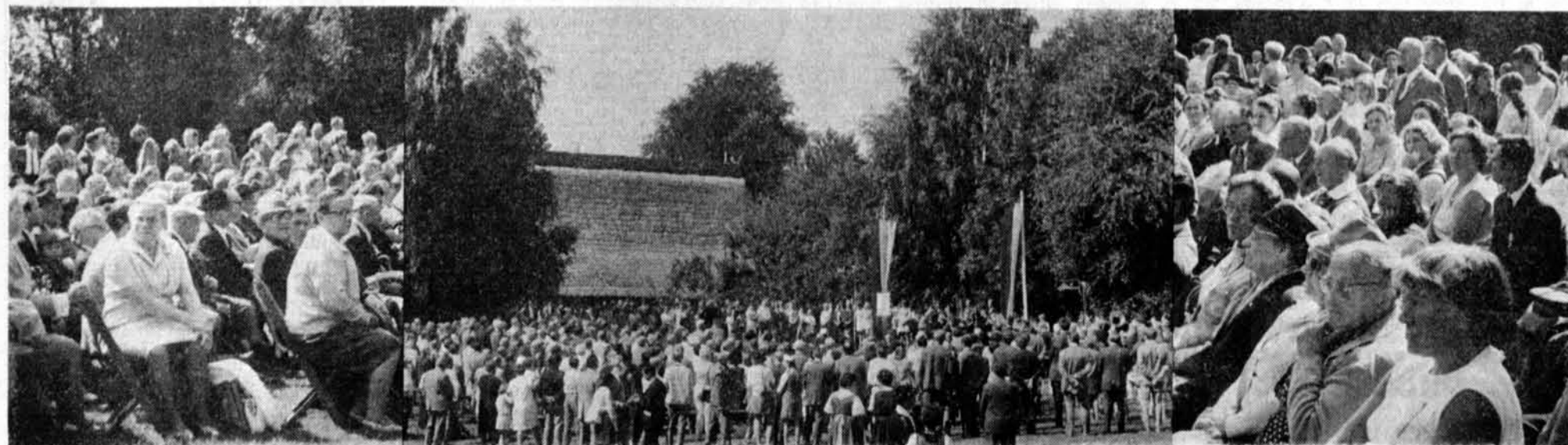
deutsches Land und deutsche Menschen preisgeben.

In seinem Schlußwort brachte Kreisvertreter Mithaler zum Ausdruck, wie bedeutsam es ist, daß Angehörige vieler Völker und besonders auch junge deutsche Menschen bereit sind, für ihre Heimat die internationale Begegnung und Verständigung zu suchen wie an diesen Festtagen in Rotenburg. Mit den Worten „wir wissen, daß ein dauerhafter Friede in Europa nur getragen sein kann von Einigkeit und Recht und Freiheit aller Menschen gleichermaßen“, schloß Mithaler.

Am Sonntagnachmittag fand ein großer Festumzug durch die Stadt Rotenburg statt, an dem sich 35 verschiedene Gruppen, Festwagen, Musikkorps und Spielmannszüge beteiligten, darunter eine Vertretung der Kreisverwaltung Rotenburg und der Kreisgemeinschaft Angerburg.

Der Sonntagnachmittag war dann dem gemütlichen Beisammensein im Lüneburger Hof gewidmet. Jeder, der noch einmal an dem Frohsinn der Trachtengruppen teilnehmen wollte, konnte sich an den Vorführungen in ihrer großen Abschlusveranstaltung auf dem Burgberggelände erfreuen.

Wohl für jeden Angerburger ist dieses Treffen in Rotenburg ein besonderer Kraftquell gewesen, wobei vor allem die zahlreichen jungen Menschen von der Art dieses Treffens begeistert waren.



Von den Angerburger Heimattagen 1970 (von rechts oben nach unten) Bürgermeister Lart aus Sainte-Foy-la-Grande mit Schülern seiner Stadt, Angerburger Kreistagsmitglieder im Festzug, zug, Ausschnitte aus der Kundgebung im Park des Heimatbundes in Rotenburg. Fotos (6) Braumüller

Die erste Messe eröffnete Reichspräsident Friedrich Ebert

Vor 50 Jahren entstand die Deutsche Ostmesse

Als Reichspräsident Friedrich Ebert an einem schönen Septembertag des Jahres 1920 in den angemieteten Gebäuden des Königsberger Tiergartens die erste deutsche Ostmesse eröffnete, war das ein bescheidener Versuch, den Unbilden der Zeit zu trotzen. Reich und Volk waren durch das unglückliche Ende des Ersten Weltkrieges zutiefst erschüttert, Ostpreußen vom Reich durch den friedensstörenden polnischen Korridor abgetrennt, die Grenzen der Provinz standen noch nicht fest, die Wirrnisse der Novemberrevolution waren gerade überwunden, aber die junge Demokratie noch wenig gefestigt. Die Wirtschaft litt unter den Folgen des Versailler Diktats und der fortschreitenden Geldentwertung und, besonders in Ostpreußen, unter dem Fortfall des großen russischen Handelspartners, an dessen Stelle neue, kleinere Nachbarstaaten getreten waren, die auf die Ausbildung einer eigenen, nationalen Volkswirtschaft bedacht waren. Für Königsberg kam noch hinzu, daß die Nachbarhäfen Danzig und Memel nicht mehr zum Deutschen Reich gehörten, in ihrer Tarifpolitik also auf den Königsberger Hafen keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchten. Wer es in dieser fast hoffnungslosen Lage wagte, eine deutsche Ostmesse in Königsberg ins Leben zu rufen, mußte davon überzeugt sein, daß die räumlich abgeschnittene Provinz nicht aufgegeben werden durfte und daß in ihrer Bevölkerung eine Kraft steckte, die weit entfernt davon war, sich selbst aufzugeben, vielmehr zuversichtlich war, daß dem Niedergang ein neuer Aufstieg folgen müsse. Der Mann, der das erkannt hat, war der Königsberger Oberbürgermeister Hans Lohmeyer.

Bescheidener Anfang

Er war erst ein paar Wochen im Amt, als er den Entschluß faßte, in seiner Stadt eine Messe zu gründen. Wie viele Bedenken und Zaghaftigkeit er dabei zu überwinden hatte, hat er mir selbst erzählt. Einen überzeugten Helfer am Werk gewann er in dem ehrenamtlichen Stadtrat Martin Schäfer, dem Inhaber der Schirmfabrik Mathias. Er mußte, da er nicht genügend arisch war, nach 1933 emigrieren und baute die Londoner Filiale seiner Firma zu einer der größten Schirmfabriken Europas aus. Der eigentliche Organisator der Messe wurde Erich Wiegand, den sich Schäfer aus Leipzig holte.

Bescheiden fing man an mit einem kleinen Büro, einer Schreibmaschine und 260 000 Reichsmark gepumpten Geldes. Die erste Messe konnte sich mit 50 000 Besuchern zwar sehen lassen, aber eben nur sehen, denn die meisten Besucher waren Sehleute, die das Schauspiel einer Veranstaltung genießen wollten, die es bisher in Königsberg nicht gegeben hatte, aber keine Geschäftsleute.

Was der Messe Gewicht gab, war die Anwesenheit des Reichspräsidenten. Ebert war kein Mensch des deutschen Ostens, aber er wußte, was der Osten bedeutete, und zwar sowohl für Deutschland wie für die Nachbarländer, und wenn Reichs- und Staatsregierung alles taten, um Ostpreußen zu stärken, dann taten sie es nicht nur des Deutschtums wegen, sondern weil Königsberg und die Ostmesse die Drehscheibe für den Osthandel Deutschlands

werden sollten. Die Ostmesse war etwas Neues, aber eigentlich nur die Wiederherstellung der alten Funktion der ostpreußischen Wirtschaft mit einem neuen Mittel.

Der Beginn des Jahres 1920 war bescheiden, ermutigte aber, das Begonnene fortzusetzen und auszubauen. Schon im nächsten Jahre stellte man das Unternehmen auf feste Füße, indem der Magistrat und die Handelskammer ein Messeamt gründeten, die Stadt 60 000 qm ehemaliges Festungsgelände am Ausgang des Steindamms, also in verkehrsgünstiger Lage zur Verfügung stellte und der Architekt Hans Hopp dort in rascher Folge mit Darlehn und Zuschüssen des Reichs und des preußischen Staates sieben provisorische, aber zweckmäßig angelegte Ausstellungshallen erbaute. Alle alten Königsberger und wohl die meisten Ostpreußen kennen sie, weil der Besuch der Messe einen Familienausflug oder sogar eine Auslandsreise ersetzte. Was gab es dort nicht alles zu sehen! Stände von Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen, später auch von Ungarn, der Türkei, von Polen und der Sowjetunion und sogar aus dem fernen Mandschukuo. Außer der eigentlichen Warenmesse und der technischen Messe, für die Hans Hopp den gewaltigen Bau des Hauses der Technik (später Schlageterhaus genannt) errichtete, sondern auch Sonder-schauen, Baummesse, Holzmesse und vor allem die landwirtschaftliche Messe mit Tierschauen und Viehauktionen, Fischerei- und Jagdausstellungen und sogar eine Modenschau fehlte nicht.

Weniger bekannt als diese Schauseite war das, was Wiegand und sein Sekretär und späterer Nachfolger Hans Jonas für die Wirtschaftswerbung taten. Es entstanden ein Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten, das einen Geschäftskalender für Osteuropa herausgab und eine Auskunftsstelle in Moskau unterhielt, und der Osteuropaverlag, der unter anderem eine Zeitschrift „Der Osteuropamarkt“ in deutscher und russischer Sprache herausbrachte. Das Messeamt war auch beteiligt am Handels-hof, einem Firmenhaus, in das später die Stadtverwaltung einzog, am Königsberger Flughafen mit seinen Verbindungen nach Leningrad und Moskau und an der Gründung einer Ortsgruppe, der ersten auswärtigen, der Berliner Gesellschaft zum Studium Osteuropas.

Schachts Warnung

Königsberg ist immer eine deutsche Stadt, aber nie dem Westen allein verhaftet gewesen, sondern hat stets eine „Ostfront“ gehabt, eine Mittlerstellung zwischen West und Ost im Geben und im Empfangen. Deshalb wurde unsere Ostmesse 1932 sogar in die Union der internationalen Messen aufgenommen.

Die Ostmesse gehört der Wirtschaftsgeschichte an, war aber auch — wie konnte es anders sein? — in die politische Geschichte verflochten. Die Beteiligung der auswärtigen Staaten war durch die Schlange gestanden, um ein Exemplar zu den Stand ihrer politischen Beziehungen zum Deutschen Reich bestimmt. In der Weimarer Demokratie stand die Messe über allen Parteien, im Nationalsozialismus wurde sie ein Propagandainstrument der NSDAP, und zwar um so auffälliger, je mehr der Außenhandel Deutschlands zurückging oder auf Tauschgeschäfte einschrumpfte. In diesem Zusammen-



Pavillons und Freilandausstellungen ergänzten die in den Messehallen gebotene Übersicht

Foto Engelhardt

hang war die Rede, die der Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Schacht bei der Eröffnung der Messe des Jahres 1935 hielt und in der er gegen Übergriffe von Parteistellen in die Wirtschaft warnte, ein Fanal, aber leider ohne nachhaltigen Erfolg. Goebbels tobte, da die Rede durch den Rundfunk verbreitet worden war, und untersagte die Berichterstattung in der Presse. Schacht ließ im Gegenzug die Rede drucken und an den Schaltern der Reichsbank verkaufen, was Goebbels nicht verhindern konnte. Die Auflage betrug schließlich 250 000 Stück. Damals habe auch ich am Schalter erworben. Einem klugen Mann wie Goebbels mußte der Unterschied zwischen der verordneten und der wirklichen Volksmeinung deutlich geworden sein.

Die letzte Ostmesse, die 29., fand im Oktober 1941 statt. Sie wurde von Reichswirtschaftsminister Walter Funk eröffnet. Von Handel konnte kaum noch gesprochen werden, da die Wirtschaft unter den besonderen Bedingungen des Krieges stand. Um so mehr bewegte man sich in Hoffnungen. Die Reden, die auf der Messe gehalten wurden, erschienen im Druck unter dem Titel „Zur Neugestaltung des europäischen Ostraums“. Der Strudel des Untergangs hat alle hybriden Pläne verschlungen. Der Ostraum ist tatsächlich neu gestaltet, aber nicht von uns, sondern gegen uns. Trotzdem bleibt die Ostmesse ein Beweis dafür, was Verantwortungsfreude und Gemeinsinn von Regierung und Volk im deutschen Osten zu leisten fähig waren.

Fritz Gause

Eine Million Maulbeersträucher

Friedrich der Große und die Seidenraupenzucht in Ostpreußen

Die grundsätzliche Einstellung Friedrichs des Großen, daß die Bedürfnisse der Wirtschaft möglichst aus dem eigenen Lande zu decken seien, veranlaßte ihn, die Seidenraupenzucht auch für Ostpreußen anzuordnen. Fachmännische Bodenuntersuchungen ergaben, daß der Boden sich gut für den Anbau der Maulbeerhecken eigne, und so konnten bald günstige Züchterfolge aus dem Oberland, dem Ermland, hauptsächlich aus der

Umgegend von Wormditt gemeldet werden, und Wormditt selbst wurde die Zentrale dieses neuen Gewerbes. Wichtig ist der Hinweis, daß die Seidenraupenzucht auch in der Weichselgegend stark betrieben wurde, desgleichen auch im Oberland.

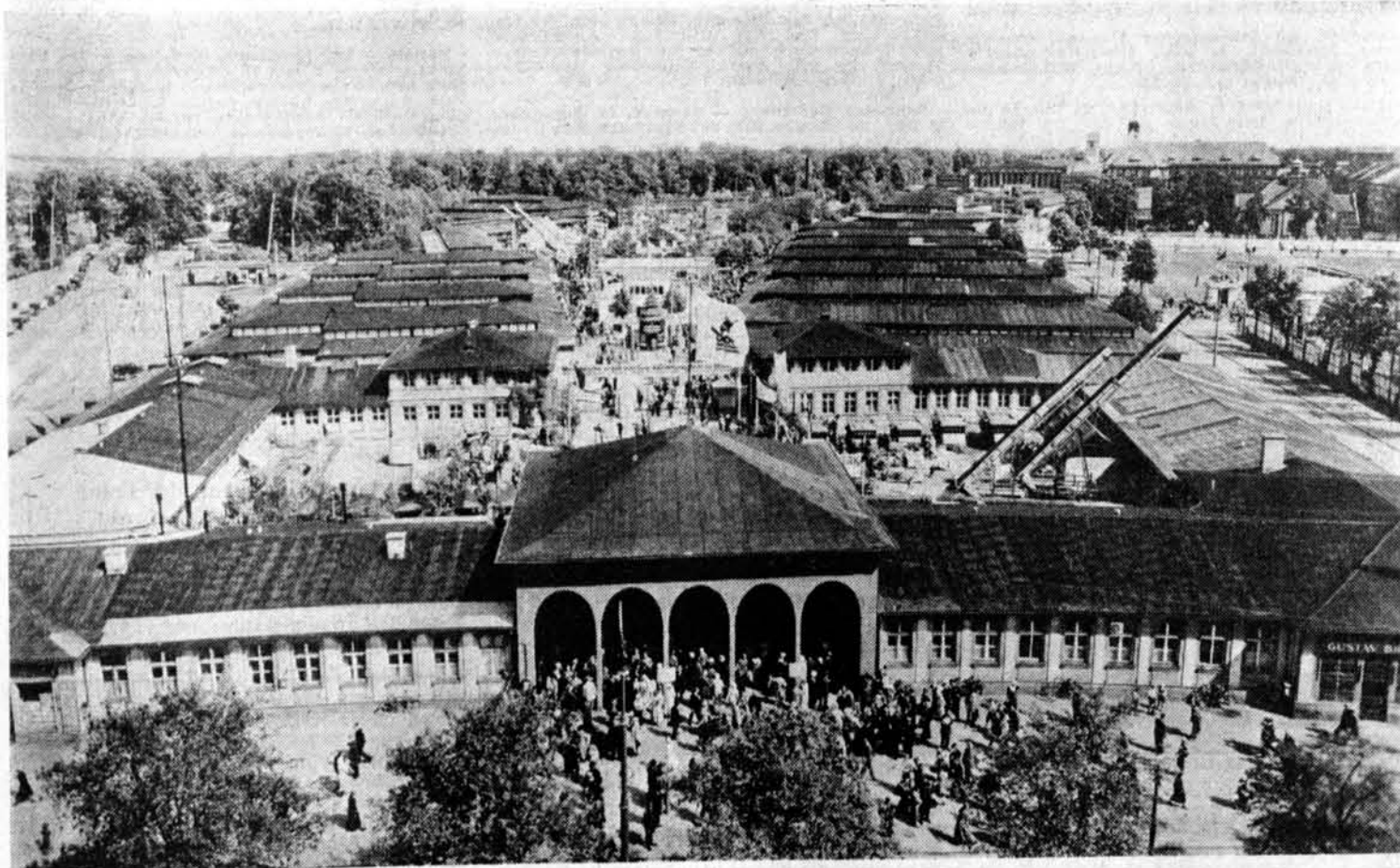
Anlaß zu diesem Unternehmen war die Feststellung des großen Königs, daß die Seidenfabriken in der Mark nur ausländisches Material verarbeitet und somit große Geldsummen in das Ausland gingen. Wie der umsichtige König die Seidenraupenzucht zu heben bemüht war, geht aus dem Nachweis der Rechnungskammer hervor, „nach dem bis zum Jahre 1786 achtzigtausend Taler zur Förderung der Seidenraupenzucht in Preußen ausgesetzt und über eine Million Maulbeersträucher gepflanzt waren“.

Der von der Regierung bestimmte Plantagen-Inspektor Schilling aus Königsberg nahm sich des Seidenbaues mit Erfolg an. Auf seine Initiative hin pflanzte Amsrat Wedecke in Schmolainen in seinen Gärten 3300 Maulbeersträucher, Schullehrer Kurtz 270 Stück, Lehrer Tolksdorf in Heinrichau, Lehrer Kalkstein in Arnsdorf, Lehrer Queez im Domänen-Rentamt Wormditt, und die Domänengüter des Königs ließen es an Nachahmungen nicht fehlen. Die Maulbeerhecken wurden in Schnitt und Pflege von Sachverständigen gebührend gewürdigt, und der König zeigte sich bei dem Erfolg zufrieden.

Wer aber meint, der König hätte sein neues Unternehmen bald vergessen, der irrt. Im Gegenteil, er interessierte sich für die Weiterentwicklung der Seidenraupenzucht in Ostpreußen und ließ sich terminmäßig von den Domänenkammern Bericht erstatten und Belohnungen verteilen. „Diejenigen 10 Personen, welche eine gute Maulbeerhecke von 1000 Fuß Länge angelegt und zwei Jahre lang in gutem Stande erhalten hatten, erhielten dafür 20 Taler und eine Medaille von Silber. Demjenigen, welcher zum ersten Male fünfzig Pfund reine Seide erzielte, sollte ein Preis von 50 Talern und die Seidenmedaille von Gold gegeben werden.“

Aus dem Bericht des Plantagen-Inspektors Schilling aus Königsberg war ersichtlich, daß die Maulbeerbäume in Ostpreußen bereits am 20. Mai aufbrachen und er am 30. Mai „die Würmer“ (gemeint waren die jungen Seidenraupen) in Empfang nehmen konnte. „Dieselben haben sich bei allen Häutungen bis zum Spinnen nicht länger als 28–30 Tage aufgehalten.“ Um einen einheitlichen Ablieferungstermin einzuhalten, wurde die Seidenraupenzucht am 1. Juli beendet.

O. W. B.



Das Königsberger Messegelände nahe dem Steindamm

Foto Krauskopf

Die Paukenhunde von Königsberg

Die vierbeinigen Militärmusiker waren die Lieblinge der ganzen Stadt — Trophäe von Königsgrätz

Die alte ostpreussische Soldatenstadt und Handelsmetropole Königsberg hatte bis zum Beginn des Weltkrieges den Vorzug, die Garnisonstadt des ersten preussischen Infanterie-Regiments zu sein. Die dienstliche Bezeichnung dieses ruhmvollen Regiments, das seine Gründung auf das Jahr 1655 zurückführen konnte, lautete: „Grenadier-Regiment Kronprinz (1. Ostpreussisches) Nr. 1.“

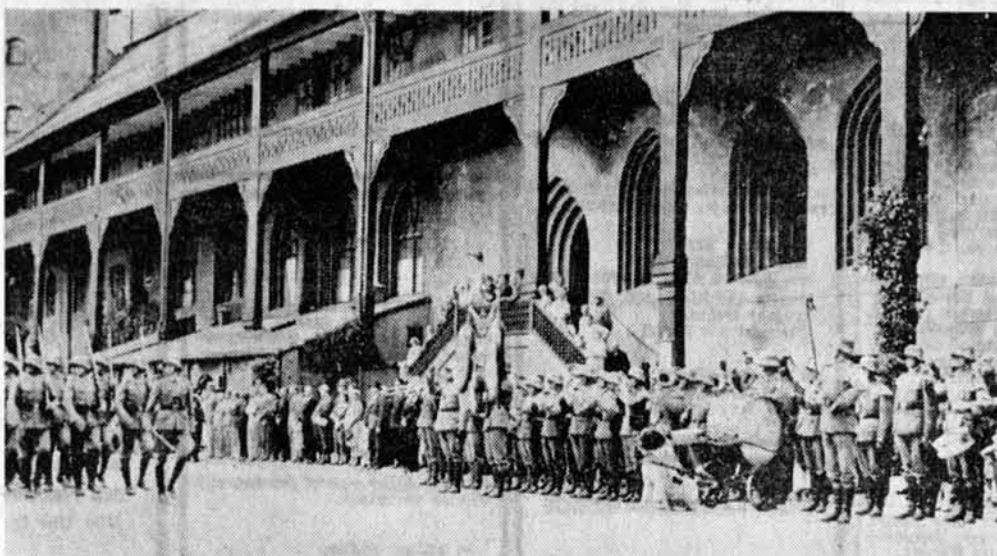
Zur Garnison gehörte weiter das 1685 aufgestellte und kampferprobte Grenadier-Regiment Nr. 3, das zur Erinnerung an Preußens unsterblichen Soldatenkönig den Namen trug: „Grenadier-Regiment König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreussisches) Nr. 3.“

Aus dem Grenadier-Regiment Nr. 3 ging 1860 das „6. Ostpreussische Infanterie-Regiment Nr. 43“ hervor, das von 1889 unter der Bezeichnung „Infanterie-Regiment Herzog Karl von Mecklenburg-Strelitz (6. Ostpreussisches) Nr. 43“ in den Listen der alten Armee geführt wurde. Auch dieses Regiment stand mit dem Stab und zwei Bataillonen in Königsberg, das II. Bataillon lag in Pillau.

Die drei Infanterieregimenter sind deswegen kurz gestreift worden, weil sie mit der nachstehenden Erzählung im Zusammenhang stehen, wie das Infanterieregiment Nr. 43 zu seinem Paukenhund kam, durch den es eine Sonderstellung in der Armee einnahm.

Das 6. Ostpreussische Infanterie-Regiment Nr. 43 stand im österreichischen Feldzuge zum ersten Male am 3. Juli 1866 in der Entscheidungsschlacht bei Königsgrätz im feindlichen Feuer. Bei dem Dorfe Rosberitz kämpfte es gegen das österreichische Infanterie-Regiment Karl Salvator von Toscana Nr. 77, wobei es ihm gelang, 14 Offiziere, 900 Mann gefangen zu nehmen und auch den Paukenwagen dieses Regiments zu erbeuten. Der treue „Sultan“, der den Paukenwagen gezogen hatte, lag erschossen auf dem Schlachtfeld vor seinem Wagen, das Trommelfell der aufgeschnallten großen Trommel war von mehreren Gewehrschüssen durchlöchert worden.

Diese einzigartige Siegestrophäe brachte das Regiment nach beendetem Feldzuge in die Heimat mit. Bereits im kommenden Jahre erhielt das junge Infanterie-Regiment Nr. 43, das sich in diesem deutschen Einigungskriege hervorragend geschlagen hatte, von König Wilhelm I. durch A.K.O. vom 9. März 1867 die ehrenvolle Auszeichnung, „für ewige Zeiten“ die österreichische Pauke mit Paukenwagen und Hund im Musikkorps des Regiments zu führen. Durch diesen Gnadenweis bekam somit das Regiment einen „vierbeinigen Hoboisten“, wie er weiter in keiner Regimentskapelle der alten Armee anzutreffen war. Die Hunde führten die Namen „Sultan“ und „Pascha“. Jeder Soldat weiß, daß von den Spielern und der Regimentsmusik ein tadelloser Anmarsch, ein nie versagendes Aus- und Einschwenken zum Vorbeiblasen des Regiments an dem die Parade oder den Vorbeimarsch abnehmenden Vorgesetzten gefordert wird. Und gerade deswegen mußte das Musikkorps sehr intensiv betrieben und eingeübt werden. Dadurch, daß die gutdressierten Paukenhunde niemals versagten, wurden sie nicht nur die Lieblinge der Regimentsangehörigen, sondern auch der Königsberger Einwohnerschaft.



Das Musikkorps des Infanterieregiments 1 mit dem Paukenhund bei einem Vorbeimarsch im Königsberger Schloßhof.

Als 1914 die russische Kriegswalze gegen Ostpreußen heranrollte, rückte auch das „Regiment Hund“, wie es mit Vorliebe die Königsberger nannten, in den Weltkrieg. An der Spitze marschierte der 63jährige Musikdirektor Krantz, eine markante und beliebte Persönlichkeit im Königsberger Musikleben, hinter ihm die Regimentsmusik mit dem Paukenhund „Pascha“, der stolz und pflichtbewußt seinen Paukenwagen in den Krieg zog.

Da durch das Diktat von Versailles die Auflösung der alten Armee gefordert wurde, mußte auch „Pascha“ 1919 seinen militärischen Abschied nehmen und sich in den Ruhestand begeben. In liebevoller Betreuung erhielt das treue Tier bis zu seinem Lebensende auf einem ostpreussischen Gut das Gnadenbrot.

Bei Aufstellung der Reichswehr wurde Königsberg Garnisonstadt des 1. (Preuß.) Infanterie-Regiments. Da dieses Reichswehrregiment u. a. auch der Traditionsträger des ehemaligen Infanterie-Regiments Nr. 43 wurde, strebte die rührige Königsberger Vereinigung ehemaliger 43er das lebendige Wiederaufleben der Paukenhundtradition auch im Musikkorps des 1. (Preuß.) Infanterie-Regiments an. Ein glücklicher Zufall unterstützte das Vorhaben dadurch, daß ein ehemaliger 43er den historischen Paukenwagen im Königsberger Museum entdeckte. Nach gründlicher Instandsetzung des Paukenwagens von den Kriegsschäden schenkte 1924 der Königsberger Kaufmann Kalitzki als ehemaliger 43er dem 1. (Preuß.) Infanterie-Regiment einen prächtigen Bernhardiner, dem bald der zweite vom alten Offizierskorps des Regiments folgte. In der Reichswehrzeit kamen bei einer gelegentlichen Verlegung des Traditionstruppenteils auch die Paukenhunde auf kurze Zeit nach der Stadt Insterburg. Dann kehrten sie aber wieder zurück nach ihrem Königsberg, wo sie auch traditionsmäßig hingehörten.

Zum dritten Male war Königsberg beim Aufbau der neuen Wehrmacht dadurch vom Glück begünstigt, daß wiederum das Infanterie-Regiment Nr. 1 in seinen Mauern verblieb und das III. Bataillon zum Traditionspfleger des ehemaligen Infanterie-Regiments Nr. 43 bestimmt wurde.

Der Kessel der Trommel trug ein Wappen mit Doppeladler — in der Mitte die Farben rot-weiß-rot, flankiert von den Fahnen des Regiments, darunter auf einem Schleifenband die Inschrift: K. u. K. Linien-Regiment 77. Der Kessel selbst war in blauer Farbe gehalten, während die Reifen, die die Trommelfelle hielten, schwarz-gelb waren.

Bis zum großen Heeresmanöver 1937 im mecklenburgisch-pommerschen Raum hatte der Karren für die Trommel Eisenbereifung. In diesem Manöver wurde das Gefährt von Vertretern der Continentalwerke Hannover entdeckt, sie lieferten für die Bereifung eigens gefertigte Gummireifen, die eine große Erleichterung für die treuen Bernhardiner, welche es ja nicht immer leicht hatten im Dienst, bedeutete.

Major a. D. Heinz Michalowski teilte mir folgendes mit: „Nach Studium an der Berliner Hochschule für Musik von 1929—1932 übernahm ich als 26jähriger Musikmeister das Musikkorps des A.J.R. 1 in Königsberg. Frühjahr 1933 wurde unser Bataillon nach Insterburg verlegt, natürlich mit den Hunden. Herbst 1934 wurde das Bataillon als III./J.R. 43 nach Tilsit verlegt, die Hunde samt Paukenwagen und großer Trommel an das J.R. 1 nach Königsberg abgegeben. Dort habe ich sie noch zweimal in Rauschen gesehen, wo das Musikkorps J.R. 1 unter Stabsmusikmeister Gareis an der Seepromenade konzertierte. Die Hunde machten noch den Polenfeldzug mit, blieben dann aber in Königsberg, der langjährige Betreuer der Hunde — Ohlhorst — erschoss sich mit seiner Frau und Kind, als die Russen 1945 in Königsberg einzogen.“

Die beiden Paukenhunde, die „Pascha“ und „Sultan“ hießen, waren die einzigen, die in der Wehrmacht geführt wurden.

Wer einmal in Königsberg das feierliche Choralblasen vom hohen Turm der Schloßkirche gehört und beim Aufziehen der Schloßwache den Paukenhund mit seinem Wagen mitten im spielenden Musikkorps des Infanterie-Regiments Nr. 1 gesehen hat, wird diese Erlebnisse immer in Erinnerung behalten.

Hermann Heinrich Behrend

STELLENANGEBOT

Neuerbautes Altenzentrum

in wunderbarer Lage, Nähe Freiburg (Schwarzwald), sucht

Schwestern

Pflegerinnen

Frauen und Mädchen

die Freude am Umgang mit alten Menschen haben. Besoldung nach Tarif, geregelte Freizeit, schönes Personalwohnheim.

Bewerbungen sind zu richten an

Ludwig-Frank-Haus

Heimleitung

763 Lahr (Schwarzwald)

Unser Pflegeheim

„Der Masurenhof“ in 6719 Tiefenthal (Pfalz) sucht eine freundliche, an selbstständiges Arbeiten gewöhnte Schwester (Pflegerin), Wohnung im Hause, Überbittelfliches Gehalt.

Verschiedenes

Suche für meinen Schwiegersohn zum 1. Oktober 1970 gutmöbliertes Zimmer in Duisburg. Angebote erbeten an Frau Waltraut Scherlowski, 477 Soest, Blankenagelweg 6 (früher Königsberg, Pr.).

Wegen Wechsels der Arbeitsstelle suche ich für sofort oder später eine Wohnung (3-4 Zimm., Küche und Bad) im Raum Duisburg-Dinslaken. Angebote erbeten an Manfred Paschedag, 588 Lüdenscheid, Worthstraße 40.

Suchanzeige

Dringend gesucht wird meine Schwägerin Johanna Ida Rossmel, geb. Lollies, aus Ebenrode, mit ihren beiden Kindern. Die letzte Nachricht, in der sie mitteilte, daß sie mit einem Schiff evakuiert werden soll, stammt aus dem Jahre 1944. Wer kennt ihr Schicksal? Um Nachricht bittet Elisabeth John, 851 Fürth, Mainstraße 6.

Anzeigenexte bitte deutlich schreiben

Für ein friedliches Europa

Internationales Jugendtreffen der Trachten- und Tanzgruppen

Ein Folklore-Festival war die 7. europeade in der oberfränkischen Stadt Herzogenaurach. Rund 3000 Jugendliche in Trachten aus den Ländern des freien Europa trafen sich mit ostpreussischen Exil-Gruppen und den zahlenmäßig am stärksten vertretenen deutschen Freunden.

Eingeleitet wurde das Jugendtreffen mit einer großen Foto-Ausstellung „Europäische Trachten“ im neuen Rathaus. Erster Höhepunkt war der große Festzug durch die mit Fahnen und Wimpeln geschmückte mittelalterliche Stadt. Paare in kostbaren Trachten, fahnenschwingende Jugendliche und Trommelbuben wechselten mit Musikkapellen. Im Anschluß daran gab Bürgermeister Ortel einen Empfang im Sitzungssaal des Rathauses und verlieh jeder Abordnung die Medaille von Herzogenaurach. Im Namen des Stadtrates konnte er dabei viele wertvolle Geschenke aus der Heimat der Gastgruppen entgegennehmen. Robert Müller-Kox, der deutsche europeade-Präsident, überreichte die eigens für das große Festival geprägte europeade-Medaille mit den Konterfeis von Schumann, Adenauer und de Gasperi, den „ersten“ Europäern. Am Abend feierten die Teilnehmer gemeinsam mit der Bevölkerung in riesigen Zelten bei Spiel und Tanz im Rahmen des großen Europa-Balles.

Mit Dudelsack-, Kastagnetten-, Gitarren- und Mandolinenklangen auf allen Plätzen und Straßen Herzogenaurachs begann der Sonntagmorgen.

Der tiefere Sinn der europeade kam in den anschließenden Gesprächsrunden zum Ausdruck. Unter der Leitung von Prof. Dr. Alfred Domes, Bonn, und Povl Skadegard, Kopenhagen, diskutierten man über die Themen „Europäische Volkskulturen als verbindendes Element“ und „Menschenrechte in Europa“. Man stimmte überein, daß ein „Europa ohne Grenzen“ nicht allein auf kultureller schöngestiger Ebene angestrebt werden darf. Weiter wurde festgestellt, daß das

vereinte Europa nicht zu oft als Ziel betrachtet werden dürfe, sondern auch als Mittel, um noch vorhandenes Elend zu beseitigen. An diese Gespräche schloß sich ein Meßopfer unter freiem Himmel an, dem etwa 3000 in- und ausländische Besucher beiwohnten. Der aus Schlesien stammende greise Pfarrer Krautwurst beschwor in seiner Predigt alle Europäer, sich für einen dauerhaften Frieden einzusetzen.

Mit der erstmals intonierten Europa-Fanfare wurde am Sonntagmittag der glanzvolle Höhepunkt der europeade eingeleitet. An die gastgebende Schlesische Jugend von Herzogenaurach überreichte die Wallonische Gruppe La Plovinete aus Marche-en-Famenne die Europa-Fahne. Der internationale europeade-Präsident Mon de Clopper, Antwerpen, hielt seine Begrüßung in mehreren Sprachen. Staatsminister Dr. Pirkel überbrachte die Glückwünsche der bayerischen Staatsregierung und des Schirmherrn, Ministerpräsident Dr. Alfons Goppel. Pirkel lobte die Ziele der europeaden und sagte u. a., Grenzen dürfen nicht zu Schranken werden.

Mit Liedern, Tänzen und Spielen folgten vier Stunden lang hervorragende Folklore-Darbietungen. Trotz des kühlen Wetters waren die riesigen Weihersbach-Anlagen in Herzogenaurach bis auf den letzten Platz besetzt. Vermißt wurde die bekannte und gern gesehene Pommersche Tanzdele Rega aus Erlangen.

Nach dem Einholen der Europa-Fahne, die nun für ein Jahr in Herzogenaurach bleibt, sagte man sich „Auf Wiedersehen 1971 in Antwerpen“. Die Jugendlichen gaben in den folgenden Tagen noch Gastspiele in bayerischen Städten und kehrten danach in ihre Länder zurück. Bleibt zu hoffen, daß der in Herzogenaurach geleistete Beitrag ein Meilenstein für ein Europa in Frieden und Freiheit auf der Grundlage des Rechts ist.

E. G.

Bestätigung

Achtung, Königsberger! Zw. Rentenangelegenheiten benöt. ich Zeugen, die bestätigen, daß ich beim Luftgaukommando I in Kbg. gearb. habe und am 15. 8. 1939 zum Militär eingezogen wurde. Meine damal. Nachbarn, Fam. Schulz, Kbg.-Seligenfeld, Flaksiedlung, Haus 3, bitte melden! Unk. werd. erst. Alfred Raudzus, 3079 Essern Nr. 146, Kreis Nienburg (Weser).

Wer bestätigt meine Tätigkeit bei Alexander & Echtenach, Königsberg Pr., 1930/33, Gardinenabteilung? Hans Prüssing, 2 Hamburg 19, Stellinger Weg 55.

Wer war 1920/30 in Stadthalle Königsberg tätig? Herta Bahl, Kaltmamsell, 2 Hamburg 19, Stellinger Weg 55

Freunde und Verwandte wiederfinden...

durch eine Anzeige im OSTPREUSSENBLATT

FAMILIEN-ANZEIGEN

Am 8. September 1970 feiern unsere lieben Eltern und Großeltern
Schuhmachermeister
Otto Brosche
und Frau Lina
geb. Trespe
aus
Mühlhausen, Kreis Pr.-Holland
das Fest der goldenen Hochzeit.
Es gratulieren herzlich und
wünschen Gottes Segen
ihre dankbaren Kinder
und Enkelkinder
4459 Hoogstede 40, Kr. Bentheim

Am 6. September 1970 feiern
Franz Gladisch
und Frau Anni
geb. Wilengowski
aus Wartenburg,
Kreis Allenstein, Ostpreußen
jetzt 563 Remscheid,
Auguststraße 11 a
ihre goldene Hochzeit.
Es gratulieren herzlich
Tochter Edeltraut
und Schwiegersohn

Am 10. September 1970 feiern unsere lieben Eltern und Großeltern das Fest der goldenen Hochzeit.
Friedrich Heske
und Frau Helene
geb. Lampe
aus Lichtenfeld, Kr. Heiligenbeil
jetzt 5152 Müllendorf
bei Bedburg (Erf), Hauptstr. 7

Am 10. September 1970 feiern unsere lieben Eltern, Schwiegereltern und Großeltern
P.O.Sch. a. D.
Gustav Meyra
und Frau Anna
geb. Salonz
aus Gorlau, Kreis Lyck
jetzt 23 Kiel 17,
Friedrichsorter Straße 42
das Fest der goldenen Hochzeit.
Es gratulieren recht herzlich
Tochter Hildegard
Schwiegersohn Gustav
sowie die Enkelkinder
Heidrun und Helmut Vosgerau



Plötzlich, für uns alle unaßbar, entschlief heute mein lieber Mann, unser herzensguter Vater und Großvater

Paul Krause
aus Borschimmen, Kreis Lyck

Im Alter von 77 Jahren.

In stiller Trauer
Gertrud Krause, geb. Will
Christa Schulz, geb. Krause
Hans-Joachim Schulz
Angelika und Petra

522 Waldbröl, Eschenbergweg 3, den 24. August 1970

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 28. August 1970, um 14.30 Uhr in der Friedhofskapelle statt.



Wir trauern um

Erich v. Lojewski

* 25. 3. 1909 † 15. 4. 1970
langjähriger Kulturreferent
und Redakteur unserer „Ostpr. Gemeinschaft“

Hermann Lehmann

* 2. 11. 1888 † 3. 8. 1970
langjähriger Bezirksleiter

Albert Till

* 23. 5. 1896 † 9. 8. 1970
langjähriger Bezirkskassierer

Bruno Schermutzki

* 4. 6. 1903 † 16. 8. 1970
Mitbegründer unserer Ostpr.-Hilfsgemeinschaft
und langjähriger Schatzmeister

Die Verstorbenen waren treue Söhne unserer Heimat Ostpreußen und haben sich um unsere Landsmannschaft verdient gemacht. Es wird schwer sein, die Lücken zu schließen. Die Namen werden in der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft Kiel weiterleben.

Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft
Kreisverein Kiel e. V.
Petersdorf, Vorsitzender

Meine Zeit in Unruhe, meine Ruhe in Gott.
Heute verschied nach einem erlebnisreichen Leben unser lieber Vater, Großvater und Urgroßvater

Hans Georg Reck

Oberst a. D.

Inhaber hoher Auszeichnungen aus beiden Weltkriegen
im 86. Lebensjahre.

In stiller Trauer

Oberstleutnant Hans Georg Reck und Frau Gisela,
geb. Ritzler
Dorothea Steiniger, geb. Reck
Erdmann Reck und Frau Edie-Ann
Reinhard Reck und Frau Gisela, geb. Böttge
Christine, Jochen, Sibylle und Christian

325 Hameln, Vogelbeerweg 15 c, den 23. August 1970
Trauerfeier war Donnerstag, den 27. August 1970, Friedhof
„Am Wehl“, anschließend Beisetzung.

Nach langem Leiden, dennoch plötzlich und unerwartet, verstarb am 22. August 1970 mein lieber Mann, Vater, Schwiegervater und unser guter Großvater

Friedrich Spey

Bauunternehmer
aus Groß-Rominten

Im Alter von fast 76 Jahren.

In stiller Trauer

Margarete Spey, geb. Genzer
Erich Protz und Frau Waltraut, geb. Spey
Hubertus und Ulrich Protz

647 Büdingen, Thiergartenstraße 46

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 26. August 1970, um 14.30 Uhr auf dem Büdinger Friedhof statt.

Müh' und Arbeit war Dein Leben.
Ruhe hat Dir Gott gegeben.
Nach kurzer, schwerer Krankheit entschlief heute abend, plötzlich und unerwartet, mein lieber, guter Mann, mein treusorgender Vater, Schwager und Onkel

Adolf Baltrusch

aus Gertlauken, Kreis Labiau

In stiller Trauer

Charlotte Baltrusch, geb. Kanschelt
Helga Baltrusch
und alle Angehörigen

452 Melle, Krameramtsstraße 5, den 23. August 1970

Nach langer, schwerer Krankheit verließ uns heute für immer mein lieber Mann, herzenguter Vater, Großvater, Schwager, Cousin und Onkel

Walter Regelski

Lötzen, Ostpreußen, Markt 28

Im Alter von 69 Jahren.

In stiller Trauer

im Namen aller Angehörigen
Gertrud Regelski, geb. Piekulla
Anita und Cornelia

334 Wolfenbüttel, Lange Straße 11

Die Trauerfeier hat am 17. August 1970 stattgefunden.

Am 21. August 1970 nahm Gott der Herr unseren lieben Vater und Großvater

Fritz Pelikahn

aus Zinten, Kreis Heiligenbeil

kurz vor Vollendung seines 77. Lebensjahres zu sich in die Ewigkeit.

Erich Pelikahn

Horst-Michael Pelikahn

576 Neheim-Hüsten, Mendener Straße 15

Herr, dein Wille geschehe!

Gott der Herr nahm heute nach längerer Krankheit, jedoch plötzlich und unerwartet, meinen lieben Mann, unseren treusorgenden Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel

Landwirt

Richard Kleefeld

aus Georgenthal, Kreis Mohrungen

Im Alter von 68 Jahren zu sich in sein Reich.

Allen wird er durch seine Güte und Liebe unvergessen bleiben.

In tiefer Trauer

Ida Kleefeld, geb. Götz
Kurt Dittich und Frau Gerda, geb. Kleefeld
Heinz Struwecker u. Frau Christel, geb. Kleefeld
Heinz Bothe und Frau Eva, geb. Kleefeld
Jutta, Petra, Silvia und Heike als Enkelkinder

415 Krefeld-Bockum, Grenzstraße 59, den 13. August 1970

Wir haben unseren lieben Entschlafenen am Dienstag, dem 18. August 1970, auf dem Friedhof in Krefeld-Bockum zur letzten Ruhe gebettet.

Am 22. August 1970 rief Gott meinen innigstgeliebten Mann, unseren herzensguten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Bruno Haffke

Forstverwaltungsangestellter i. R.
aus Stollendorf, Kreis Johannisburg

ab.

Er starb im Alter von 73 Jahren fern seiner geliebten ostpreußischen Heimat. Er ruht auf dem ev. Waldfriedhof in Olpe (Westfalen).

Um ihn trauern

Frieda Haffke, geb. Ratzki
Ulrich Haffke und Frau Lieselotte, geb. Klaar
Walter Brüggemann und Frau Ingrid,
geb. Haffke
Meinolf Haffke und Frau Irmgard,
geb. Leczkowski
und die Enkel
Wolf-Rüdiger, Hartmut, Angelika, Ralf,
Falko, Burkhard und Frank
sowie Anverwandte

596 Olpe, Eichendorffstraße 34

Kaufmann

Paul Schemionek

* 11. 10. 1904 † 13. 8. 1970
Benkheim, Kreis Angerburg

Mein geliebter Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater und Großvater, mein lieber Schwiegersohn, unser Bruder, Schwager und Onkel wurde von seiner schweren, langen Krankheit erlöst.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Helene Schemionek, geb. Kerrutt
und Kinder

287 Delmenhorst, Schumannstraße 25

Nach Gottes Ratschluß wurde mein lieber Mann, unser treuer Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Georg Milkereit

Fachschuldirektor a. D.

geb. 29. 4. 1896 in Gr. Laszentinken, Kr. Insterburg

am 15. August 1970 in Flensburg nach einem erfüllten Leben durch Herzschlag plötzlich und unerwartet heimgerufen in die Ewigkeit.

Johanna Milkereit geb. Jepsen

Ostpr. Peter-H. Milkereit und Frau Ulrike
Pastor W. Würster und Frau Ingetraud,
geb. Milkereit

Jürgen Milkereit M. A., Lissabon
seine sechs Enkelkinder
und die Familien E. Naujok,
H. Hundsdoerfer, Belsen

Kurt Westphal, Wehrda bei Marburg

239 Flensburg, Friedrichstal 47

Wie war so reich Dein ganzes Leben,
an Müh' und Arbeit, Sorg' und Last.
Wer Dich gekannt, kann Zeugnis geben,
wie treulich Du gewirkt hast,
Gott zahl' den Lohn für Deine Müh',
in unseren Herzen stirbst Du nie.

Am 17. Juli 1970 entschlief nach schwerer Krankheit, fern seiner geliebten ostpreußischen Heimat, mein guter, treusorgender Mann, Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel

Otto Glomsda

aus Maradtken, Kreis Sensburg, Ostpreußen

im Alter von 66 Jahren.

In stiller Trauer

Erna Glomsda, geb. Gischk
Sigrid Kowalzik und Familie
Renate Müller und Familie
Horst Glomsda und Frau
und Angehörige

6111 Richen, den 17. Juli 1970

Die Beerdigung fand am Dienstag, dem 21. Juli 1970, um 14.30 Uhr in Richen statt.

Fern seiner geliebten, unvergessenen Heimat entschlief am 13. August 1970 unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Bauer

Friedrich Kutz

aus Alt-Kriewen, Kreis Lyck

Er folgte seiner Frau, unserer geliebten Mutter,

Auguste Kutj

geb. Wilamowski

nach zwei Jahren in die Ewigkeit.

In stiller Trauer

auch im Namen meiner Geschwister
Günther Kutz

3281 Vordereichholz Nr. 2 bei Steinheim (Westfalen)

Nach einem Leben voller Arbeit und Güte entschlief heute nach langem Leiden, aber doch plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Opa, Bruder, Schwager und Onkel, der

Altbauer

Paul Radtke

im Alter von 70 Jahren.

In stiller Trauer

Hedwig Radtke, geb. Schulz
Alfred Radtke und Frau Margot,
geb. Schädler
Ernst Brandt und Frau Traute,
geb. Radtke
Enkelkinder und Angehörige

2061 Grabau, den 24. August 1970

Und war das Leben oft auch schwer
und kummervoll die Lese,
so ist das Kreuz von Golgatha
Heimat für Heimatlose.

Nach schwerem Leiden entschlief am 15. Juli 1970 im fast vollendeten 82. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, unser bester Opa, Bruder, Schwager und Onkel

August Kuhn

aus Mühlhausen, Ostpreußen

Er folgte unseren lieben nach Rußland verschleppten Kindern

Anna und Otto

gestorben im Ural

in die Ewigkeit.

In stiller Trauer

im Namen aller Angehörigen
Luise Kuhn, geb. Ansheim

3282 Steinbergen, Kirchstraße 62, im August 1970

Die Beerdigung fand am 18. Juli 1970 auf dem hiesigen Friedhof statt.

„Alle Residenzen wurden verwüstet“

Das traurige Schicksal der ostdeutschen Baudenkmäler nach 1945 — Marienburg als „Symbol des polnischen Sieges“

Einen tiefen Einschnitt hat das Jahr 1945 nicht nur für ein Viertel des deutschen Staatsgebietes und dessen Bevölkerung jenseits von Oder und Lausitzer Neiße als einen wichtigen Teil des deutschen Wirtschaftskörpers, insbesondere was die Landwirtschaft anbetrifft, bedeutet, sondern auch die Kunstprovinzen der nordostdeutschen Länder und Schlesiens sind aus ihrem organischen Zusammenhang gerissen worden. Damit ist eine Amputation durchgeführt worden, welche den Gesamtzusammenhang der deutschen Geistes- und Kulturgeschichte tief getroffen hat. Es ist ein großer Unterschied, ob man Kunstwerke lediglich in Abbildungen und Beschreibungen kennenlernen kann oder ob die unmittelbare Anschauung möglich ist, für die Kunstwerke gemacht sind. Bedeutende Bauwerke der Backsteingotik, des Barocks und des Klassizismus, welche ebenso wesentliche, manchmal sogar einzigartige Ausprägungen unserer Kunstgeschichte sind, wie Gemälde, Skulpturen usw., sind heute nicht nur — sofern sie erhalten geblieben sind — dem freien Zugang versperrt, sondern sie werden auch vom jetzigen Gebietsherren der deutschen Kulturgeschichte zu entfremden und der eigenen einzuverleiben versucht. Es handelt sich also nicht nur um einen — wenn man so will — „einfachen“ Kunstraub, der gewissermaßen eine Folgeerscheinung des Gebietsraubes wäre, sondern um den Versuch eines Kunstraubes im radikalen Sinn.

Die ostdeutschen Zeugnisse deutscher Kulturgeschichte wurden also einer Verwaltung ausgesetzt, welche sie nach nationalpolitischen Gesichtspunkten „behandelt“. Das wirkte sich bei Wiederherstellungen so aus, daß z. B. bei Bauwerken jene Bauteile bevorzugt wurden, von denen man glaubte behaupten zu können, sie stellten eine Verbindung mit der polnischen Geschichte dar.

Ideologische Gründe

Wenn dieser nationalpolitische Gesichtspunkt immerhin die Renovierung mancher Bauwerke bewirkt hat, so trugen andere Gesichtspunkte zur Zerstörung bei. Aus ideologischen Gründen wurden Baulichkeiten, welche der „herrschenden“ Klasse gehört hatten, zerstört. So heißt es z. B. in einem polnischen Bericht über Pommern: „Alle Residenzen der adeligen Grundbesitzer, die Denkmalswerk besaßen, wurden verwüstet, nicht nur der Einrichtung beraubt, sondern häufig auch der ganzen architektonischen Dekoration.“ Aus diesem Grunde sind mehrere bedeutende Schlösser, welche vor allem hervorragende Schöpfungen der Barockkunst waren, vom Erdboden verschwunden. Solche Zerstörungen aus ideologischen Motiven sind bekanntlich auch in Mitteldeutschland durchgeführt worden. Die Gebäude wurden „ausgeschlachtet“, indem man Fensterrahmen, Türen, Installationen usw. herausriß, oft wurden Dielen und Balken für Heizzwecke verwandt. Die Ziegelsteine nahm man für Ausbesserungen anderer zerstörter Häuser. Überhaupt hat die „Ziegelsteinaktion“, welche in den ersten Jahren nach Kriegsende insbesondere in den deutschen Ostgebieten durchgeführt wurde, erheblich zur endgültigen Vernichtung von Baudenkmalen beigetragen. Die Ziegelsteine wurden systematisch gesammelt und vorwiegend beim Wiederaufbau von Warschau verwandt.

Die erhalten gebliebenen oder als Ruinen noch zum Wiederaufbau geeigneten Bauwerke wurden dann einem weiteren Auswahlprinzip unterzogen. Man entschloß sich nur in den Fällen zum Wiederaufbau, wo das betreffende Bauwerk für öffentliche Zwecke benötigt wurde.

Ein Überblick über den Zustand der Baudenkmäler im polnisch verwalteten Teil Ostpreu-



Opfer der Zerstörung: Das Altstädtische Rathaus in Braunsberg

Foto Deutscher Kunstverlag

Bens spiegelt zugleich den sehr unterschiedlichen Zerstörungsgrad in den verschiedenen Landesteilen wider. Damit wird die polnische Propagandabehauptung widerlegt, wonach die deutschen Ostgebiete in schwer zerstörtem Zustand übernommen worden seien. Übrigens ist diese Propagandabehauptung, welche mit immensen statistischen Angaben zu arbeiten pflegt, von einem poln. Sachverständigen 1947 bereits zurechtgerückt worden. Nieroda schrieb nämlich: „Eine genaue Feststellung des Zerstörungsgrades einer Stadt... ist sehr schwierig und unsicher. Die Auffassung darüber, ob ein bestimmtes Haus, eine bestimmte Wohnung sich für Wohnzwecke eignet — und in welchem Grade —, ist häufig subjektiv und oft Anlaß zu verschiedenen Überraschungen hinsichtlich der Schätzungen dieser

Aufnahmefähigkeit. Klassisches Beispiel ist Allenstein, das gegenüber 1939 zu 80 Prozent gefüllt ist, und zwar trotz der theoretisch 60 Prozent betragenden Zerstörungen. Die Berechnungen haben... nur Wert als Vergleichs- und Orientierungsmaterial... Auch ist zu bedenken, daß zwischen den zentralen und lokalen Schätzungen gelegentlich ungeheure Differenzen, bis zur Hälfte der Schätzungsziffer, bestehen.“

Tatsächlich sind in Allenstein alle bedeutenden Baulichkeiten erhalten geblieben, so das Schloß, die Jakobikirche, das Hohe Tor, die Garnisonkirche, die Alte ev. Kirche, das Neue und das Alte Rathaus. Das Abstimmungsdenkmal, das an den deutschen Abstimmungssieg von 1920 erinnerte und das erhalten geblieben war, ist völlig abgetragen worden.

Wallfahrtskirche Heiligefinde im Kreise Rastenburg erhalten geblieben ist.

In den ersten Jahren nach dem Kriege wurden die infolge Zerstörungen nicht sofort verwendbaren Bauwerke sich selbst überlassen. Da auch keine Sicherungsarbeiten, wie z. B. durch Errichtung eines Notdaches, durchgeführt wurden, konnten Wind und Wetter ungehindert ihren schädlichen Einfluß ausüben. Die polnische Verwaltung konzentrierte ihre Wiederaufbauarbeit auf Danzig und später auch Breslau.

Aufbaupläne

Ende der fünfziger Jahre nahm sich die polnische Denkmalspflege endlich auch der Bauwerke in Ostpreußen an. Man stellte Verzeichnisse auf, beschloß Wiederaufbaupläne. Ihre Verwirklichung ließ jedoch meist bis in die sechziger Jahre hinein auf sich warten. Gerade wertvolle Objekte mußten lange warten, bevor Wiederherstellungsarbeiten begannen. Eine Ausnahme bildete die Marienburg, die allein aus nationalpolitischen Gründen bevorzugt wiederhergestellt wurde. Sie soll gewissermaßen als „architektonische Beute“ die Größe des „polnischen“ Sieges demonstrieren.

Diese nationalistischen Motive lassen die begründete Anerkennung, welche den kunstgeschichtlichen und bautechnischen Leistungen der polnischen Wissenschaftler und Baufachleute für ihre Wiederherstellungsanstrengungen zu zollen ist, nicht in einem ungetrübten Licht erscheinen. Die seriösen polnischen Wissenschaftler haben sich diese Motive nicht zu eigen gemacht, sie werden jedoch immer noch in Propagandaschriften angeführt.

Das Ordensschloß in Rastenburg brannte 1945 aus, so daß nur die Hauptmauern, einige Teilungswände sowie Kellergewölbe im Nordflügel erhalten blieben. 1959 entschloß man sich zum Wiederaufbau, denn das Gebäude sollte dann als Museum und Kreisbibliothek genutzt werden. Der Wiederaufbau wurde 1962 begonnen und dauerte bis 1967. — Auch das Ordensschloß in Neidenburg hatte 1945 in einigen Teilen Brandschäden erlitten. Da Sicherungsarbeiten erst 1952 einsetzten, waren in den vergangenen Jahren weitere Zerstörungen eingetreten.

Frauenburg

Nur die Hauptmauern blieben erhalten, als 1945 auch das Frauenburger Bischofsschloß ausbrannte. Erst zwanzig Jahre später nahm man sich der Ruine an, indem man nach der Enttrümmerung die Mauern verstärkte, eine Eisenbetondecke einzog sowie einen stählernen Dachstuhl, der mit holländischen Ziegeln gedeckt ist, aufsetzte. In den Jahren 1963 und 1964 wurde der sogenannte „Coppernicus-Turm“, in dem der berühmte Astronom in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gewohnt hat, wiederhergestellt. Er war 1945 teilweise zerstört und verwüstet worden. Ein Jahr zuvor unternahm man Sicherungsarbeiten am Nordabschnitt der Wehrmauer — zwischen Kapitelhaus und der halbrunden Bastei —, während im Jahre 1963 und 1964 der östliche Abschnitt der Wehrmauer renoviert wurde.

Im Zustand fortgeschrittener Zerstörung befand sich das Rathaus in Preußisch-Holland, das aus dem zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts stammt. Es ist in den Jahren 1959 bis 1961 wiederaufgebaut worden und dient als Kreisbibliothek.

Am teilweise zerstörten Heilsberger Bischofsschloß sind erst in den sechziger Jahren Sicherungs- und dann auch Restaurierungsarbeiten in Angriff genommen worden. — Ebenfalls Schäden durch Verwahrlosung erlitt das Bischofsschloß in Röbel. Sie sind in den sechziger Jahren durch Ausbesserungsarbeiten und Bekämpfung des Schwammbefalls beseitigt worden. — Auch das Rathaus in Landsberg, das ebenfalls aus dem 14. Jahrhundert stammt, war nach 1945 dem Verfall überlassen worden. In der Mitte der sechziger Jahre wurde mit größerem Aufwand eine durchgreifende Renovierung durchgeführt. Das Gebäude beherbergt jetzt städtische Behörden.

Die Orangerie in Heilsberg, ein Barockschloßchen, das in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts einen klassizistischen Umbau erfuhr, war dem Verfall überlassen worden. 1960 entschloß man sich dann, es für Zwecke des Kreis-

Ortelsburger Ordensschloß als Stall genutzt

In den anderen Kreisstädten des Regierungsbezirks Allenstein ergibt sich folgendes Bild: In Lötzen sind Ordensburg und Pfarrkirche, ein klassizistischer Bau von 1827, erhalten geblieben. Dagegen ist das Rathaus in Lyck zerstört, während die Pfarrkirche unbeschädigt blieb. Die Neidenburger Ordensburg erlitt schwere Beschädigungen. Dagegen blieb das Ortelsburger Ordensschloß erhalten, es wurde anfänglich als Stall benutzt. Auch das Neue Rathaus in Ortelsburg überstand den Krieg. Die Ordensburg in Osterode brannte aus, auch die evangelische Pfarrkirche wurde zur Ruine. Keine Kriegsschäden erlitt Röbel, d. h. also daß die Bischofsburg, die beiden Kirchen und das Rathaus erhalten geblieben sind. Auch das Sensburger Rathaus hat den Krieg überdauert.

Von den Kreisen des Regierungsbezirks Gumbinnen, welche zum polnischen Verwaltungsteil gehören, hat die Stadt Angerburg starke Zerstörungen erlitten, wobei jedoch die Pfarrkirche erhalten blieb. In Goldap blieb von der evangelischen Kirche nur der Turm stehen. Treuburg hat schwere Zerstörungen aufzuweisen, in dieser Stadt hat die „Ziegelaktion“ besonders gewirkt.

Die Kreisstädte des polnisch verwalteten Teils des Regierungsbezirks Königsberg haben ebenfalls sehr unterschiedliche Zerstörungen aufzuweisen. Während das Rathaus in Bartenstein zerstört und völlig abgetragen ist, blieben Stadtkirche und Johanniskirche erhalten, dagegen er-

litt die katholische Kirche Schäden. Abgebrannt ist auch der Eulenturm, das Heilsberger Tor dagegen blieb erhalten. Vom Bischofspalast in Braunsberg blieb nur der Torturm stehen, das Hosianum wurde bis auf die Erdgeschoßmauern zerstört. Von der Katharinenkirche blieb der Turm, vom Steinhaus blieben die Mauern erhalten. Das Rathaus ist zerstört. Die Kreuzkirche hat jedoch den Krieg überdauert. Gleichfalls schwere Zerstörungen erlitt Preußisch-Holland: Ordensschloß und Rathaus brannten aus, das Hohe Tor erlitt kleinere Schäden, ebenso die beiden Kirchen. Während in Mohrungen die Pfarrkirche erhalten blieb, sind Rathaus und das Schloß der Familie Dohna ausgebrannt. Keine größeren Schäden erlitt das Bischofsschloß in Heilsberg, auch die Orangerie blieb — ebenso wie Pfarrkirche und Hohes Tor — unbeschädigt; das Rathaus verbrannte jedoch.

Zuletzt noch ein Blick auf die Kreisstädte im Regierungsbezirk Marienwerder. Das Ordensschloß in Marienwerder, eines der schönsten Baudenkmäler, blieb unbeschädigt, auch die Domkirche blieb erhalten. Dagegen erlitt die Marienburg schwere Schäden, wie überhaupt die an Baudenkmalen reiche Stadt bis auf die drei Kirchen erheblich unter den Kriegshandlungen gelitten hat. In Rosenberg und Stuhm blieben die bedeutenden Bauwerke erhalten. Hingegen zählt Elbing zu den stark zerstörten Städten.

Von den anderen Städten und Orten sei vor allem noch Frauenburg erwähnt, wo auch

schwere Zerstörungen eingetreten waren. Das gilt für die Gebäudegruppen um Bischofsschloß und Dom, den Dom selber, die Pfarrkirche und die Kirche des Sankt-Annen-Hospitals. Die Herrenhäuser beziehungsweise Schlösser in Bauditten, Bellschwitz, Cadinen, Domnau, Dönhofsstadt, Groß-Steinort, Karwinden, Schlodien, Seubersdorf überdauerten im allgemeinen den Krieg, sie wurden jedoch teilweise ausgeplündert. Völlig oder schwer zerstört wurden die Schlösser in Finckenstein, Gerdauen, Langheim, Neudeck, Schlobitten, Schönberg und Wildenhoff.

Im sowjetischen Verwaltungsteil hat Königsberg die schwersten Zerstörungen erlitten, Schloß und Dom, alte und neue Universität sind Ruinen, das gleiche gilt für die Altstädtische Kirche, die Burghauskirche, die Französische Kirche, die Steindammer Kirche, die Luisenkirche. Nur die Kirche in Juditten blieb erhalten, sie wurde jedoch durch Plünderer verwüstet.

Über den Zustand der anderen Städte Nordostpreußens ist wenig bekannt. Sie haben ebenfalls unterschiedliche Zerstörungen erlitten. Das Interesse der sowjetischen Verwaltung an der Restaurierung bedeutender Bauwerke ist gering, lediglich in Königsberg sind gewisse Maßnahmen ergriffen worden, so wurde das Grabmal Kants an der Ruinenmauer des Domes wiederhergestellt.

Zum Abschluß des Überblicks sei die erfreuliche Nachricht verzeichnet, daß die barocke Tor in Riesenburg.

**Eine Dokumentation
im 25. Jahr
der Vertreibung (XXX)**

nationalrats zu nutzen, weshalb Instandsetzungsarbeiten eingeleitet wurden. — Der gotische Kirchturm von Riesenburg, dessen Dachwerk und -deckung Lücken aufwies, wurde 1961 renoviert. Im gleichen Jahr begann man auch mit Wiederherstellungsarbeiten am Marienwerderer